
Schwerpunkt
Antifeminismus
derrechterand
Das Antifaschistische Magazin
Ausgabe 183 März | April 2020 31. Jahrgang 3,50 Euro
Blub

Inhalt und Editorial

Das Titelbild ist Wandkunst aus Südfrankreich.
Photo by Mark Mühlhaus / attenzione.

Liebe Leser*innen,

die Einstufung des Zusammenschlusses »Der Flügel« in der »Alternative für Deutschland« (AfD) als Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes kam mit Ansage. Ein Jahr zuvor hatte die Projektgruppe des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) ein Gutachten zum »Flügel« vorgelegt, mit dem er als »Verdachtsfall« eingestuft worden war. Zu groß war offenbar der Druck unter anderem durch die kontinuierliche Berichterstattung auch in den großen Medien über die Ausrichtung der AfD. Nun also hätten sich »die bisherigen verfassungsfeindlichen Anhaltspunkte […] zur Gewissheit verdichtet«, sagt BfV-Präsident Thomas Haldenwang und spricht von »Verstößen gegen […] Menschenwürde, Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip«. Für die antifaschistische Recherche sind die vom BfV angeführten Beispiele für die Ausrichtung des »Flügels« nicht neu und auch Antifaschist*innen haben immer wieder zur öffentlichen Demaskierung der AfD beigetragen. Denn »Der Flügel« und sein völkisches Gesellschaftsmodell sind in der gesamten Partei auch auf Bundesebene gut verankert. Dazu gehört die Äußerung des damaligen AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland im Oktober 2019, »dass Björn Höcke in der Mitte der AfD steht«. Und einen Tag nach der jüngsten Einstufung sagt der außenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Armin-Paul Hampel, »ich erkenne an den Äußerungen von Herrn Höcke und Herrn Kalbitz nichts, was ich als rechtsextrem oder rechtsradikal sehen würde, gar nichts«. Wenn sich nach Jörg Meuthen auch die stellvertretende Parteivorsitzende und Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alice Weidel, als Rednerin auf einer »Sommerakademie« in Schnellroda Götz Kubitschek anbiedert, hat die AfD dem »Flügel« längst den roten Teppich ausgerollt und ist von ihm nicht zu trennen.
Allzu offensichtlich ist die Partei inzwischen zur Stichwortgeberin für einen militanten und tödlichen Rassismus geworden, der sich nicht zuletzt in den Attentaten von Kassel, Halle und Hanau manifestiert. Auch darauf und ebenso auf die internationalen Reaktionen musste der Verfassungsschutz reagieren und nahm nach dem Abschied seines ehemaligen Rechtsaußen-Präsidenten Maaßen zügig die Arbeit auf. Bislang ist nicht bekannt, welche Gründe noch zu dem Schritt führten. Wir wissen aber, dass die Gefahr durch das rechte Sammlungsprojekt durch den VS nicht gebannt wird, der beim Kampf gegen rechts kein Partner sein kann. Jedoch sind bundesweit Tausende nach der Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich als Thüringer Ministerpräsident auf die Straße gegangen und haben dazu beigetragen, diese Wahl mit Hilfe von Faschisten rückgängig zu machen. Nur zehn Tage später haben neben antifaschistischen Aktionen in Dresden und anderswo etwa 18.000 Menschen in Erfurt ein erfolgreiches Zeichen gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD gesetzt. Die dabei skandierte Parole »Alle zusammen gegen den Faschismus« ist keine leere Phrase. Sie ist ein zentraler Bestandteil für eine dringend notwendige Kultur des Antifaschismus.

#Medien

Die Shisha-Morde von Connewitz?

Was die Berichterstattung deutscher Medien über rechten Terror angeht, besteht nur wenig Hoffnung.

von Robert Andreasch

Nach einem Attentat sollte man dem Angreifer nicht den Gefallen tun, an seiner Ikonisierung und der Verbreitung seiner mörderischen Botschaft mitzuwirken. Uns doch egal, dachten sich Bild.de und Spiegel.de nach den Attentaten von Stephan Balliet in Halle am 9. Oktober 2019 und verbreiteten das Video seines Livestreams mit Gesicht und Namen. »Mit Rechten reden!«, dachten sich Tagesschau und heute journal und interviewten Alexander Gauland, das ZDF-Morgenmagazin gab Jörg Meuthen eine Bühne. Das BR-Fernsehen (»jetzt red i«) diskutierte die Frage »Terror von Rechts – eine zu lange unterschätzte Gefahr?« ausgerechnet mit der bayerischen AfD-Landesvorsitzenden Corinna Miazga. Nach dem neonazistischen Mord an Walther Lübcke hatte Frank Plasberg (»Hart aber fair«, ARD) ja auch den rheinland-pfälzischen AfD-Landtagsfraktionschef Uwe Junge in seine Talkshow eingeladen. Wer wäre zum Thema »Aus Worten werden Schüsse: Wie gefährlich ist rechter Hass?« auch kompetenter gewesen als der Twitterer Junge: »Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden!«
Die Zeitung Die Welt, die auf ihrer Website die Videoreportagen »Völkerwanderung - Der Staat verliert die Kontrolle«, »Völkerwanderung – der politische Preis der offenen Grenze« und »Völkerwanderung – Die Folgen der grenzenlosen Einwanderung« anbietet, räumte für den Axel-Springer-Chef Matthias Döpfner die ganze erste Seite frei. Anders als die gelungene Überschrift »Nie wieder ‹nie wieder›« erwarten ließ, entpuppte sich der Text – zur Erinnerung: der Neonazi Stephan Balliet hatte gerade antisemitische und rassistische Attentate begangen – als rassistischer Redeschwall gegen »political correctness« und eine als zu locker empfundene Migrationspolitik der Bundesregierung.
Am 4. November 2019 schrieb Wolfgang Büscher im selben Blatt über »eine Welle linksextremistischer Gewalt«, die durch deutsche Großstädte rolle. In den Wochen nach »Halle« regte man sich in den deutschen Newsrooms und Redaktionsbüros weniger über rechten Terror auf, dafür aber über das »Umweltsau«-Lied eines Dortmunder Kinderchors. Spätestens als die Polizei in Leipzig nach ein paar Scharmützeln in der Silvesternacht in ihrer Pressemitteilung frei phantasierte, ein Polizeibeamter habe »notoperiert« werden müssen, hatten die Medien wieder ein Thema: »Linksextremismus«. Frank Jansen schrieb im Tagesspiegel, die Republik müsse sich »stärker gegen linksradikale Gewalt wappnen«. Und MDR Aktuell fragte den selbsternannten »Linksextremismus«-Forscher Prof. Klaus Schröder, worin sich »Linksextremismus« überhaupt noch vom »Rechtsextremismus« unterscheide.
Nachdem Tobias Rathjen am Abend des 19. Februar 2020 in Hanau aus rassistischer Motivation neun Menschen sowie später seine Mutter erschossen hatte, berichtete Bild noch in der Nacht mit einem Livestream online. Die Reporter spekulierten über russische Kriminelle als Täter*innen und raunten: »Das Milieu kann eigentlich nur sein, dass es möglicherweise um Delikte geht im Drogenmilieu oder es geht um Schutzgelderpressung.«
Schon in den letzten Jahren hatte die deutsche Medienbranche, Polizei und Politik dabei geholfen, Shisha-Bars zu Symbolen von Clan-Kriminalität zu machen (»Die Macht der Clans«, rbb) und als Treffpunkte einer angeblich ‹dunklen Parallelgesellschaft› zu markieren (»Die Parallelwelt ist das eigentliche Problem«, Deutschlandfunk).
»Hanau unter Schock: erste Bilder nach den Shisha-Morden« titelte der Focus am Morgen nach dem rassistischen Massaker. »Shisha-Morde«, das erinnert an »Döner-Morde«, als habe man aus dem NSU-Desaster gar nichts gelernt. Der Münchner Merkur übernahm für seinen Liveticker völlig unhinterfragt eine Passage aus dem hinterlassenen Schreiben des Attentäters und schrieb: »War ein Banküberfall der Auslöser für die Bluttat?«
Zwei Tage später hieß es in der Stuttgarter Bild-Regionalausgabe »Shisha-Bars kontrolliert – 60 Kilogramm illegaler Tabak beschlagnahmt«. »Deutscher Winter«, titelte der Spiegel, dem beim Assoziieren für die nächste Printausgabe nach 100 Jahren rechtem Terror wieder nur die RAF eingefallen war. Und doch hat sich zuletzt auch einiges verändert: Die Deutsche Presseagentur versandte einen Hinweis, sie werde zukünftig auf den Begriff »fremdenfeindlich« verzichten und Rassismus nun Rassismus nennen. Schließlich rückten die Medien die Perspektive der Betroffenen deutlich in den Vordergrund. Die Frankfurter Rundschau (»Freunde, Brüder, Mütter«), der Hessische Rundfunk, dann viele andere Medien, ließen die Angehörigen der Opfer ausführlich zu Wort kommen. Die Tageszeitung veröffentlichte die Reden, welche die Betroffenen auf der offiziellen Gedenkfeier in Hanau gehalten haben. Und in Die Zeit konnten unter dem Titel »Es reicht! Deutschland hat ein Rassismusproblem« 142 Menschen über rassistische Diskriminierung und die tägliche rechte Bedrohung erzählen. Einer von ihnen, Daniel Gyamerah, schrieb: »Ja, müssen wir erst sterben, damit weiße Menschen ein Stück weit mehr Mensch werden?«



Gedenken am Tag nach den Morden in Hanau. Am 19. Februar 2020 wurden zehn Menschen Opfer des Terroranschlags in Hanau. Nachdem der rassistische Attentäter Ferhat, Gökhan, Hamza, Said Nessar, Mercedes, Sedat, Kaloyan, Fatih und Vili ermordet hatte, erschoss er auch seine Mutter.

Names

Vili-Viorel Pãun
Fatih Saraçoglũ
Kaloyan Velkov
Ferhat Unva
Mercedes Kierpacz
Sedat Gürbüz
Said Nesar Hashemi
Hamza Kenan Kurtović
Gökhan Gültekin

#Antifeminismus

Im Krieg gegen Frauen

von Andreas Speit

Er kam, um zu töten. In der Nacht des 19. Februar 2020 erschoss Tobias Rathjen in Hanau neun Menschen. In etwa zwölf Minuten ermordete der Sportschütze mit Pistolen und schneller Schussfolge seine Opfer. Am frühen Morgen des nächsten Tages findet die Polizei in der Wohnung der Mutter – auch sie hat er erschossen – und des Täters beide tot auf. In jener Nacht wollte Rathjen möglichst viele, von ihm aus rassistischen Motiven ausgemachte Feinde hinrichten. Sehr viele auserwählte Feinde wollte auch Stephan Balliet in Halle töten. Am 9. Oktober vergangenen Jahres plante er aus antisemitischen Motiven an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, in der Synagoge ein größtmögliches Massaker. Zwei Menschen starben. Bei allen Differenzen zwischen Rathjen und Balliet fällt nicht nur das gemeinsame Ziel auf, viele Menschen ermorden zu wollen, sondern auch eine Entschlossenheit, die sie mit früheren Attentätern gemein haben: die Verbindung von einer bestimmten Maskulinität und besonderer Frauenfeindlichkeit. Die aktuellen Tendenzen des rechten Terrors spiegeln weltweit den radikalen Antiislamismus, aggressiven Rassismus und militanten Antisemitismus wider, aber auch einen extremen Antifeminismus.

Schuldige heute: Frauen und Juden

In dem 24 Seiten starken Dokument, das Rathjen online stellte, geht er auf knapp vier Seiten auf sein Verhältnis zu Frauen ein. Unter der fett markierten Überschrift »Thema Frauen« führt er aus, dass er »noch keinerlei feste Freundin hatte, da mir vom ›Äußeren‹ nur sehr wenige gefielen« und er »besonders hohe Ansprüche« habe. Einen »Kompromiss« aber, sich »eine weniger gutaussehende Frau zu nehmen« habe er nicht gewollt: »Ich wollte das Beste haben, oder gar nichts.« »Nehmen« und »haben wollen« deuten eine besondere Vorstellung von Paarbeziehung und Geschlechterrollen an. Der erhobene Anspruch auf »attraktive Frauen« zeigt ein Grundverständnis von Männlichkeit, in dem einem Mann eine Frau zustehe. In seiner Vorstellung bedeutet attraktiv: »Kurze blonde Haare mit großer Oberweite«. Sein »Liebesglück«, so betont er in dem mit Verschwörungstheorien gespickten Dokument, scheiterte jedoch an der Überwachung durch den Geheimdienst. Er schreibt Frauen keine politische Verantwortung für die gesellschaftlichen Entwicklungen zu. Vielleicht weil nach seinem Verständnis Frauen gar keine solche Rolle spielen dürften. Der Grund, warum der 43-Jährige seine Mutter getötet hat, ist bisher nicht ermittelt.

Balliet sagte in seinem englischen Livestream am Tag seiner Tat gleich: »Ich glaube, der Holocaust ist nicht passiert« und der 27-Jährige bezeichnet den Feminismus als den Grund für die niedrige Geburtenrate im Westen, die zur Masseneinwanderung führe. Und er betont: »Die Ursache all dieser Probleme ist der Jude.« Das Statement des selbsternannten Internet-SSlers verbindet Antifeminismus mit Antisemitismus. Diese modernen Codes haben eine lange Tradition im deutschen Nationalismus.

Schuldige vor 200 Jahren: Frauen und Juden

Im August 1819 brachen in zahlreichen Städten des »Deutschen Bundes« Angriffe auf die jüdische Minderheit aus: Handwerker, Händler, Bauern und Studenten beteiligten sich und gaben »den Juden« die Schuld an den Folgen der frühkapitalistischen Industrialisierung. Zu den Anheizern der Ressentiments gehörten die Dichter der Romantik Achim von Armin und Clemens Brentano. Sie hatten bereits 1811 mit weiteren Männern in Berlin die christlich-deutsche »Tischgesellschaft« gegründet. Dieser Elitezirkel pflegte eine patriotische Gesinnung mit antinapoleonischer Haltung und schloss ausdrücklich Juden und Frauen aus. Die Literaturwissenschaftlerin Susanne Asche weist 2019 in dem Essay »Geselligkeit und ‹Teutsche Tischgesellschaften› – Antisemitismus und Antifeminismus der Romantik« darauf hin, dass diese Gesellschaften eine aggressive Abwertung und Ausgrenzung von Juden und Frauen forcierten. Die in der Romantik angelegte Abkehr von den Ideen der Aufklärung von Egalität bis Emanzipation drückte sich hier politisch aus.

Mit der Unterscheidung zwischen einem »Wir« und den »Anderen« wurden in dieser Zeit die Grundlagen für einen politisch-rassistischen Antisemitismus sowie für einen politisch-biologistischen Antifeminismus gelegt. Juden und Frauen erschienen als Feinde, als »Konstruktion des internen Anderen« in der »eigenen Kultur«. Diese Zuweisung der Frauen nahmen nicht bloß Reaktionäre vor. So weist Asche auf Georg Wilhelm Friedrich Hegel hin. In der 1807 erschienenen »Phänomenologie des Geistes« schreibt Hegel Mann und Frau feste Rollen zu: Die Frau repräsentiere das »göttliche Gesetz« und die Familie, der Mann das Gemeinwesen und das »menschliche Gesetz«. Die Frau müsse für die weiblichen Aufgaben in der Familie bleiben und im »außergeschichtlichen Status«. Asche greift Hegels Angst sogleich auf, dass das Gemeinwesen so die »Weiblichkeit überhaupt [als] seinen inneren Feind« geriert.

Eines der populärsten Werke gegen Juden und Frauen legte 1903 Otto Weininger vor. Schon der Titel pointiert die These: »Geschlecht und Charakter«. Die angebliche Geilheit der Frau verbindet der Philosoph mit der »Weiblichkeit des Juden« und er betont die Minderwertigkeit von beiden. Frauen würden niemals eine geistige Reife erreichen, sie würden sich ausschließlich mit ihrer Sexualität beschäftigen. Weininger, selbst Jude, der später zum Protestantismus konvertierte, verbindet diese Zuschreibung mit der Behauptung, Juden hätten kein Moralgefühl und würden allein den Sexualtrieb kennen. Keine Überraschung, dass er Homosexualität ablehnt, denn den Homosexuellen wie den Frauen und Juden fehle es an schöpferischen Impulsen. Gier und Sex wurden zu einer weiteren Konstante in den Ressentiments. Ludwig Langemann, Vorsitzender des »Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation«, warnte 1919: »Wo der jüdisch-demokratisch-feministische Mammon den nationalen Heldengeist erst völlig vernichtet hat, ist eine Wiedergeburt ausgeschlossen, da steht der Untergang vor der Tür.«

Die »Weiße Welt« verteidigen

Das Ende der Welt der weißen Männer sah knapp hundert Jahre später auch Balliet. In seinen Pamphleten beschreibt er seine Ziele: »Töte so viele Anti-Weiße wie möglich« und er schreibt weiter, töte »bis alle Juden tot sind oder du die Existenz von Waifus in Valhalla beweist.« Waifus sind weibliche Figuren aus japanischen Anime-Comics, mit denen einsame Männer eine Fantasiebeziehung pflegen. In Valhalla – auch Walhall – leben nach der nordischen Mythologie die gefallenen Kämpfer weiter, die sich tapfer schlugen. In seiner Argumentation ist Balliet nahe an den Positionen von Brenton Tarrant und Anders Behring Breivik. Vor seinem Anschlag auf zwei Moscheen in



Christchurch hatte Tarrant das Manifest »The Great Replacement« veröffentlicht. Es ist ein Text für Männer, die wieder Kämpfer werden sollten, um ihr Land und ihre Frauen zu schützen. Doch maskuline Fähigkeiten seien durch feministische Eigenschaften mehr als geschwächt. 51 Menschen ermordete er. Breivik geht in seinem über 1.500 Seiten starken Manifest »2083 – A European Declaration of Independence« immer wieder auf den Feminismus ein. Kein »Aspekt der politischen Korrektheit« habe heute eine »wichtigere Rolle« inne als die »feministische Ideologie«, meint er und beklagt, im Fernsehen werde eine »Minderwertigkeit des Mannes und Überlegenheit der Frau« präsentiert und in den Universitäten hätten sich die »Gender-Studies« vermehrt. Besonders zu verletzen scheint ihn, dass Frauen selbst »im Militär [...] in Kampfpositionen« aktiv seien. Für ihn ist das Selbstbestimmungsrecht der Frau eine der verheerenden Folgen des »Kultur-Marxismus«.

Starke Frauen, selbstbestimmte Sexualität – das ist zu viel für Breivik. Der Mörder von 77 Menschen fantasiert von einer »Kriegsführung gegen den europäischen Mann« und sieht diesen durch zwei Frauen-Typen bedroht: die selbstbewusste Frau aus dem Abendland, deren Waffen Belästigungsklagen und gendersensitive Trainings seien und die muslimische Frau mit ihrer angeblich besonderen Fruchtbarkeit. In der Beschreibung seiner Feind*innen, der Frauen, Jüdinnen und Juden sowie Muslim*innen, findet sich immer eine Beschreibung des Selbst – als Mann, Soldat und Internet-SSler. Diese Männlichkeit kennt nur Härte gegenüber sich und anderen. Eine Weichheit, so schreibt Klaus Theweleit in »Männerphantasien«, das erstmals 1977 erschien, würde einem Zerfließen gleichkommen. »Der richtige soldatische Mann will töten, mit so viel Spaß wie möglich«, betont er im Nachwort der neuen Auflage 2019. Mit der Disziplinierung für das Selbstb ild werden die eigene Natur, Gefühle, Regungen und Triebe reglementiert. Diese Beherrschung der Natur als kulturelles Gut von Maskulinität geht mit der politischen Vorhaltung der Nichtbeherrschung seiner Natur einher. Schon in der »Dialektik der Aufklärung« legen Theodor W. Adorno und Max Horkheimer dar, die Zivilisationsgeschichte sei vom männlichen Beherrschen der Natur – auch in sich selbst – geprägt. Diese Selbstbestimmung sei eine Selbstverleugnung. Hieraus resultiere eine Anfeindung gegen all jene, denen eine Affinität zur Natur oder eine nicht vollständige Zivilisierung des Selbst zugeschrieben wird. Über ihr vermeintlich sexuelles Wesen wird gerade Jüdinnen und Juden sowie Frauen eine Natürlichkeit angedichtet, für die sie ausgeschlossen werden sollen. Antisemitismus und Antifeminismus können folglich als Schattenseite der Zivilisationsgeschichte eingeordnet werden. Karin Stögner warnt in »Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen«, eine Gleichsetzung »post-emanzipatorischer Bewegungen« sei nicht dienlich. Sie erinnert daran, dass Adorno und Horkheimer bei dem »antidemokratischen Einstellungssyndrom« früh von »verschiedenen ideologischen Versatzstücken« ausgingen. Die »westliche Zivilisation« würde denn auch weitere Repräsentant*innen der Naturverhafteten projizieren: neben Jüdinnen und Juden auch Frauen, »Zigeuner« und Migrant*innen. Aus Angst erfolgt die Abwertung. Im Akt des Attentates erwächst der Täter erst zum Starken, so Theweleit. Es war die Angst vor dem vermeintlichen Untergang der angeblich weißen Welt und des weißen Mannes, welche die Attentäter antrieb.



Frauen und Mädchen beim Erntedankfest 1935 des BDM-Gau Tübingen

#Tradition

Über 100 Jahre Antifeminismus

Wer die Online-Selbstradikalisierung von Neofaschisten verstehen will, kommt um eine Betrachtung misogyner Traditionslinien nicht herum. Denn diese sind ein Teil ihres ideologischen Ursprungs.

von Mark Braumeister

Das ideologische Scharnier zwischen der sogenannten »Manosphere« und dezidiert neofaschistischen Akteuren ist eine politisierte Form der Misogynie, des Hasses von Männern gegen Frauen: der Antifeminismus. Dieser entwickelte sich in Deutschland im 19. Jahrhundert als Reaktion auf die aufkommende Frauenbewegung, sozialistische Frauenvereine und die Gründung des »Bund Deutscher Frauenvereine« 1894. Diese Entwicklung missfiel Konservativen und vor allem den Anhänger*innen der stärker werdenden völkischen Bewegung, die sich zum Beispiel 1891 im »Alldeutschen Verband« (ADV) konstituierte. Dieser Kreis betrachtete den Feminismus als eine die Nation zersetzende und politisch der Sozialdemokratie nahestehende Strömung. Als Alternative zur Emanzipation regte der ADV die »öffentliche Betätigung der deutschen Frau im Dienste des nationalen Gedankens« an. Wie die Historikerin Ute Planert feststellt, gab es Überschneidungen mit von der Frauenbewegung selbst erschlossenen Betätigungsfeldern. Jedoch wurden diese »von emanzipatorischen Ansprüchen gereinigt« und so in die Arbeit der nationalistischen Verbände integriert, beispielsweise durch die Gründung eigener Schulen. Später bildete sich im Milieu des ADV der dezidiert antifeministische »Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation« heraus. 25 Prozent der Mitglieder dieses Bundes waren selbst Frauen.

Von »Altgläubigen« bis zu »Rittern«

Deren Argumente waren vielfältig. Die frühe Feministin und Schriftstellerin Hedwig Dohm erstellt in ihrem 1902 erschienenen Buch »Die Antifeministen« eine Typologie. Die von ihr beschriebenen Antifeministen fallen in vier Kategorien.

Erstens die »Altgläubigen«, die an ewigen Überzeugungen und Althergebrachtem festhalten und neben einer religiösen Argumentation die Evolutionstheorie und naturwissenschaftliche Annahmen ins Feld führen, um traditionelle Rollenverteilungen zu rechtfertigen. Zweitens die »Herrenrechtler«, zu denen »die Charakterschwachen und die Geistesdürftigen« zählen, die um ihre eigenen Rechte besorgt sind, die sie von der Frauenbewegung bedroht sehen. Es geht ihnen um Identität und Überlegenheit als Männer und um die Angst, sich nicht mehr gegenüber Frauen durchsetzen zu können. Drittens der »praktische Egoist«, welcher sich um Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und seine eigenen materiellen Vorteile sorgt. Viertens die »Ritter« der »mater dolorosa« (»schmerzensreiche Mutter«); sie sind von einem idealistischen und verklärenden Bild der Frauen beseelt, nach dem diese »reine« und passive Geschöpfe seien.

Dohm vergleicht die Freude der »Herrenrechtler« an ihrer Männlichkeit mit dem Stolz des Ariers auf sein arisches Aussehen. Hiermit verweist sie zugleich auf einen frühen Bestandteil antifeministischen Denkens: den Antisemitismus. In der vom »Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband« herausgegebenen Schrift »Die radikale Frauenbewegung als nationale Gefahr« (1914) heißt es: »Frauenbewegung, Friedensbewegung, Sozialdemokratie und Judentum, diese vier sind innig miteinander verwandt; sie sind international und

arbeiten im antinationalen Sinne.« Auch in einem Artikel im Monatsblatt des »Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation« wird 1913 der Schwerpunkt auf eine Verknüpfung von nationalistischer und antifeministischer Argumentation gelegt. Dort heißt es: »Dem Manne der Staat, der Frau die Familie. [...] denn Männer machen Geschichte und der Feminismus bedeutet den Untergang der Völker!« Ebenfalls häufig bemüht wird die Figur einer »Entmannung« Deutschlands durch die Frauenbewegung.

Die Angst vor dem »Untergang der Völker« wurde durch die um die Jahrhundertwende sinkende Geburtenrate befeuert, welche – so die Historikerin Planert – ein Katalysator für antifeministische Strömungen war. Obwohl der Abwärtstrend durch die niedrigere Säuglingssterblichkeit mehr als ausgeglichen wurde, wuchsen Ängste vor einer »Entvölkerung« Deutschlands. Demographische Panik brachte damals nicht nur die Idee der »Rassenhygiene« hervor, sondern auch Schuldzuweisungen gegenüber »egoistischen« Frauen und der Frauenbewegung.

Feind*in der Nation

Der Antifeminismus war auch von einem genuin misogynen Impuls getrieben. Religiöse Begründungen wurden durch eine naturwissenschaftliche Argumentation ergänzt. Weibliche Physiognomie, eine vermeintliche Disposition zur Hysterie, Größe und Gewicht des Gehirns sowie die Periode wurden ins Feld geführt, um zu untermauern, dass die Emanzipation von Frauen wider die Natur sei und Frauen schaden würde. Zudem seien diese zu emotional und zu mütterlich, um gute Staatenlenkerinnen abzugeben. Als gesellschaftlich eigenständige Akteurinnen würden Frauen, so die Antifeminist*innen dieser Zeit, die Familie und damit die Keimzelle der Nation zerstören. Der Internationalismus, der der Frauenbewegung unterstellt wurde, gepaart mit der Behauptung, diese würde die Nation schwächen, gehörte auch während des Ersten Weltkriegs zur Propaganda der antifeministischen Bewegung. Entgegen der skizzierten antinationalen Bedrohung war der Großteil der Frauenbewegung nicht etwa pazifistisch, sondern engagierte sich während des Ersten Weltkriegs an der sogenannten Heimatfront.

»Sexuelle Bolschewisierung«

In der Weimarer Republik verloren die antifeministischen Verbände der Kaiserzeit zunehmend an Bedeutung und die Frauenbewegung konnte einige politische Erfolge erzielen. Zugleich wuchs eine neue antifeministische Bewegung, die vorherige Argumentationen radikalisierte und aus ihrer Überzeugung einer männlichen Überlegenheit keinen Hehl mehr machte. Die völkische Bewegung lobte den Männerbund und warnte vor der »sexuellen Bolschewisierung« der Frauenemanzipation.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden die repressiven Geschlechterrollen der völkischen Bewegung Regierungspolitik. Zugleich knüpften die Nazis an die Strategie der völkischen Bewegung im Kaiserreich an, Frauen aktiv einzubinden. Im Vorwort des »N. S. Frauenbuch« von 1934 wird dies wie folgt begründet: »Als Volksgenossin ist die Frau ebenso wie der Mann in die Verantwortung für das Leben und den Bestand unseres Volkes gestellt. Es genügt nicht, daß sie nur Hausfrau, Mutter oder Berufstätige in den Grenzen ihres oft engen Lebensbezirkes ist, sondern sie muß darüber hinaus lebendigen Anteil nehmen an den großen Lebensfragen unseres Volkes, die nur in beiderseitiger äußerster Pflichterfüllung organisch gelöst werden können.« Auch die antisemitischen Untertöne vorheriger antifeministischer Bewegungen wurden von den Nazis aufgegriffen. Eine Rede Hitlers zur »völkischen Sendung der Frau« in der erwähnten Publikation führt aus: »Das Wort von der Frauen-Emanzipation ist ein nur vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort, und der Inhalt ist von demselben Geist geprägt. Die deutsche Frau brauchte sich in den wirklich guten Zeiten des deutschen Lebens nie zu emanzipieren.«

Aufstieg des Anti-Genderismus

In der Bundesrepublik sah es eine Zeit lang so aus, als ob politisch organisierter Antifeminismus langsam schwächer werden würde. Dennoch waren die Gegenstimmen konstant zu vernehmen. In den frühen 1990er Jahren erweiterte die antifeministische Bewegung ihre Angriffsziele. In Form eines sogenannten Anti-Genderismus wurden nun die zweite und dritte Welle des Feminismus, trans* Personen, Homo- und Bisexuelle sowie die Geschlechterwissenschaften als akademische Disziplin angegriffen und zu einem einzigen »gefährlichen Phänomen« verquickt. Im Fokus der Angriffe standen Gender Mainstreaming, geschlechtergerechte Sprache, die Unterscheidung von biologischem und sozialem Geschlecht und immer wieder die vermeintliche »political correctness«.

Konservative Stammtische und neu-rechte Kreise warnen seither vor der »Gender-Ideologie«, die zu einer Frühsexualisierung von Kindern führe, die traditionelle Familie angreife und für das Aussterben der Deutschen mitverantwortlich sei. Ebenso werden Geschlechterquoten als Untergrabung von Meritokratie angeprangert und in der Tradition des Poststrukturalismus stehende Ansätze des Feminismus als »Kulturmarxismus« gegeißelt.

Antigenderistische Ideen verbreiteten sich aber auch im Internet, in den Foren und auf den Blogs eines dezidiert antifeministischen Männer-Milieus, der »Manosphere«. In diesem Online-Raum wurde aus Fragmenten eine Ideologie gesponnen. Dort fanden sich die von Dohm skizzierten antifeministischen Typen in neuem Gewand wieder. Reaktionäre Christen und Evolutionspsychologen (»Altgläubige«), die mit Verweis auf die Bibel oder erfundene Geschichten über das Mammut nachweisen möchten, dass Frauen an den Herd gehören. Unfreiwillig Zölibatäre beziehungsweise »Incels« und frustrierte Männerrechtler (»Herrenrechtler«) sowie jene, die Angst vor weiblicher Konkurrenz am Arbeitsmarkt haben (»praktischen Egoisten«) oder die Hausfrau beziehungsweise »Tradwife« als Glücksmodell propagieren (»Ritter der mater dolorosa«).

Petrischale für Ideologie und Rechtsterror

Es ist diese Szene, die weltweit nicht nur regelmäßig »Lone Wolf«-Attentäter hervorbringt, sondern sich als Nährboden für neofaschistische Ideen erwiesen hat. So gelang es Akteuren der »Alt-Right« in den USA, an den Frauenhass und die Verachtung von Gleichstellungspolitiken anzuknüpfen und Mitglieder der Manosphere von antisemitischen Verschwörungstheorien zu überzeugen, nach denen Feminismus eine jüdische Verschwörung sei. Zudem verstanden es die Agitatoren, den antifeministischen Zorn mit Rassismus sowie demographischer Panik zu verbinden und Angst vor einer »Umvolkung« oder dem »White Genocide« zu schüren.

Mit Blick auf die historische Entwicklung des Antifeminismus zeigt sich, dass sich dessen Argumente seit über hundert Jahren ähneln – mit unterschiedlichem Anklang in Politik und Gesellschaft. Dieser war umso geringer, desto stärker und besser organisiert diejenigen waren, die für Gleichberechtigung und Emanzipation kämpften.

Rechte und konservative Geschlechterpolitiken

von Anna Berg und Eike Sanders
vom Autorinnenkollektiv Fe.In



»Die extreme Rechte will Geschlechterverhältnisse wie in den 50er Jahren!«, so heißt es oft, wenn die Familien- und Kulturpolitik von AfD oder anderen extrem rechten Akteuren beschrieben werden soll. Sexismus und Frauenfeindlichkeit sind ebenso aktuell wie zeitlos und längst nicht an das extrem rechte Spektrum gebunden.

Die 1950er Jahre: Ein-Verdiener-Modell oder zerstörte Männer?

Welche 1950er Jahre? Das Kopfkino zeigt Szenen, in denen sich die Hausfrau ausgelassen über jedes neue Haushaltsgerät freut, das der Hausherr ihr von seinen Ausflügen in die richtige Welt mitbringt. Aus tiefer Dankbarkeit hält sie für ihn immer ein perfektes Abendessen bereit. Diese Beschreibung verkennt aber zweierlei: Erstens, dass Geschlechterpolitiken seit Jahrhunderten auf vielen Ebenen differenziert verhandelt werden. Und zweitens, dass Sexismus und Misogynie, also Frauenfeindlichkeit, ebenso aktuell wie zeitlos sind. Diejenigen 1950er Jahre, in denen ein bürgerliches und kleinbürgerliches Ideal die Ein-Verdiener-Familie und in ihr die auf Haushalt, Sexualisierung und familiäre Dienstleistungen bezogene Frau vorsah, sind durchaus en vogue. Von der Selbstinszenierung junger Frauen in sozialen Medien bis zur Situation in den prestigeträchtigen Ressorts der großen Zeitungen: Männer haben Meinungen, Frauen haben Beine. Dabei ist die Gleichsetzung von extrem rechter Geschlechterpolitik und den westdeutschen 1950er Jahren ebenso platt wie unrichtig. 1949 wurde die Gleichberechtigung von Mann und Frau überhaupt erst im Grundgesetz festgeschrieben. Tatsächlich waren in den 1950er Jahren in Deutschland die meisten Familien auf weibliche Erwerbsarbeit angewiesen. Die meisten Männer waren invalide, traumatisiert oder in Kriegsgefangenschaft. Die Scheidungsraten stiegen drastisch. In den 1950er Jahren hatten deutsche Frauen Fluchtwege und Nahrung organisiert, Wohnungen besetzt, sich und/oder ihre Partner durch Entnazifizierungsverfahren gemogelt. Letzteres zumindest würde der extremen Rechten durchaus gefallen. Eine Gesellschaft aus traumatisierten, schuldbeladenen Männern und Frauen, die das tägliche Leben organisieren, vermutlich weniger.

Ideal vs. Gesetzgebung

Extrem rechte und konservative Geschlechterpolitiken beziehen sich oft in einzelnen Bereichen auf frühere Epochen. Allerdings ist es wichtig, die Ebenen von Ideal oder Ideologie auf der einen und tatsächlichen Programmen auf der anderen Seite zu unterscheiden. Familien mit nur einem Lohnarbeiter und einer Frau und Mutter, die sich vornehmlich der Kindererziehung widmet, werden etwa im Parteiprogramm der AfD durchaus positiv und als politisch förderungswürdig gesehen– ein Ideal aus der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, dem Frauen aus allen anderen sozioökonomischen Schichten bis dato entweder nicht entsprechen konnten oder mussten. Die beiden Weltkriege und die feministischen Kämpfe seit dem Kaiserreich haben das Ideal ohnehin schon schnell wieder durcheinander gebracht. Auf rechtlicher Ebene dagegen sind zwar viele feministische Errungenschaften noch sehr neu und entsprechend wenig gefestigt, sie sind aber nicht Gegenstand konkreter parlamentarischer Kämpfe. Etwa gibt es keine Forderungen, die gesetzlich seit 1958 verankerte »Hausfrauen-Ehe« wieder einzuführen, nach der Frauen bis 1977 die Erlaubnis ihres Ehemannes brauchten, um ein Konto eröffnen oder lohnarbeiten zu dürfen. Andere frauenfeindliche Gesetze wie die Illegalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen oder das Ehegattensplitting wiederum sind im gesamten politischen Spektrum kaum umstritten.

Kampffeld »Gender«

Das eigentliche Kampffeld der extremen Rechten bezieht sich weniger auf »das Frauenbild«. Es scheint, dass Nachwuchs produzierende Familienpolitik und der Wunsch nach mehr Familie und weniger Staat bei der Kindererziehung breit genug verankert sind. Ein bürgerliches Ideal aus dem 19. Jahrhundert, in dem Männer für Öffentlichkeit, Politik und Geld zuständig sind, Frauen fürs Kinderkriegen, Aufräumen und für sexuelle Verfügbarkeit ebenfalls. Dagegen hat die extreme Rechte mit einer sehr eigenen Definition von »Gender« einen Pappkameraden aufgebaut, auf den zu schießen die Gemüter erregt, das Testosteron fördert und die eigene bedrohte Männlichkeit wieder stabilisiert. Mit »Gender« ist hier sehr viel gemeint, nur nicht die eigentliche Bedeutung »soziales Geschlecht«. »Gender« (natürlich nicht-anglizistisch ausgesprochen, sondern vorn wie »Genscher«) ist Unordnung, ist Nicht-Binäres, ist Bedrohung von als selbstverständlich wahrgenommenen Privilegien. »Gender« sind Horrorphantasien von Frauenquoten (die es faktisch bis auf in wenigen Parteien und Gremien nirgends gibt), von allmächtigen Gleichstellungsbeauftragten (die es gibt, aber weit entfernt von Allmacht), von Kitas, in denen schwuler Sex ab dem dritten Lebensjahr gelehrt wird (nein, gibt

Grundlegend zielt der Kampf um »Gender« also darauf ab, queerfeministische Anliegen und Errungenschaften abzutun: als Partikularinteressen, als überzogen, als männerfeindlich. Eine Spaltung der Gesellschaft, so die Argumentation, resultiere daraus, dass die Interessen von Männern und Frauen gegeneinander gestellt würden, anstatt das gemeinsame Ganze und dessen Wohl im Auge zu behalten. Dass Spaltung vielmehr von Ungerechtigkeit und Unterdrückung in diversen Bereichen herrührt, wird ignoriert.

es nicht. Es geht in Kitas um Diversität, auch bei in Kinderbüchern abgebildeten Familienmodellen: alleinerziehender Vater, Familie mit zwei Müttern, ein Kind, das weder ein blau gekleideter Junge, noch ein pink gekleidetes Mädchen ist). Und hier verschmelzen konservatives Ideal und politische (extrem) rechte Aktivität: In den meisten der Bereiche, die von rechten Strukturen und von vielen Feuilleton-Schreiber*innen als »Gender« bezeichnet werden, führen AfD und außerparlamentarische Akteure sehr konkrete Kämpfe um Ressourcen. Da geht es um die Abschaffung von Maßnahmen des Gender-Mainstreamings. Das Geschlecht soll demnach nicht mehr als Kategorie in Verwaltung, Bildungswesen und Arbeitsrecht benutzt werden. Damit verbunden ist die Streichung von Professuren und Mitteln für Geschlechterforschung, und die Verhinderung oder Rücknahme von Rechten für LGBTIQ-Personen: Adoption, In-Vitro-Fertilisation, Ehe, Schutz vor sogenannten geschlechtsangleichenden Operationen an inter Kindern, dritte Geschlechtsoption, you name it. Neben den konkreten Ressourcen geht es dabei immer auch um Delegitimierung: Die Rechte von Minderheiten sollen ebenso lächerlich gemacht werden wie Maßnahmen, die bestehende strukturelle Ungleichheiten zwischen Männern auf der einen und Frauen, trans und inter Personen auf der anderen Seite adressieren. Es geht um die Delegitimierung der bloßen Existenz von Diversität.

Grundlegend zielt der Kampf um »Gender« also darauf ab, queerfeministische Anliegen und Errungenschaften abzutun: als Partikularinteressen, als überzogen, als männerfeindlich. Eine Spaltung der Gesellschaft, so die Argumentation, resultiere daraus, dass die Interessen von Männern und Frauen gegeneinander gestellt würden, anstatt das gemeinsame Ganze und dessen Wohl im Auge zu behalten. Dass Spaltung vielmehr von Ungerechtigkeit und Unterdrückung in diversen Bereichen herrührt, wird ignoriert.

Gleichberechtigung, von rechts definiert

Während ansonsten extrem rechte Narrative meist den Status quo als katastrophal beschreiben – zu wenig deutsche Kinder, zu viel Migration, zu wenig Diesel, zu viel Europa – dreht sich das Verhältnis bezüglich Geschlechtergleichstellung um. Hier heißt es, dass Gleichberechtigung »bei uns« bereits erreicht sei und nurmehr die »eingewanderten Kulturen«, vor allem »der Islam«, selbige gefährdeten. Entsprechend gilt alles, was derzeit an feministischen Forderungen diskutiert und teils realisiert wird, als absurd: »Hier geht die Gleichberechtigung jetzt aber echt mal zu weit«. Dass Frauen in allen Bereichen, in denen es um Macht und Geld geht, nach wie vor stark unterrepräsentiert sind, wird entweder verleugnet oder als Ergebnis der weiblichen Natur gesehen. Sie seien eben nicht so an Politik interessiert und nicht hart genug für die Wirtschaft. Und natürlich seien Männer einzig aufgrund ihrer Qualifikationen in Machtpositionen – Quoten würden entsprechend nur ein Mittelmaß fördern.

Die parlamentarischen Bereiche, in denen Geschlechterverhältnisse verhandelt werden, drehen sich vor allem um LGBTIQ-Rechte und um die wissenschaftliche und politische Verankerung von Gleichstellungsmaßnahmen. Im Bereich der Familienpolitik und der reproduktiven Rechte kann sich die extreme Rechte dagegen auf vielem ausruhen, was konservativer Grundkonsens ist. Da es immer einfacher ist, bestehende gesetzliche Schranken aufrechtzuerhalten als neue aufzubauen oder errungene Liberalisierungen zurückzunehmen, verkämpft sich derzeit niemand an dem Versuch, wie etwa die Bildungschancen von Frauen zu beschneiden oder staatliche Kinderbetreuung noch schlechter zu machen. Dagegen erringt die antifeministische Internationale, und die extreme Rechte damit eingeschlossen, große Erfolge in Sachen emotionaler Mobilisierung bei denjenigen, die der Selbstverständlichkeit männlich-weißer Privilegien nachtrauern. Der weiße heterosexuelle Cis-Mann, also Männer, die sich selbst mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren, dürfen sich auf allen Ebenen bedroht fühlen und werden gehört und verstanden. Die Folgen spüren wir alle: Dass es nämlich wahnsinnig lange dauert, Dinge einzufordern, die eigentlich selbstverständlich sein sollten. Die #metoo-Bewegung war ein Zeichen dafür. Einerseits war sie für so viele empowernd und ermutigend. Andererseits: Musste es wirklich bis zum Jahr 2018-2019 dauern, bis Sexismus und Übergriffe am Arbeitsplatz breiter diskutiert werden konnten? Und wer wurde auch da wieder außen vor gelassen, welche Verhältnisse nicht angetastet? Darin liegt die eigentliche Gefahr des extrem rechten und konservativen Antifeminismus: Wir trauen uns immer noch nicht, diejenigen Rechte einzufordern, die uns allen im Grundgesetz versprochen wurden. Weil wir dann als Feministinnen angegriffen werden. Die Wirkmächtigkeit dieser Anschuldigung zeigt sich in vielen Bereichen, die in anderen Artikeln dieses Hefts verhandelt werden.

Widerstand gegen die AfD in Erfurt 2019

Seehofer verbietet »Combat 18«

Berlin. Am 23. Januar 2020 hat Bundesinnenminister Horst Seehofer die extrem rechte Organisation »Combat 18« verboten. In der Verbotsverfügung wird angeführt, die Gruppierung richte sich »gegen die verfassungsmäßige Ordnung« und sei wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus. Am Morgen hatten Polizeibeamt*innen in sechs Bundesländern Wohnungen durchsucht und Unterlagen, Handys, Kleidung, NS-Devotionalien, Propagandamittel, waffenrechtlich relevante Gegenstände und Laptops beschlagnahmt. Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes zählte der deutsche Ableger 20 Mitglieder. Sie sollen unter anderem im vergangenen Jahr für Bombendrohungen gegen mehrere Moscheen sowie die Bundesgeschäftsstelle der Partei »Die Linke« verantwortlich sein. Im September 2017 waren Mitglieder auf dem Rückweg von einem Schießtraining in Tschechien von der Bundespolizei kontrolliert worden, wobei Munition gefunden wurde. Im Februar 2020, einen Monat nach dem Verbot, wurde bekannt, dass mehrere Mitglieder gegen das Verbot vorgehen wollen und Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingereicht haben, das für Entscheidungen über Vereinsverbote zuständig ist. Das Verbot hatte sich bereits seit Monaten angekündigt und war von Antifaschist*innen spätestens seit dem Verbot von »Blood & Honour« im Jahr 2000 gefordert worden.

Haftstrafen für »Freie Kamerad*innen«

Dresden. Am 17. Januar 2020 hat das Landgericht Dresden nach 115 Verhandlungstagen die Urteile gegen sechs Neonazis der »Freien Kameradschaft Dresden« (FKD) verkündet. Sie wurden wegen der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, schwerem Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und Sprengstoffexplosionen schuldig gesprochen. Die sechs Angeklagten, fünf Männer und eine Frau, müssen Haftstrafen zwischen zwei und sechs Jahren antreten. Die Mitglieder hatten sich bei den PEGIDA-Aufmärschen kennengelernt und die FKD 2015 gegründet. Der Gruppe werden zahlreiche Gewalttaten gegen Migrant*innen, Polizist*innen und politische Gegner*innen zugerechnet, darunter die Beteiligung an den Ausschreitungen von Heidenau und dem Überfall auf ein alternatives Wohnprojekt in Dresden sowie den Leipziger Stadtteil Connewitz. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Traurige Neonazis I

Magdeburg. Am 18. Januar 2020 haben etwa 160 Neonazis mit einem »Trauermarsch« den 75. Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs begangen. Aufgerufen hatte die NPD Magdeburg, die Teilnehmenden reisten laut Recherchen aus Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein an. Als Redner traten Marcel Kretschmer und Maik Müller auf. Es wurde versucht, eine Schweigeminute abzuhalten. Tausende Antifaschist*innen protestierten den ganzen Tag über gegen die Demonstration.

Traurige Neonazis II

Dresden. Über 1.000 Neonazis sind am 15. Februar 2020 erneut zu einem »Trauermarsch« anlässlich des 75. Jahrestages der Bombardierung in Dresden zusammengekommen. Veranstaltet wurde der Aufmarsch von NPD-Funktionär Maik Müller, dem Aufruf folgten NPD-Mitglieder, Mitglieder der Partei »Die Rechte«, freier Kameradschaften und Angehörige der RechtsRock-Szene. Zahlreiche Teilnehmende waren auch aus dem Ausland angereist, so wurden »Delegationen« aus Bulgarien, Ungarn, Frankreich, Italien, Schweden und Finnland gesichtet. Der »Trauermarsch« zählte Mitte der 2000er Jahre mit mehreren tausend Teilnehmende zu den bedeutendsten Neonazi-Aufmärschen Europas, das Interesse der Szene hatte im Laufe der Jahre mit massiven Protesten von Antifaschist*innen nachgelassen. 2017 kamen nur noch 400 Neonazis nach Dresden, seit vergangenem Jahr sind die Teilnehmer*innenzahlen wieder vierstellig. Gegen den Aufmarsch protestierten in diesem Jahr rund 5.000 Antifaschist*innen mit Kundgebungen und Blockaden. Wenige Tage zuvor hatte bereits die AfD eine Gedenkveranstaltung für die Opfer der Bombardierung Dresdens abgehalten.

Erneut Nazi-»Rollenspiele« beim »Tag der Ehre«

Budapest/Ungarn. Am 8. Februar 2020 haben etwa 500 Neonazis erneut die Gedenkveranstaltung »Tag der Ehre« im Városmajor-Park in der Nähe der Budapester Burg abgehalten. Als Organisatoren traten die extrem rechten Organisationen »Légió Hungária« und »Hungarian Hammerskins« auf. Ein polizeiliches Verbot war vom zuständigen Gericht aufgehoben worden. Fotos zeigen zahlreiche Teilnehmer*innen mit NS-Uniformen, Abzeichen, Runen, teilweise Waffen und Emblemen von Neonazi-Organisationen wie »Blood & Honour« und »Combat 18«. Aus Deutschland nahmen Mitglieder der Parteien »Der III. Weg«, »Die Rechte«, der NPD-Jugendorganisation JN und der »Hammerskins« sowie der extrem rechte YouTuber Nikolai Nerling teil. »Die Rechte«-Funktionär Matthias Deyda hielt eine Rede. Weitere Teilnehmende reisten unter anderem aus Bulgarien, Polen, Italien und Schweden an. Der »Tag der Ehre« fand in diesem Jahr zum 20. Mal statt. Im Anschluss findet ein Marsch statt, an dem tausende Rechte, teils uniformiert, teilnehmen. Möglich ist dies, weil die Veranstaltung als historisches Reenactment verkauft wird. Im Gegensatz zu den Vorjahren protestierten rund 800 Antifaschist*innen gegen das »Heldengedenken«, auch die mediale Öffentlichkeit war deutlich höher. Ungarische Antifaschist*innen erklärten, den Marsch im kommenden Jahr verhindern zu wollen.



#Burschenschaften

Misogyne Männlichkeitskonstruktionen

Burschenschaften sind seit jeher Bastionen geschlossener Männerbünde. Auch heute stehen sie für einen starren Geschlechterdualismus, aber auch Frauenverachtung und gewaltförmige Männerphantasien.

von Alexandra Kurth

Akademische Burschenschaften verorten sich bis heute in der Tradition der Ur-Burschenschaftsbewegung der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Als Teil der sich selbst als »teutsch« verstehenden Nationalbewegung befassten sie sich in der Regel in Anlehnung an ihre ideengeschichtlichen und ideologischen Mentoren wie Ernst Moritz Arndt, Friedrich Ludwig Jahn oder Karl Friedrich Friesen von Beginn an auch mit Geschlechterfragen, insbesondere damit, was einen »teutschen Mann« auszeichne. So hieß es beispielsweise in der Verfassungsurkunde der »Jenaischen Burschenschaft« vom 12. Juni 1815, dass das Burschenleben schon immer »von der Hoheit und Herrlichkeit, von den Tugenden der Tapferkeit, Männlichkeit und Ehrliebe, wie sie nur freye Männer besitzen« durchdrungen gewesen sei. Von besonderer Bedeutung waren für das normativ konzipierte, naturalistisch gedachte und um eine nationale Komponente erweiterte burschenschaftliche Männlichkeitsmodell »Volkstümlichkeit«, »Vaterlandsliebe« und »Wehrhaftigkeit«.

Dieses Modell wurde in den letzten zwei Jahrhunderten trotz einiger Modifikationen nie grundlegend in Frage gestellt und erwies sich auch als weitgehend resistent gegenüber sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen, nach denen Männlichkeits-, Weiblichkeits- und Geschlechterkonzeptionen als gesellschaftliche Konstruktionen verstanden werden, die nicht ein für allemal feststehen, sondern gemacht werden und historischen Veränderungen unterliegen. Sie werden in verschiedenen Gesellschaften, innerhalb verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen oder auch von Individuen entworfen, um nicht zuletzt das Bedürfnis nach Orientierung zu befriedigen, abhängig vom jeweiligen gesellschaftlichen Kontext.

Geschlossene Männerbastionen

Das Geschlecht ist nach wie vor bei den allermeisten Burschenschaften für die Aufnahme ein zentrales Kriterium – eine Ausnahme bilden einige Burschenschaften, die im Schwarzburgbund organisiert sind. Burschenschaften sind in der Regel wie viele andere Studentenverbindungen Männerbünde und gehören damit zu den letzten geschlossenen Männerbastionen. In diesen wurden und werden Frauen allenfalls als »schmückendes Beiwerk« oder als »Couleurdamen« - wie seit etwa 1900 diejenigen bezeichnet werden, die zu offiziellen Tanzveranstaltungen oder anderen Festlichkeiten einer Studentenverbindung eingeladen werden – akzeptiert. Auf Dauer aber will man(n) sie nicht als Mitglieder haben, denn das Männerbundprinzip gehört nach wie vor zu den fundamentalen Traditionsbestandteilen, an denen nicht gerüttelt werden soll. Den wenigen nichtschlagenden

Verbindungen und Dachverbänden, die das Männerbundprinzip seit den 1960er Jahren in Frage gestellt und in der Folge auch Studentinnen aufgenommen haben, begegnen viele überzeugte Männerbündler mit Verachtung. Korporierte Frauen in gemischten Verbindungen oder Studentinnen in Damenverbindungen werden sexistisch als »Tittenbuxen« bezeichnet oder aber mit Homoerotik und Homosexualität in Verbindung gebracht. Ein prominentes Beispiel ist die Innsbrucker Bürgermeisterin, Christine Oppitz-Plörer (Mitglied der Damenverbindung Akademische Verbindung Aurora Innsbruck und der gemischten Akademischen Verbindung Claudiana Innsbruck), die sich 2013 erfolgreich dafür eingesetzt hatte, dass die Messe Innsbruck einen Vertrag mit der Burschenschaft Brixia Innsbruck über Räumlichkeiten für eine Verbandstagung der Deutschen Burschenschaft (DB) gekündigt hatte. Als Reaktion darauf demonstrierten Burschenschafter in Innsbruck – unter anderem mit großen Schildern, auf denen die Bürgermeisterin ein Verbindungsband tragend auf einem Foto in einem lila Kreis zu sehen war, wie sie eine andere korporierte Frau küsste.

Sexismus in den Sozialen Medien

Seit seiner Erfindung um 1900 – vorher war der Begriff nicht gebräuchlich – lebt der Männerbund von der Inszenierung einer heroischen Männlichkeit auf der einen und Sexismus oder Misogynie auf der anderen Seite. Hierbei handelt es sich um zwei Seiten der gleichen Medaille, die insbesondere in den DB-Burschenschaften bisweilen bis zur Groteske gesteigert werden. So wirbt etwa die Hamburger Burschenschaft Germania nicht nur mit dem Slogan »akademisch«, »wehrhaft«, »national«, sondern pries auch »Vitamin B!« (= Vitamin Burschenschaft) an. Nur Frauen kämen ohne aus. Und unter den 13 Gründen, »gerade jetzt Hamburger Germane zu werden«, wurde aufgeführt: »11. Du lernst die Germanenstammkneipe auf dem Kiez kennen, wo Dich die flotteste Wirtin Hamburgs mit Namen und Küßchen begrüßt. 12. Du bekommst von unseren Kiezprofis ein Rüstzeug, das Dir ein Überleben in den übelsten Kneipen auf der sündigsten Meile der Welt ermöglicht! 13. Frauen stehen auf verwegene Männer in Anzügen.«

Es liegt in der Natur der Sache, dass Phantasie und Realität in der Regel nicht kongruent sind, wobei die Kluft im Fall der Hamburger Germanen allerdings besonders groß ist. 2014 berichtete die Hamburger Morgenpost über die »Fotofälscher aus der Germanen-Villa«: »Richtig peinlich wird's, wenn man sich durch die Bildergalerie klickt: Fotos von Geburtstagsfeiern, Sommerfesten, ‹Germanen›-Abenden – und mittendrin Schnappschüsse strahlender Schönheiten, scheinbar auf einer Verbindungsparty aufgenommen. Auf einem posiert ein blondes Pärchen vor der kaiserlichen Reichskriegsflagge. ‹Emanzipationsbeauftragte bei Kontrolle unseres Hauses›, lautet die Bildunterschrift. […] Schade nur, dass die gezeigten Damen nie einen Fuß in die Verbindungsvilla an der Sierichstraße gesetzt haben. Denn die Bilder sind aus dem Internet geklaut, wurden offensichtlich in Aufnahmen von ‹Germania›-Räumen hineinmontiert.« Per Google-Bildersuche konnte der Ursprung der Fotos zurückverfolgt werden. Sie stammten von einer kroatischen Boulevard-Seite und einer brasilianischen Webseite. Als Reaktion auf die Berichterstattung stellte die Germania weitere sexistische Fotomontagen auf ihre Homepage und bedankte sich für die kostenlose Werbung.

Die Berliner Burschenschaft Gothia »ärgerte« sich im gleichen Jahr über ein Mobilisierungsplakat gegen den Coburger Convent der Landsmannschaften und Turnerschaften (CC) so sehr, dass sie es karikierte. Während jedoch im Ursprungsplakat »Lieber nackt als Vollwichs« die nackte Figur nicht geschlechtlich konnotiert ist, las die Burschenschaft Gothia sie als weiblich und schrieb: »Wir fordern: Ansehnliche, nackte Gegendemonstrantinnen auch für Burschenschaften. Wir sind das böse Original. Das Protestmöpse-Monopol des CC aufbrechen.« Auf ihrer Facebook-Seite führte sie weiter aus: »Als Burschenschafter ist man ja einiges gewohnt, aber das schlägt dem Bierfass die Krone ins vernarbte Gesicht: Der CC bekommt weltexklusiv nicht das lahme Standard-Langeweile-Gegenprotest-Programm zu seiner Verbandstagung. Nein, die pheinen Herren erhalten allerfeinsten Nacktprotest á la FEMEN zugesichert. Verdammte Günstlingswirtschaft. Wir fordern Protestmöpse-Monopol des CC aufbrechen! Oben-ohne Gegendemos für alle Dachverbände! Blankziehen ohne korporiert zu sein! Gegen-Demonstrantinnen/Hobby-Modell, unser Angebot: Ihr kommt auch zu uns und wir bemalen Euch dafür vorher die Oberkörper! Sogar mit Fingerfarbe.«

Ihren Anspruch auf Misogynie formulierte die Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn auf ihrer Homepage etwas elaborierter: Man nehme keine Frauen auf, weil »dann alle möglichen Liebschaften und Eifersuchtsdramen Unruhe in unseren Bund bringen würden und wir auch mal gerne in gepflegter Runde den einen oder anderen Herrenwitz erzählen. Außerdem ist das burschenschaftliche Brauchtum seinem ganzen Wesen nach ein männliches. Und letztlich sind wir ein pflichtschlagender Bund, damit fällt die Aufnahme von Frauen sowieso flach.«

Ideologisch rekurrieren alle Argumente für den Männerbund auf das im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts entwickelte Modell von der Polarität der Geschlechter, mit dessen Hilfe sich ein vermeintlich unüberbrückbarer Geschlechterdualismus konstruieren lässt. Von diesem Blickwinkel aus wird die eigene (männliche) Gruppe als homogen imaginiert, die von dem als komplementär wahrgenommenen »Anderen«, dem »Weiblichen« geschützt werden muss. Dieser in der Regel essentialistisch begründete Geschlechterdualismus ist einer der ideologischen Kernbestandteile männerbündischer Konzeptionen, weshalb es nicht verwundert, dass insbesondere gegen Gender Mainstreaming polemisiert wird: Die Verbandszeitschrift der DB, die Burschenschaftlichen Blätter, haben dazu 2010 sogar einen Schwerpunkt veröffentlicht. Gender Mainstreaming gilt hier als »direkter Angriff auf die Identität des Menschen«, als »totalitär« und als »Gender-Schwindel«. Das heißt Gender Mainstreaming ist in der burschenschaftlichen Lesart keine Gerechtigkeitsfrage, sondern gilt als »Gleichschaltungsprozess«.

Männliche Gewaltphantasien

Verlässt man die offizielle Ebene, zeigen sich die gewaltförmigen Bezüge dieser Männlichkeitskonstruktion noch deutlicher: 2018 veröffentlichte das Stuttgarter Magazin »Kontext« Auszüge aus Facebook-Chatprotokollen eines Burschenschafters der Marburger Germania, der mittlerweile Mitarbeiter von AfD-Abgeordneten im Baden-Württembergischen Landtag war. Manches von dem, was dort zitiert wurde, und wogegen Marcel Grauf juristisch vorging, wenn auch letztlich ohne Erfolg, erinnert an die Texte, die Klaus Theweleit schon Anfang der 1970er Jahre in seinen – in diesem Jahr neu aufgelegten – »Männerphantasien« analysiert hat. »‹Würdest du lieber Sophie Scholl oder Anne Frank knallen?› fragt Grauf im Februar 2016 einen Bekannten. Dem ist ‹das Schrankmädchen› zu jung und nur ‹Versautheitsfaktor -1›. Das ‹würde nicht knallen›, meint er: ‹Eine Hure war sie natürlich trotzdem!› schreibt Grauf. ‹Das allein reicht› meint sein Kumpel. ‹Die ist hässlich wie die Nacht.›«

#Nachwuchs

Der Antifeminismus der »Jungen Alternative« und »Identitären«

von Lucius Teidelbaum



Selbstdarstellung im Netz

Antifeminismus gehört seit über 100 Jahren zur politischen DNA der extremen Rechten. Jede neue Organisation und Generation beweist das aufs Neue. Er ist dabei im rechten Untergangs- und Dekadenzdiskurs fest verwurzelt. »Der« Feminismus beziehungsweise die auf ihn zurückgeführten Frauenrechte werden für die Auflösung der »natürlichen Geschlechterordnung« und damit auch der Gesellschaftsordnung verantwortlich gemacht. Gleichzeitig wird versucht Feminist*innen die Ernsthaftigkeit bei ihrem Einsatz für Frauenrechte abzusprechen. So heißt es heute von rechts, statt »Gendergedöns« müsse man sich um die Bedrohung durch den »fremden Mann« beziehungsweise die Einwanderung kümmern. Besonders seit 2015 findet eine starke Ethnisierung von Sexismus statt.

Die überwiegend männlichen »Identitären« und/oder Mitglieder des Nachwuchses der »Alternative für Deutschland« (AfD), »Junge Alternative« (JA), – trotz des formalen Abgrenzungsbeschlusses waren und sind die Übergänge fließend – verstehen sich nicht selten selbst als Krieger. Bei der selbst ernannten »Identitären Bewegung« (IB) gibt es einen starken historischen Bezug auf männliche Soldaten, von den Spartanern über die Kreuzritter bis hinein in das 17. Jahrhundert. Diese Betonung einer heroischen und martialischen Männlichkeit als Ideal gerät schnell in Konflikt mit Feminismen, die dieses (Selbst-)Bild hinterfragen.

»Junge Alternative« für Antifeminismus

Als die JA 2013 an die Öffentlichkeit ging, geschah dies auch in Form einer antifeministischen Kampagne. Der neu gegründete AfD-Nachwuchs startete Ende 2013 unter der Überschrift »Gleichberechtigung statt Gleichmacherei« eine Online-Kampagne in Reaktion auf die JuSo-Kampagne »Ich bin Feminist, weil …«. Die JA schrieb am 14. März 2014 auf Facebook: »Da wir uns ›Vernunft statt Ideologie‹ auf die Fahnen geschrieben haben, konnten wir dies nicht so im Raum stehen lassen. Deshalb zeigt die Junge Alternative Gesicht gegen verstaubte linke Ideologien!«

Die Gegenreaktion bestand darin, dass JA-Mitglieder und ihre Sympathisant*innen mit Schildern auftraten, auf denen sie begründen, warum sie den Feminismus, beziehungsweise das was sie darunter verstehen, ablehnen. Auf den Schildern hieß es etwa: »Ich bin kein Feminist, weil der künstlich geschürte Kampf zwischen den Geschlechtern von den wirklichen Problemen in unserem Land ablenkt!« Verfasst hatte dieses Statement der damalige JA-Vorsitzende Markus Frohnmaier, der heute für die AfD im Bundestag sitzt.

Der Antifeminismus der JA tritt im Gewand des »Familienschutzes« und des Kampfes gegen den »Genderwahn« auf. Im Deutschlandplan des Parteinachwuchses von 2018 heißt es dementsprechend: »Eine genderinspirierte Gleichstellungspolitik, die die durchgehende Vollerwerbstätigkeit beider Eltern als Idealbild anstrebt, lehnen wir ab. Alle Kinder haben das Recht, innerhalb ihrer Familie mit Vater und Mutter aufzuwachsen. Aufgabe der Politik ist es, dafür die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen. Alles, was Familien nicht stärkt, sondern schwächt oder zerstört, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.«

»120 Dezibel« und »radikal feminin«

An der Verbindung der Themen Migration und Sexismus versuchte sich die Ende Januar 2018 gegründete »Identitären«-Initiative »120 Dezibel«, die die Politikwissenschaftlerin Judith Goetz als »#MeToo von rechts« bezeichnet. Sich selbst nannten die Aktivistinnen in einem Video eine »Widerstandsinitiative von Frauen für Frauen«. Der Name bezog sich auf den 120 Dezibel lauten Ton, den Frauen mit Taschenalarmen auslösen, um Täter abzuschrecken. Vermutlich auch, um authentisch zu wirken, traten in der Öffentlichkeit nur Frauen auf. Der professionell gemachte Video-Clip »Frauen wehrt euch!« von »120 Dezibel« hatte bis Februar 2020 immerhin über 100.000 Aufrufe. In ihm sprachen Aktivistinnen der »Identitären« und eigneten sich die Identitäten von Opfern sexualisierter Gewalt an (»Ich bin Mia …«), um diese Taten als »Ausländerkriminalität« zu ethnisieren. Neben dieser Internet-Propaganda gab es aber auch direkte Aktionen, zum Beispiel den Podiumssturm einer Debatte zu #MeToo im Rahmen der Berlinale am 19. Februar 2018, wo die Aktivistinnen den Vorwurf äußerten, Gewalt durch Migranten werde verschwiegen. Im Januar 2019 kam »120 Dezibel« dann im Internet zum Stillstand. Grund sollen auch frauenverachtende Äußerungen von männlichen IB-Kadern gewesen sein sowie deren generelles Missfallen. Lisa H., die heute als rechte YouTuberin auftritt und die »Identitären« inzwischen verlassen hat, berichtet im Interview mit dem FPÖ-nahen Attersee-Report im Dezember 2019 über ihre Aktivität bei »120 De-







zibel« und das Ende der Kampagne: »120 Dezibel wurde abgedreht. Die Kampagne gefiel der IB-Führung wohl nicht mehr, die Leiterin des Projekts wurde rausgeworfen. Schlussendlich ließ sich niemand finden, der das Ganze übernimmt.« Sie selbst beschrieb sich als Opfer von Anfeindungen ihrer männlichen IB-Kader, denen ihre Rolle als alleinerziehende Mutter und ihr ausländischer Vater missfielen: »Die Jungs erzählten mir aber damals schon, dass man sich lustig über mich machen würde: ‹Nehmen wir jetzt schon Hausfrauen auf?› Mein Vater ist auch kein Deutscher – diesbezüglich wurde mir auch einiges weitergeleitet. Man hätte sich abgesprochen, dass man mich nicht weiter pushen solle, da es genug ›deutsche Mädels‹ gibt, die man in der Öffentlichkeit platzieren könnte.«

Ein weiteres, eher kleineres Projekt nannte sich »radikal feminin«. Es startete im August 2017 und versandete 2018. Als Logo kombinierte man eine Rose mit einer Handgranate.

Eine der beiden maßgeblich für das Projekt auftretenden Personen war die damals in Tübingen ansässige Franziska Annika Stahn, die unter dem Pseudonym »Berit Franziska« agierte. Sie war ebenfalls Mitinitiatorin der Initiative »120 Dezibel« und seit 2016 bei der »IB Schwaben« aktiv. Es entstanden Texte zu traditionellen Frauenrollen oder mit Strickanleitungen, aber auch über die Doppelbelastung von Frauen durch Beruf und unbezahlte Care-Arbeit in den Familien. Allerdings mit der Folgerung, sich auf die traditionelle Rollenverteilung, insbesondere auf die Mutterschaft zu beschränken. Einerseits versuchte »radikal feminin«, nicht zu altbacken zu wirken, um moderne Frauen nicht abzuschrecken: »Wir wollen Frauen bleiben, konservative, traditionelle und vor allem moderne Frauen«. Andererseits wollte man auch nicht »zu« feministisch wirken, sondern sich von der Frauenrechtsbewegung emanzipieren. Feminist*innen wurden daher als »Feminazis« bezeichnet und in einer Selbstvorstellung von »radikal feminin« im Magazin »Info Direkt« 1/2018 führten die Autor*innen ernsthaft »gescheiterte Ehen als Grund für Feminismus« an. Da Mädchen bei ihren alleinerziehenden Müttern aufwachsen würden, lernten sie dort den Hass auf Männer.

Sowohl »radikal feminin« als auch »120 Dezibel« scheiterten nach einem kurzen Medienhype, der sich aber vor allem auf die eigene rechte Szene beschränkte. Dies passierte auch deswegen, weil das Prinzip, durch bestimmte Aktionen Medienaufmerksamkeit zu erringen, zu der Zeit nicht mehr aufging. Die Medien hatten inzwischen dazu gelernt, nicht zuletzt durch eine antifaschistische Kritik am Umgang mit den »Identitären«. Die Rechten hatten zu der Zeit ihre Unschuld als vermeintlich unbelastete Marke schon verloren. Der Versuch »120 Dezibel« als unabhängige Kampagne vorzustellen, missglückte schon zu Beginn.

Völkischer Antifeminismus

Antifeminismus gehört fest zum Repertoire von JA und IB und wurde immer wieder kampagnenförmig aufgegriffen und richtet sich vor allem gegen progressive feministische Strömungen und Positionen. Allerdings sind diese beiden Akteure nicht die wichtigsten in diesem Themenfeld.

Scheinbar im Widerspruch dazu erscheinen Kampagnen wie »120 Dezibel« und »radikal feminin«. Vertreten rechte Frauen aus dem identitären Umfeld einen »Feminismus von rechts«?

In der lesenswerten Studie »#120Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream« wird diese Frage verneint. Die Studie bezeichnet das rechte frauenpolitische Engagement stattdessen folgerichtig als ‹völkischen Antifeminismus›. Diesen Begriff beschreibt die Mitautorin Regina Wamper als Denkweise, in der »Feminismus als elementarer Angriff auf geschlechtliche Identität und/oder Familienstruktur und/oder sexuelle Normvorstellungen verstanden wird und dieser ›Angriff‹ als ›volksschädigend‹ begriffen wird«. Zwar lehnen rechte Frauen »den« Feminismus ab, sind aber frauenpolitisch aktiv – dies aber nur so lange, wie es nicht im Widerspruch zu ihrem völkischen Nationalismus gerät. Deswegen kann von ihnen eine Kritik an Sexismus nur ethnisierend stattfinden.



#IfS

Keine Störung im Männerbetrieb

von Stephanie Heide

Der Kubitschek'sche Ziegenhof in Schnellroda – mit seinem »Institut für Staatspolitik« (IfS), dem »Verlag Antaios« und der Zeitschrift »Sezession« – war immer wieder Schauplatz von Reportagen, die Götz Kubitschek und Ellen Kositza, selbstbewusst und auf Augenhöhe, als die Gesichter der »neuen« und »intellektuellen« Rechten inszenierten. Das IfS ist jedoch keineswegs ein Raum, der von Frauen intellektuell mitgestaltet wird, darüber darf weder die Anwesenheit noch ein gewisses Prestige von Frauen wie Kositza hinwegtäuschen. Deren Zuständigkeit sind Kinder und Küche, die von Kubitschek sind Geschäft und Politik. Er steht für das Intellektuelle, sie liefert die Glossen.

Kositza ist das weibliche Werbegesicht von Schnellroda, ihr Metier sind Buchrezensionen, in Textform und als Videos. In jungen Jahren wurde sie für die »Junge Freiheit« entdeckt, studierte, heiratete, bekam zwei Töchter, lernte Götz Kubitschek kennen und bekam fünf weitere Kinder. Währenddessen schrieb sie für die »Sezession«, erhielt 2008 den »Gerhard-Löwenthal-Preis« für rechte Publizistik und ist seither auch redaktionell für die »Sezession« tätig. Im Hauptberuf ist sie Mutter und Ehefrau. Seit 2016 bewirbt sie unter dem Titel »Ellen Kositza empfiehlt Literatur« auf YouTube Neuerscheinungen (nicht nur) des »Antaios«-Verlags. In »Aufgeblättert. Zugeschlagen. Mit Rechten lesen«, einem weiteren Videoformat, tritt sie seit 2018 zusammen mit der Dresdnerin Susanne Dagen auf, der Inhaberin des »Buchhaus Loschwitz« und Mitinitiatorin der »Charta 2017«. Hier besprechen die beiden mit jeweils einem Gast ausgewählte Lieblingsbücher.

Die zweite Frau im Schnellroda-Betrieb ist die promovierte Philosophin Caroline Sommerfeld aus Wien. Sie ist mit dem als links geltenden Wissenschaftler Helmut Lethen verheiratet und hat drei Kinder. Im Jahr 2015 konvertierte sie im Zuge der rassistischen Massenhysterien von der »Linksliberalen« zur »Neuen Rechten« und fiel den Machern von »Sezession« als Kommentatorin auf. Aufgrund ihrer neuen Karriere als extrem rechte Publizistin verlor sie ihre Tätigkeit als Köchin an einer Waldorfschule. Mittlerweile gehört sie zum festen Autor*innen- und Referent*innenstamm von Schnellroda. Beide, Kositza und Sommerfeld, haben für »Antaios« mehrere Bücher verfasst.

Sommerfeld, Kositza und Kubitschek auf der Leipziger Buchmesse 2018

Klare Rollen, klassische Verteilung

Im Theoriebetrieb des IfS spielen Frauen keine Rolle. Dieses hat seine wichtigsten ideengeschichtlichen Grundlagen in dem mehrbändigen »Staatspolitischen Handbuch« veröffentlicht. »Band 2 – Schlüsselwerke« berücksichtigt dabei zu einem verschwindend geringen Anteil von drei Prozent Werke von Frauen, in »Band 3 – Vordenker« sind sie zu fünf Prozent vertreten. Bei den halbjährlich stattfindenden »Akademien« des IfS trat, soweit bekannt, zwischen 2000 und 2018 mit Ellen Kositza nur eine einzige Referentin auf. Ihr Thema bei der » 1. Sommerakademie« im Jahr 2000 war die »Geschlechterkrise«. Im Jahr 2019 standen zwar innerhalb kurzer Zeit fünf referierende Frauen im Programm: Angelika Barbe, Barbara Rosenkranz, Alice Weidel und zweimal Caroline Sommerfeld. Dem gegenüber standen jedoch immer noch viermal so viele von Männern gehaltene Vorträge und eine rein männlich besetzte »Winterakademie« 2020. Im publizistischen Betrieb ist die Frauenquote geringfügig höher. Beim »Verlag Antaios« beträgt der Anteil an Autorinnen ungefähr 8,5 Prozent, wobei zwei Drittel dieser Veröffentlichungen auf Kositza und Sommerfeld zurückgehen. In der Zeitschrift »Sezession« sowie bei »Sezession im Netz« liegt die Autorinnenquote bei etwa 16 Prozent, wobei auch daran Kositza und Sommerfeld einen Anteil von knapp 90 Prozent haben. Einzig in ihrem eigenen Format »Ellen Kositza empfiehlt Literatur« ist die Präsenz von Frauen höher: Ein Viertel der vorgestellten Bücher stammen von Autorinnen.

Die von Kositza und Sommerfeld verfassten und bei »Antaios« veröffentlichten Bücher sind weniger intellektuelle Abhandlungen, als Ratgeber und Trivialsammlungen für rechte Frauen und Mädchen, die sich gut verkaufen sollen. In diese Kategorie fällt auch das bei »Antaios« auf Deutsch erschienene »Jung, weiblich, rechts« der US-Amerikanerin Brittany Sellner. Deren Ehemann, der Österreicher Martin Sellner, ist Schnellroda als Autor für die »Sezession« und (Ex-) Aktivist der »Identitären Bewegung« (IB) eng verbunden. Schon allein durch ihre Themenwahl reproduzieren Kositza und Sommerfeld dezidiert rechte Frauen- und Geschlechterbilder. Caroline Sommerfeld veröffentlichte 2019 mit »Wir erziehen. Zehn Grundsätze« einen an rechtskonservativen Werten ausgerichteten Ratgeber für den elterlichen Umgang mit Kindern. Als wichtige Grundsätze der Erziehung postuliert sie unter anderem Hierarchie, Distanz, Gemeinschaft, Verwurzelung und Anderssein. Ausführungen macht sie auch zur »Erziehung zum Ethnopluralismus«. Ursprünglich wollte sie eine theoretische Abhandlung zur Reformpädagogik im 20. Jahrhundert schreiben, wie sie bei einem Vortrag in der »Bibliothek des Konservatismus« preisgab. Jedoch wurde sie von Kubitschek ausgebremst, dem eher eine praktische Anleitung für den Hausgebrauch vorschwebte. In dieselbe Kerbe schlägt auch der Titel »Vorlesen«. Hier haben Kositza und Sommerfeld gemeinsam eine umfangreiche Sammlung an Buchempfehlungen herausgegeben. Sie wollen damit Kinder und Jugendliche an das Lesen heranführen und ohne vordergründige politische Agitation eine Alternative zu den »Zumutungen« des Kinderbuchmarkts bieten. Die Autorinnen wollen zum Vor- und Selbstlesen animieren, ohne Themen wie »Gender-Erziehung«, »Holocaust« und »Vergangenheitsbewältigung« die in ihren Augen falschen Werte zu vermitteln. Neben den eigenen Lieblingsbüchern und Klassikern, wie Michael Ende und Astrid Lindgren, sind auch die Bestseller der neueren Popkultur wie »Harry Potter« und »Die Chroniken von Narnia« enthalten. 79 der empfohlenen Buchtitel hat »Antaios« in das eigene Verkaufsprogramm genommen, sodass die Edition »Vorlesen« auch eine lukrative Geschäftsidee gewesen sein dürfte.

Antifeministische Botschafterinnen

Die beiden Schnellroda-Protagonistinnen brechen trotz ihrer (begrenzten) öffentlichen Präsenz alte Rollenmodelle innerhalb der extremen Rechten nicht auf, sondern festigen sie. Wenn sie sich zu Genderfragen äußern, was sie oft tun, reden sie dem Vulgärmachismus rechter Männer genauso das Wort, wie der Geschlechterhierarchie im Allgemeinen. Im Jahr 2018 führte Sommerfeld mit Martin Sellner auf dessen YouTube-Kanal ein Gespräch über »rechten Feminismus«. Darin verglich sie Feminismus mit einem Krebsgeschwür. Als Rechte*r könne man darauf keinen positiven Bezug nehmen, unter anderem weil dessen Ziel die Auflösung der Geschlechter generell sei. Ohne nähere Ausführungen stellt Sommerfeld dort auch die Sinnhaftigkeit der Gleichberechtigung von Männern und Frauen grundsätzlich infrage. Für Sellner ist der Feminismus eine »universalistische und egalistische Ideologie« und »eine Spielart des Kulturmarxismus« und damit eine fundamental destruktive Strömung. Beide sind sich einig, dass der feministische Diskurs vor allem ein »subjektivierter Befindlichkeitsdiskurs« und sexuelle Belästigung ein »First World Problem« ist – natürlich nur, wenn sie nicht von »Fremden« an einheimischen Frauen begangen wird. Auch Ellen Kositza gibt in ihren Veröffentlichungen die Männerversteherin, sei es in ihrem Buch »Gender ohne Ende. Was vom Manne übrig blieb« oder in ihren Video-Rezensionen. Dort empfiehlt sie den US-Amerikaner Jack Donovan, welcher Kraft, Mut, Ehre und Kompetenz als dezidiert männliche Primärtugenden preist, und ihren »Lieblings-Deutschtürken« Akif Pirinçci, der das Milieu mit Büchern wie »Die große Verschwulung« und »Umvolkung« beglückte. Den ehemaligen Käpt'n Blaubär-Autoren Bernd Lassahn, der in seiner Trilogie »Frau ohne Welt« den Feminismus als Krieg der Frauen gegen Männer und Kinder darstellt, lobt Kositza für seine Abrechnung damit.

Mit ihrem geduldeten öffentlichen Sendungsbewusstsein ist Kositza in ihrem völkisch-konservativen Milieu die privilegierte Ausnahme. Als Mutter von sieben Kindern und Verlegergattin bietet sie keine Angriffsfläche und kann sich über ihre primäre Funktion hinaus zu einem gewissen Grad selbst verwirklichen. »Ganz und gar« selbstverwirklicht habe sie sich jedoch ohnehin in der Kindererziehung, wie sie anlässlich ihrer Preisverleihung 2008 sagte. Schnellroda überlässt es den eigenen Frauen, gegen den Feminismus zu Felde zu ziehen. Kositza und Sommerfeld bedienen dabei nicht nur den Männerbetrieb, sondern fungieren auch als Rollenvorbilder für junge Frauen, die – sei es aus intellektuellem Antrieb, sei es als »Freundin von« – mit Schnellroda in Kontakt kommen. Die IB diente Kubitschek auch zur Nachwuchsgewinnung und mittlerweile sind mehrere Aktivisten publizistisch für ihn tätig. Dagegen sind die Aktivistinnen nie Teil des Schnellroda-Betriebs geworden. Ihnen zeigen Kositza und Sommerfeld ihren ideologisch korrekten Platz in der Szene auf. Diese Rolle der im Idealfall materiell und emotional versorgten Ehefrau und Mutter mag dabei manch überforderten jungen Frauen verlockend und bequem erscheinen. Sie wirken politisch im Privaten und dem sozialen Nahraum, müssen dabei aber weder Verantwortung für das große Ganze, noch für das eigene selbstbestimmbare Leben übernehmen. Im theoretisch-intellektuellen Betrieb von Schnellroda sind sie jedoch nur Alibi, vielleicht ein Zugeständnis an den Zeitgeist, … und schlicht Deko.

#rechteFrauenbilder

Mutter, Kampfgefährtin, Aktivistin

von Verena Grün und Nora Hinze



Aufmarsch von Neonazis in Bad Nenndorf 2012

»Entgegen aktueller wissenschaftlicher und empirischer Forschung und Erkenntnisse reproduzieren Medien und Behörden in ihren Berichten noch viel zu häufig Frauenbilder, die extrem rechte Akteurinnen, wenn überhaupt, als Mitläuferinnen, Freundinnen, Ehefrauen, harmlos, unpolitisch und unbedeutend darstellen«, schrieb das »Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus« in einem offenen Brief anlässlich des Prozessbeginns gegen Beate Zschäpe und andere im April 2013. Inzwischen sind extrem rechte Frauen, dank feministischer Interventionen, verstärkt Gegenstand antifaschistischer Recherche und Analyse. Denn schon lange greift dieses einseitig passive Bild zu kurz. Die Selbstbilder und das Auftreten von Frauen in extrem rechten Kontexten haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt und ausdifferenziert, ebenso wie ihre Möglichkeiten in diesen Kontexten selbst. Neben Frauen, die das »traditionelle« Bild, zuständig für Haushalt und Familie und nicht für Politik und Kampf, erfüllen, treten auch selbstbewusste und kämpferische Frauen in Erscheinung, und das nicht erst seit die »Identitäre Bewegung« (IB) die politische Bühne betrat. Doch spätestens mit deren medial inszenierten Auftritten ist von einer Modernisierung extrem rechter Frauenbilder die Rede. Diese Botschaft sollen die identitären Aktivistinnen senden, doch im Kern bleibt das patriarchale Geschlechterverhältnis und die den Frauen zugedachte Rolle in der extremen Rechten vorgegeben, trotz diverser Entwicklungen an der Oberfläche.

Identitäre Frauen: modern, tough und sexy?

»Bei uns ist für alle etwas dabei.« Diesen Eindruck vermitteln die »Identitären«, wenn sich verschiedene Frauenbilder der »Bewegung« in Szene setzen. Indem sie plurale weibliche Lebensentwürfe präsentieren, zielen sie darauf ab, Frauen, auch moderne, als »politische Kraft« zu gewinnen. Die medienaffinen »identitären« Frauen präsentieren sich bevorzugt auf Instagram als selbstbewusste Persönlichkeiten mit politischer Botschaft. Neben den Aktivistinnen mit Piercing, Tattoo und sexy Pose, finden sich ebenso jene mit Haarkranz und Kleid. Und neben feministisch anmutenden Auftritten mancher »identitärer« Frauen, reden zur gleichen Zeit Kameradinnen mit antifeministischen Argumenten der eigenen Unterdrückung das Wort. So sieht die »Identitäre« Annika Stahn Frauen in der Politik kritisch, da sie zu emotional seien. Stattdessen rät sie, sich auf die eigene spezifisch weibliche Macht zu besinnen: die Macht, die ihnen durch die Beeinflussung von Männern zukommt, sei es in der Kindererziehung oder im »Bezirzen« der Ehemänner oder Väter. Bei allen Unterschieden im Auftreten sind sich die Aktivistinnen nicht nur in ihrem Stolz auf die eigene und eindeutige Weiblichkeit und die dazugehörigen »natürlichen« Eigenschaften einig, sondern auch im positiven Bezug auf die Mutterrolle.

In ihrem Einsatz für »Frauenrechte« verortet die IB sexualisierte Gewalt allein bei den »Anderen/Fremden« und übernimmt damit, was rechte Frauen in den vergangenen Jahren in unterschiedlichen

Gruppen bereits formulierten. Zwar traten in der Kampagne »120db« »identitäre« Aktivistinnen selbstbewusst in Erscheinung, thematisiert wurden Frauen jedoch vordergründig als zu beschützende Wesen. Letztlich werden die alten patriarchalen Geschlechterrollen der extremen Rechten als sexy und neu verkauft, teils sogar mit einem feministischen Anstrich versehen. Dass das Bild der selbstbestimmt handelnden Frau offenbar nur oberflächlich lebbar ist und an Grenzen der männlichen Dominanz stößt, verdeutlicht das Ende der vermeintlichen Frauen-Kampagne. Daniel Fiß, ehemaliger Co-Leiter der IB in Deutschland, stampfte sie Anfang 2019 ein (s. Seite 16/17).
Die »Identitären« stehen für nichts revolutionär Neues, wenn sie Frauen in Szene setzen oder identitäre Aktivistinnen sich als kämpferisch und modern inszenieren. Sie vereinen verschiedene lebbare Frauenbilder, die sich in den vergangenen Jahren, in unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb einer sich ausdifferenzierenden Szene bereits gezeigt haben.

Alte neue Frauenbilder

Es ist die Frau im langen Rock und mit Zöpfen, die wirkt, als sei sie gerade einem »Heimatfilm« oder direkt nationalsozialistischer Propaganda entstiegen, die als Klischeebild dient. In Kreisen völkischer Siedler*innen und ähnlichen Milieus treten Frauen tatsächlich so in Erscheinung und leben häufig eine Frauenrolle, die ebenso aus der Zeit gefallen scheint. Sie zelebrieren eine »traditionelle« geschlechtliche Aufgabenteilung; die Frau sieht sich klar der häuslichen Sphäre zugeordnet, zuständig für Haushalt und Familie. Entpolitisiert werden darf dieses Frauenbild aber keineswegs. Auch die Mutterrolle gilt – ganz im Sinne der NS-Volksgemeinschaft – als eine des Kampfes. Ihr Kampf an der »Geburtenfront« ist einer um den Erhalt des »deutschen Volkes«.
Auf den ersten Blick geradezu gegensätzlich wirkt das Bild der Renees. Mit ihrer Erscheinung – kurz geschorene Haare, Piercings, Tattoos, körperbetonte Kleidung – bilden sie den weiblichen Teil der Skinhead-Szene. In dem neonazistischen Teil dieser Subkultur treten die rechten Aktivistinnen als Saufkumpanin, aber auch als Kampfgefährtin männlicher Kameraden auf. Damit einher geht die Forderung einiger Renees aktiv an gewaltsamen Auseinandersetzungen teilnehmen zu dürfen. Dass dies der Rolle als Mutter keineswegs entgegensteht, lässt sich an der Entwicklung des »Skingirl Freundeskreis Deutschland« nachvollziehen. Aus diesem entstand die »Gemeinschaft Deutscher Frauen« (GDF), lange eine wichtige Frauenorganisation der extremen Rechten, die sich vor allem den Themen Mutterschaft und Erziehung widmete.

Straßenkämpferin und Kümmerin

Das Einfordern gleichberechtigter Teilhabe am Straßenkampf und auch die Kritik an sexualisierter Gewalt in der Szene vonseiten mancher Skingirls, können als antisexistisch gelesen werden. Noch weiter in der Verhandlung der Frauenbilder in der extremen Rechten gingen im Jahr 2007 Mitglieder des »Mädelring Thüringen«, als sie einen »nationalen Feminismus« forderten und sich »gegen das Patriar chat und politische Unmündigkeit« positionierten: »Wir wollen natürlich nicht den Fehler machen, ein Frauenbild zu schaffen, das sich von seiner naturgegebenen Aufgabe – dem Mutterdasein loslöst. Aber im Gegenzug wollen wir eine übertriebene Stilisierung der Mutterrolle vermeiden. [...] Genauso sind wir Frauen eigenständige Individuen, die sich durch selbständiges Handeln auszeichnen und nicht wie fälschlicherweise noch heute zu oft im nationalen Widerstand behauptet über die Mutterrolle. [...] Nationaler Feminismus voran!«
Diese Forderung sorgte für harsche Kritik innerhalb der Szene. Wenige Jahre später löste sich der »Mädelring Thüringen« auf und ging zum Teil in der Kampagne »Free Gender« auf, die sich für die Wiederherstellung eindeutiger Geschlechterrollen einsetzte. Trotz der weitestgehend ablehnenden Haltung gegenüber der Idee eines »Nationalen Feminismus«, ist nicht zu leugnen, dass sich feministisch erkämpfte Freiheiten auch im Denken und Handeln rechter Frauen niederschlagen.

Begrenzte Emanzipation

In der NPD ebenso wie in »Freien Kameradschaften« wurden Frauenbilder verhandelt und teils modernisiert. Mit dem Aufkommen der »Autonomen Nationalisten« erfuhr diese Entwicklung innerhalb der »Kameradschaften« einen Schub. Wie ihre männlichen Kameraden auch, wollten die Aktivistinnen Straßenkämpferinnen sein. Doch der radikale Gestus der »Autonomen Nationalisten« beinhaltete keineswegs das Überbordwerfen der rigiden Geschlechterbilder. Zwar wurde Frauen durchaus eine aktive Phase auf der Straße zugestanden, irgendwann jedoch wurde sie an ihre Aufgabe Mutter zu werden erinnert.
Gleichwertig, aber nicht gleichartig, so formulierte nicht nur die NPD das Verhältnis von Männern und Frauen. Einerseits setzten sich Frauen hier tatsächlich für Emanzipation, zumindest nach ihrem Verständnis, ein, andererseits entdeckten die Männer Frauen als wichtige Ressource: Wird ihnen extrem rechte Ideologie und Einbindung weniger zugetraut, können sie leichter Kontakte außerhalb der Szene knüpfen und mit ihrem Engagement in Kindergarten, Elternvertretung oder Verein zur Normalisierung der extremen Rechten beitragen. Gerade die NPD erhoffte sich so mehr Wähler*innenstimmen. Der 2006 als NPD-Unterorganisation gegründete »Ring Nationaler Frauen« (RNF) sollte gezielt Frauen ansprechen, unterstützen und für politische Arbeit und Ämter schulen. Die Mitinitiatorin Gitta Schüßler, einziges weibliches Mitglied der sächsischen Landtagsfraktion über zwei Legislaturperioden (2004 bis 2014) und für Themen wie Familie und Soziales zuständig, war Bundessprecherin des RNF – bis zu einem Misstrauensantrag 2009: Ihr wurden »persönliche feministische Ansichten« vorgeworfen, weil sie kritisierte, dass einzelne zur Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern gewählte NPDlerinnen auf ihr Mandat zugunsten nachrückender Männer verzichteten.
Frauen sind heute in allen Bereichen der extremen Rechten präsent. Sie sind Aktivistinnen, Kampfgefährtinnen und Kümmerinnen, in Parteien, Kameradschaften, Kampagnen und der völkischen Siedlung. Sie demonstrieren, schreiben und propagieren. Sie übernehmen aktive Aufgaben, auch Führungspositionen, jedoch nur auf Zeit. Spätestens mit der Mutterschaft geht häufig der Rückzug von Straße und aktiver Politik einher, denn in der extremen Rechten bleibt das Geschlechterverhältnis und die darin für Frauen festgelegte Rolle unangetastet.



#Ostdeutschland

Auf der Suche nach den Wendefrauen

Die »Alternative für Deutschland« hat ein Problem: Frauen wählen sie deutlich seltener als Männer. In Ostdeutschland setzt die Partei daher auf eine Verbindung von Wende- und Anti-Gender-Rhetorik. Eine obskure Mischung mit mäßigem Erfolg.

von Kai Budler

Mit ihrer »Wende«-Rhetorik bezog sich die »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Landtagswahlkämpfen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen offensiv auf die »Friedliche Revolution« im Jahr 1989. Über Parolen wie »Werde Bürgerrechtler«, »Hol Dir Dein Land zurück« und »Vollende die Wende« will die Partei jene erreichen, die im alten Ostdeutschland sozialisiert wurden und den damaligen gesellschaftlichen Umbruch miterlebten. Nach der DDR-Regierung gelte es jene in der BRD zu stürzen.

Wie so vieles in der AfD ist es auch nicht ohne Widersprüche, wenn sich umgekehrt Parteifunktionäre zu Wahlzwecken positiv auf die DDR beziehen. Schon vor der Landtagswahl in Brandenburg 2014 knüpfte der damalige Spitzenkandidat Alexander Gauland immer wieder an »ostalgische« Elemente an und auch der damalige AfD-Vorsitzende Bernd Lucke erklärte im September 2014: »Die innere Sicherheit war damals besser in der DDR als das in Westdeutschland der Fall war.« Ein ähnliches Spiel ereignete sich 2019, als vor allem in Westdeutschland geborene und aufgewachsene AfD-Funktionäre wie Björn Höcke und Andreas Kalbitz von den DDR-Erfahrungen schwadronierten. Nicht umsonst gaben AfD-Wähler*innen in Ostdeutschland überproportional oft an, »Ostdeutsche sind Bürger zweiter Klasse«.

Für die 1960 in Sachsen geborene Andrea Wagner, Vorstandsvorsitzende des Landesfrauenrats Thüringen und seit 1995 Gleichstellungsbeauftragte in Weimar, ist diese Strategie offensichtlich und durchschaubar: »Zum 30-jährigen Jubiläum des Mauerfalls macht die AfD einen auf Ossi-Versteher und will die Leute mit der angeblich ostdeutschen Mentalität abholen. Sie springen halt immer auf all das auf, was gerade aufploppt. Es wird darüber gesprochen und die AfD knüpft daran an, ein gutes Timing haben sie ja für die Themen.«

Doch mit ihrer offensiven »Wende 2.0«-Rhetorik erntete die AfD auch harsche Kritik von ehemaligen DDR-Dissident*innen und Oppositionellen, die der Partei eine »Geschichtslüge« vorwerfen. In einer Erklärung vom August 2019 heißt es: »Wir lehnen Parolen wie: ›Hol Dir Dein Land zurück – vollende die Wende!‹, die etwa die Brandenburger AfD im Wahlkampf einsetzt, ab. Das ist bereits unser Land!« Für »die Demagogen der AfD« sei man 1989 nicht auf die Straße gegangen, stattdessen habe man »ein Land, in dem noch viel zu ändern und zu verbessern ist. […] Dafür brauchen wir keine Spalterpartei wie die AfD«.

Die Partei selbst ficht das nicht an – die Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus veranstaltete gar eine Konferenz mit dem Titel »30 Jahre Friedliche Revolution. Nicht vergessen! Nichts gelernt?«. In der Einladung hieß es, zum 30. Jahrestag der »Friedlichen Revolution« wolle man an die Leistungen der Bürgerrechtler und der politisch Verfolgten erinnern. Neurechte Frauen wie Vera Lengsfeld dürfte das erfreuen, schließlich wechselte sie erst von Bündnis 90/Die Grünen

zur CDU, um inzwischen als AfD-Unterstützerin zu gelten. Jüngst schrieb sie von bundesdeutscher »Gesinnungsdiktatur« gegen den CDU-Rechtsaußenverein »Werteunion« und dass Merkels »große Säuberung« in der Partei begonnen habe.

Wo die AfD weniger landen kann

Doch glücklicherweise war die Opposition in der DDR kein monolithischer Block, sondern eine heterogene Bewegung. Zu dieser gehörten auch Frauengruppen, die mit dem »Unabhängigen Frauenverband« (UFV) im Dezember 1989 ihre politische Interessenvertretung als öffentlich agierende, autonome Frauenbewegung gründeten. Die zentralen politischen Forderungen des UFV waren unter anderem die Sicherung der erreichten Teilhabe der Frauen an der Erwerbssphäre, eine umfassende Kinderbetreuung und die Beseitigung der Geschlechterhierarchien in Beruf und Familie. »Ein Zurück zum männlichen Ernährer, dem eine bestenfalls teilzeitarbeitende Hausfrau den Rücken frei hält – das vorherrschende Modell in der alten Bundesrepublik – sollte es auf keinen Fall geben, das erschien wie ein Rückfall in längst überwunden geglaubte Verhältnisse«, schreibt Irene Dölling, damalige Mitbegründerin des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung in der Humboldt-Universität, in einem Rückblick. Vielmehr war die vorrangige Aufgabe, »den ›Emanzipationsvorsprung‹ der DDR-Frauen […] zu verteidigen«. Der Begriff allerdings stammt von einem westdeutschen Soziologen und auch Andrea Wagner spricht lieber von einem vermeintlichen Emanzipationsvorsprung. Zwar habe es für Frauen in der DDR bessere Bedingungen bei Kindergärten und -betreuung, Abtreibung und Arbeitsplätzen gegeben, doch: »Mitspracherecht und Gestaltungsmacht hatten die Frauen in der DDR ja nicht. Die wurden gebraucht als Arbeitskräfte und als Mütter, aber gleichberechtigt war das nicht. Wir sprachen immer von einer Dreifachbelastung.«

Bei ihrem weiblichen Publikum in Ostdeutschland verfängt die AfD mit ihrer Wende-Rhetorik jedenfalls deutlich weniger als bei ostdeutschen Männern. Ihre geschlechterspezifische Schieflage drückt sich auch in der mangelnden Repräsentanz der Frauen in Partei und Fraktionen aus. So waren unter den Bewerber*innen der AfD um ein Amt im Thüringer Landtag nur 12,5 Prozent Frauen – das ist im Vergleich zu den anderen Parteien der niedrigste Wert. Beim Frauenanteil der Mandatsträger*innen kommt die AfD mit drei weiblichen Abgeordneten auf nur 13,6 Prozent, nur die CDU hat weniger Frauen in den Thüringer Landtag entsendet. In Brandenburg bildet die AfD mit fünf Mandatsträger*innen und einem Frauenanteil von 21,7 Prozent das Schlusslicht unter den sechs Landtagsfraktionen, im sächsischen Landtag sind vier der AfD-Abgeordneten weiblich. Auch hier liegt die Partei im Vergleich der fünf Fraktionen mit einem Frauenanteil von 10,5 Prozent auf dem letzten Platz. Im Vergleich zur vorangegangenen Legislaturperiode verringerte sich damit auch der Gesamtanteil von Frauen in den drei Landesparlamenten. Er ging in Brandenburg um knapp sieben Prozentpunkte zurück, in Sachsen um rund sechs und bei den Landtagsabgeordneten in Thüringen um rund elf Prozent. Untersucht man das Wahlverhalten nach Geschlechterverhältnis, lassen sich bei allen letzten drei Landtagswahlen in Ostdeutschland Unterschiede von rund zehn Prozent zwischen AfD-Wählerinnen und -Wählern ausmachen.

Wählen ja, mitbestimmen nein

Auch der AfD ist diese Repräsentanzlücke aufgefallen, wie ein Blick in das im Juli 2019 vom Bundesvorstand verabschiedete Papier »Strategie 2019 – 2025. Die AfD auf dem Weg zur Volkspartei« zeigt. Die Partei solle demnach eine Strategie entwickeln, »wie der Stimmenanteil der AfD bei den weiblichen Wählern insbesondere in ihren Zielgruppen erhöht und die Partei für weibliche Mitglieder attraktiver werden kann«. Immerhin erreiche die AfD »bei Frauen nicht einmal 60 Prozent des Stimmenanteils, den sie bei Männern erzielt«. Noch schlechter sieht das Verhältnis im Bundestag aus, wo die AfD von allen vertretenen Parteien den niedrigsten Frauenanteil hat: Ende 2018 waren nur 17,1 Prozent der Abgeordneten weiblich.

Die Frau als Leerstelle in der AfD zu beschreiben wäre jedoch nicht nur eine reduzierende Betrachtung und verneint die Rolle von Frauen in der AfD. Dies betrifft auch die Frauen, die im Osten geboren wurden und um die infrastrukturellen Errungenschaften in der ehemaligen DDR wissen. Zwar sagt die Gleichstellungsbeauftragte Andrea Wagner: »Ich kenne kein prominentes Gesicht einer ostdeutschen Frau, die für die AfD auftritt und die so ein bisschen das Idol für Frauen in dem Alter sein könnte.« Doch bei der Europawahl 2019 feierte die AfD bei den Frauen in Ostdeutschland mit 18,1 Prozent ihre größten Erfolge bei den 45- bis 59-Jährigen, es folgte die Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen mit 17,5 Prozent und die 60 bis 69 Jahre alten Frauen mit 17,2 Prozent. Dass Frauen im Osten Deutschlands eine Partei wählen, die am liebsten ein westdeutsches Frauenbild aus den 1950er Jahren einführen würde, ist für Wagner kein Widerspruch, sondern eher an einen Reflex geknüpft, wie sie ihn bei ihrem Arbeitsbeginn in Weimar erlebt hatte: »Ich komme hier an und die sagen mir, das ist doch eh nur Alibi. Und die Frauen in der Verwaltung sind sauer auf mich, weil sie in mir als Gleichstellungsbeauftragte eine ›westdeutsche Erfindung‹ sahen, die ihnen jetzt aufgedrückt wurde. Das brauchen wir nicht, weil wir sind ja schon emanzipiert, sie fühlten sich in ihrem Stolz verletzt.«

»Herdprämie« gegen »Gender Gaga«

Ohnehin ist das von der AfD verhasste Gender-Mainstreaming seit Jahren Feindbild der extremen Rechten und somit auch der dort agierenden Frauen, um unter dem Motto »Gender Gaga« viele gesellschaftliche Entwicklungen anzugreifen und zu diskreditieren. Zugleich konnte die Rechte mit dem Thema Anschluss an den gesamtgesellschaftlichen Diskurs finden. Für sie ist der Begriff »Gender« ein Synonym für eine Gesellschaft, in der feste Kategorien ihre Bedeutung verlieren. Vor dem Hintergrund des heraufbeschworenen Untergangszenarios greift die AfD auf die »klassische Familie aus Vater, Mutter und Kindern […] als Grundpfeiler unserer Gesellschaft« zurück und setzt auf eine traditionelle Gesellschafts- und Geschlechterordnung. Da wird im Programm zur Bundestagswahl 2017 schon mal die Umwandlung des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend in ein »Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung« gefordert und gejammert, »die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen [...], die Umsetzung des ›Gender-Mainstreaming‹-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit«.

Auch die AfD in Sachsen, die ihr Wahlprogramm 2019 als Entwurf eines Regierungsprogramms vorlegte, kritisierte eine »ideelle Relativierung der Familie aus Mann, Frau und deren Kindern in der Öffentlichkeit und im Bildungsbereich«. In dem Bundesland, in dem die AfD eine »Herdprämie« für Frauen einführen will, wählte knapp ein Viertel der Wähler*innen die AfD. Es ist anzunehmen, dass auch Frauen die AfD nicht trotz, sondern wegen deren Frauenbildes wählen, das für viele antiquiert wirkt. Im Vordergrund stehen andere Themen, wegen der sie der Politik der extrem rechten Partei ihre Stimme geben oder sich in ihr engagieren. Für ihr rassistisches, nationalistisches oder völkisches Denken bietet die AfD den Resonanzraum.



#Bundestag

Antifeminismus der AfD im Parlament

Familien- und Geschlechterpolitik, verbunden mit einem aggressiven Antifeminismus, bilden seit Jahren eine wichtige ideologische Klammer für die »Alternative für Deutschland« in den Parlamenten. Ein Blick auf geschlechterpolitische Positionen der AfD-Bundestagsfraktion.

von Gerd Wiegel

Die Sozial- und Rentenpolitik galt lange als Achillesferse der »Alternative für Deutschland« (AfD), scheinen doch hier die Gegensätze von Völkischen und Marktradikalen unversöhnlich aufeinanderzutreffen. Privatisierung versus staatliche Absicherung und Zuschlag nur für Deutsche – so lautete über Jahre die Gegenüberstellung. Jetzt soll als Kompromisslinie der »Demografiefaktor« stark gemacht werden, denn die Steigerung der Geburtenrate deutscher Kinder ist eine lagerübergreifende Herzensangelegenheit der gesamten Partei. Genau hier liegt eine Begründung des Antifeminismus der AfD, den sie in der Regel nur schöner verpackt: Die Infragestellung der klassischen Frauen- und Mutterrolle bedrohe den Fortbestand des deutschen Volkes.

Zwei Ausrichtungen des Antifeminismus

Familien- und Geschlechterpolitik, verbunden mit einem aggressiven Antifeminismus bilden seit Jahren schon eine wichtige Klammer der unterschiedlichen Lager innerhalb der Partei. Im Gegensatz zum gesamten Strang der sozial-ökonomischen Fragen ist die Familien- und Geschlechterpolitik innerhalb der AfD weitgehend unumstritten. Nicht nur ideologisch, sondern auch organisationspolitisch ist sie für die AfD zentral, bietet sie doch positive Bezugspunkte für ganz unterschiedliche Teile der Partei. Während die konservativ geprägte bürgerliche Rechte in der AfD, teilweise christlich-fundamental orientiert, hier vor allem auf tradierte Rollenmuster und die Familie als Keimzelle des Staates setzt, spielen für die völkische Rechte bevölkerungspolitische Aspekte, der Zugriff auf die Reproduktion des Lebens und auch Formen des Maskulinismus eine Rolle. Kein Thema, mit Ausnahme von Migration und Islam, wird von der AfD inhaltlich so aggressiv vorgetragen wie der gesamte Bereich der Familien- und Geschlechterpolitik. »Gender« dürfte neben dem Begriff »Islam« die zentrale Feindmarkierung im Grundsatzprogramm der Partei sein.

In der parlamentarischen Praxis der AfD lassen sich zwei unterschiedliche Ausrichtungen und Begründungen des Antifeminismus finden. Eine negativ formulierte, die sich gegen jede Form von Gleichstellungspolitik richtet, die »natürliche« Geschlechterdifferenz betont, jede Infragestellung in Form von Genderforschung und queer-politischen Ansätzen vehement ablehnt und klar gegen Abtreibung und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen gerichtet ist. Parallel dazu findet sich eine positiv formulierte Politik für Frauen, die sich als Schutz vor ausschließlich muslimischen Formen der Unterdrückung und als Plädoyer für die Wahlfreiheit von Frauen zwischen Familie und Beruf darstellt.

Parlamentarische Umsetzung

Demographie- und Reproduktionsfragen sind für die radikale Rechte schon immer zentral gewesen, schließlich geht es hier um den Erhalt des »Volkskörpers« und die Durchsetzung von männlicher Verfügungsgewalt über Frauen. So fragt die AfD die Bundesregierung nach Möglichkeiten der »Steigerung der Geburtenrate in Deutschland mithilfe von familienpolitischen Maßnahmen«. Das zentrale Problem für die AfD dabei ist, dass »zu wenig deutsche Kinder geboren« würden, womit schnell klar wird, worum es der Partei geht. In der Anfrage zu »Langzeitauswirkungen und Folgen der frühen Fremdbetreuung von Kindern« wird gleich das dazu passende Familien- und Rollenbild mitgeliefert. Dort heißt es: »Eine der Gefahren für die Kinder, […] besteht darin, dass die Krippenbetreuung, wenn sie zu früh, zu oft und

zu lange in Anspruch genommen wird, die mütterliche Empfindsamkeit schwächen kann – oder gar verhindert, dass sie sich überhaupt entwickelt. Letzteres passierte vor allem bei den Müttern, bei denen die Bindung zu ihrem Kind schon vorher schwach gewesen war.«

Die AfD-Abgeordnete Nicole Höchst spricht sich vehement gegen einen angeblichen »Gleichstellungstotalitarismus« aus, der mittels Quote und anderer Förderungen das »Ansehen Millionen freier, selbstbestimmter Frauen« zerstöre. Jede Form struktureller Benachteiligung von Frauen wird von Höchst bestritten. »Die strukturelle Benachteiligung von Frauen gleicht einem Yeti: Jeder spricht darüber, aber noch niemand hat ihn ernsthaft gesehen«, so Höchst. Anlässlich des 8. März verkündet Beatrix von Storch: »Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist in Deutschland tatsächlich erreicht, und das schon seit Jahrzehnten. [...] Deswegen brauchen wir eigentlich auch keinen Internationalen Frauentag. Dem Mainstream-Feminismus geht es aber nicht um Gleichberechtigung, sondern um Gleichstellung. Gleichstellungspolitik zerstört Gleichberechtigung. [...] Wir müssen heute aktiv die Gleichstellungspolitik bekämpfen, um die Gleichberechtigung zu bewahren.« »Genderideologie«, wie es die AfD nennt, wird als zentraler Angriff auf das Fundament des Staates gewertet, womit sich die Partei in die lange Tradition konservativer Geschlechterpolitik stellt: »Es geht Ihnen [den Regierungsfraktionen; d. Verf.] um einen Kreuzzug gegen die Zweigeschlechtlichkeit, um einen Kreuzzug gegen die Biologie und gegen die Natur des Menschen schlechthin. [...] Hinter der Genderideologie steht ein großer linker Irrweg. Sie setzen den Menschen gegenüber der Schöpfung absolut. Sie wollen Gott spielen. [...] Ihrem Wahn von Machbarkeit opfern Sie alles. Was Ihnen dabei im Wege ist, wollen Sie zerstören: die angeborene Geschlechtsidentität des Menschen, die Familie, die Tradition, die Kultur. Wir treten an, um diese Zerstörung gegen Sie alle hier im Haus zu verteidigen. Deswegen ist die AfD die einzige konservative Kraft in Deutschland«, so die AfD im Bundestag.

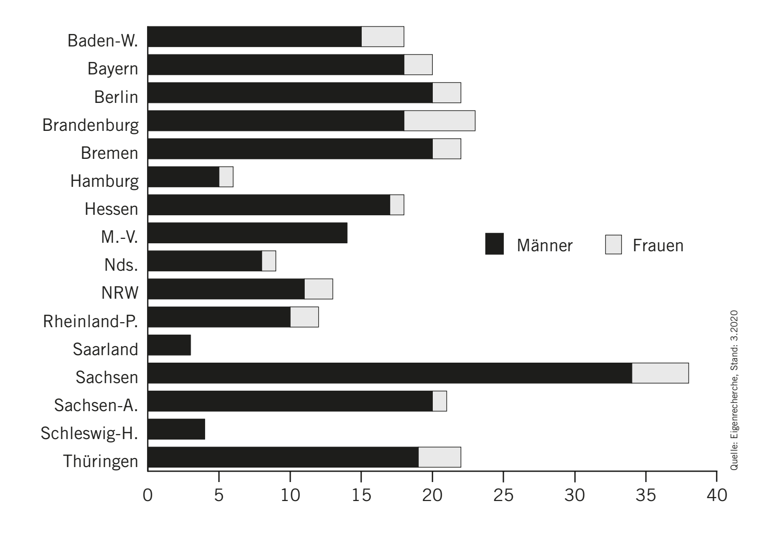
Sind es im Kampf gegen Gender- und Gleichstellungspolitik vor allem die wenigen Frauen in der AfD, die diese Positionen zumeist im Parlament vertreten, sieht das beim Schutz vor einer ausschließlich der »muslimischen Kultur« attestierten Unterdrückung von Frauen anders aus. Hier spielen sich die Männer der AfD zu den Beschützern der »deutschen Frau« auf. Gottfried Curio gibt den Ton vor: »Da wird ein Millionenheer archaisch geprägter junger Männer ins Land gelassen, denen Frauen als Schlampen und Übergriffsobjekte gelten, wenn sie sich nicht der islamischen Unterdrückungskultur anbequemen. Gelernte Frauenverachtung aber ist programmierter Frauenmord.« Aber auch die Abgeordnete Nicole Höchst steht diesem aggressiven Tonfall in nichts nach, wenn sie »die islamische Unterwerfung der Frau« anprangert und fordert, »dass wir nicht ohne Not zusätzliche Horden testosterongesteuerter junger Männer aus islamisch geprägten Kulturkreisen en masse importieren und uns mit Messern oder sonst wie abschlachten lassen«.

Der womöglich erfolgsträchtigste Punkt der AfD-Frauenpolitik wird im Parlament am leisesten vorgetragen. Die von der Fraktion geforderte stärkere – auch finanzielle – Anerkennung der Mutterrolle setzt an realen Erfahrungen von Frauen an. So erscheint der allumfassende Anspruch des neoliberalen Kapitalismus auf die jederzeit abrufbare Arbeitsleistung der Individuen nicht immer und unbedingt als Chance zur Selbstverwirklichung und Emanzipation, sondern gerade für Frauen häufig auch als ausufernde Kette von Doppelbelastungen im Rahmen einer patriarchalen Arbeitsteilung, die Frauen nach wie vor den größeren Teil der Reproduktionsarbeit aufbürdet. Mit dem Zauberwort der »Wahlfreiheit« versucht die AfD hier an vorhandene Wünsche nach einem – zumindest temporären – Ausstieg aus der ständigen Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt anzuknüpfen und gibt die von der Partei favorisierte Rückkehr zu traditionellen Rollenmustern als eben diesen Beitrag zur Wahlfreiheit gegen eine angeblich einseitige Propagierung von Emanzipationsmodellen aus.

AfD-Fraktionen: Spiegelbilder des eigenen Frauenbildes

Bisher ist es der AfD mit dieser Art der Thematisierung allerdings nicht gelungen, vermehrt Frauen anzusprechen. Das von Anfang an bestehende Missverhältnis von Wählerinnen und Wählern hat sich nicht geändert und der Frauenanteil in Partei und Parlamenten ist nach wie vor marginal. Von den 11 weiblichen Abgeordneten, mit denen die AfD bei 94 Mitgliedern 2017 im Bundestag gestartet ist, haben zwei die Fraktion verlassen (bei fünf Austritten insgesamt), so dass das Verhältnis heute 80:9 lautet. Ein Blick in die Landesparlamente zeigt, dass AfD-Politik tatsächlich fast ausschließlich von Männern gemacht wird, womit die Partei das von ihr vertretene Gesellschaftsbild der Rolle der Frau schon einmal umsetzt.

Abgeordnete der AfD-Landtagsfraktionen (Stand: Februar 2020)



Natürlich ist die AfD gegen die aktuell diskutierten Vorschläge eines Parité-Gesetzes, mit denen die Listen der Parteien für die Wahlen gleichmäßig mit Männern und Frauen besetzt werden müssten. Im Bundestag bezweifelt Nicole Höchst generell die Sinnhaftigkeit von mehr Frauen im Parlament: »Warum müssen ausgerechnet in den Parlamenten mehr Frauen sein? Weil sie bessere Politik für Frauen machen? Meine Damen, Sie machen sich lächerlich. Überwiegend Herren haben all dem zugestimmt, was wir heute als Errungenschaften für Frauen feiern.« Schließlich fordert sie die Männer im Saal dazu auf, sich das nicht länger gefallen zu lassen: »Meine Herren, wie lange wollen Sie sich eigentlich den Quatsch der neid- und machtgetriebenen Quotenpolitik allein zu Ihren Lasten noch gefallen lassen?« Ideologisch ist der praktizierte Antifeminismus der AfD konsequent und verbindet bürgerliches und völkisches Lager. Dennoch werden auch innerhalb der Partei die Probleme einer solchen Ausstrahlung gesehen. In einem internen Strategiepapier zur Parteientwicklung bis zum Jahr 2025 wird die große Differenz beim Anteil von Wählerinnen und Wählern der AfD zwar konstatiert, über Gründe dafür könne aber nur spekuliert werden. Beklagt wird, dass es manchen Mitgliedern offenbar egal sei, ob die Partei auch bei Wählerinnen Anklang finde.



#FrauenBildungsHaus

»Auf parlamentarischer Ebene darf der AfD kein Raum gegeben werden.«

In den Fokus antifeministischer Politik geraten vor allem feministische Vereine, die zu Geschlechtergerechtigkeit arbeiten, Gleichstellungsprojekte durchführen, bis hin zu Einrichtungen zum Schutz von Frauen*. Ihre Notwendigkeit und Legitimität werden in Frage gestellt, Ansätze diskreditiert, Ressourcen angegriffen; nicht erst seit dem Erstarken der »Alternative für Deutschland« (AfD). Für »der rechte rand« sprach Alexa Anders mit Maja vom FrauenBildungsHaus Dresden e. V.

drr: Vielen Dank, dass Du Dir die Zeit nimmst. Stell doch bitte kurz euren Verein vor.

Maja: Das FrauenBildungsHaus gibt es seit 1990, wir werden dieses Jahr 30. Es gibt in Dresden viele Gleichstellungsprojekte, die direkt nach der Wende gegründet worden sind. Wir haben derzeit vier große Projekte: die Beratungsstelle für erwerbslose Frauen* bietet Orientierung nicht nur im Bereich Lohnarbeit, sondern auch in der eigenen Lebensgestaltung. Das Genderkompetenzzentrum Sachsen (GKZ) arbeitet landesweit mit kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zusammen, versucht sie in ihrer Arbeit zu unterstützen und weiterzubilden. Außerdem arbeiten die Mitarbeiter*innen an einer landesweiten Vernetzung zum Thema Gleichstellung. Das Frauenstadtarchiv macht vor allem Geschichtsforschung zu und für Frauen, ein stark vernachlässigtes Feld. Mit eigenem Archivbestand, Bildungsangeboten und Ausstellungen wird versucht diese Leerstelle zu füllen. Das Frauen*bildungszentrum (F*BZ), in dem ich arbeite, ist ein Projekt mit offenen Angeboten für Frauen*, von Kreativität und Kultur über Begegnung bis zu politischer Bildung. Aber auch politische Arbeit findet hier statt, seien es Kampagnen, Demonstrationen oder die Arbeit auf kommunaler Ebene mit Stadträt*innen.

Die Politik in Dresden ist schon lange eher konservativ geprägt. Außerdem saß hier von 2004 bis 2019 das »Nationale Bündnis/NPD« im Stadtrat und seit 2014 die AfD, die seit der letzten Stadtratswahl im Mai 2019 sogar mit 12 Abgeordneten vertreten ist. Was heißt das für Eure Arbeit, welche Erfahrungen musstet Ihr in der Vergangenheit machen?

Die Arbeit ist von Beginn an stark infrage gestellt worden. Es ist der Einzelinitiative engagierter Frauen* in der Nachwendezeit zu verdanken, ohne die die Einrichtung des kommunalen Gleichstellungsbüros im Rathaus nicht möglich gewesen wäre. Seither ist es ein stetiger Kampf um den Erhalt solcher Strukturen. Immer wieder wurden Sinn, Zweck und die Wichtigkeit dieser Arbeit delegitimiert. Mitgetragen wurde das in dieser Stadt stark von der CDU. Natürlich, wenn eine NPD im Stadtrat sitzt, sitzen da keine profeministischen Abgeordneten. Aber selbst die und auch heute die 12 Abgeordneten der AfD wären an sich erst einmal zu verkraften, wenn es nicht eine starke konservative Mehrheit gäbe. Die CDU stellte seit der Wende immer die stärkste Fraktion im Dresdner Stadtrat. Diese Mehrheit boykottierte Gleichstellungsarbeit, im besten Fall war ihr das Thema egal. Das hat immer wieder zu Einschnitten in der Förderung geführt. Aber tatsächlich brauchen institutionalisierte Vereine Geld, um ihre Arbeit zu machen, und dieses Geld wurde, je nach Mehrheitsverhältnissen und politischen Diskursen, abgelehnt oder konstant gehalten. Von einem feministischen Standpunkt aus argumentiert, geht es hier auch um die Frage, welche Arbeit wie viel wert ist. Hier im Projekt hatten wir 2001 einen starken Einschnitt. Für den ganzen Verein gab es nur noch eine einzige bezahlte halbe Stelle. Die betroffenen Frauenvereine in Dresden haben sich zusammengetan, um für die Fördermittel zu streiten und nur mit Hilfe zahlreicher Ehrenamtlicher konnte unser Haus erhalten werden. 2019, noch vor den Kommunalwahlen im Mai, wurde der letzte Doppelhaushalt beschlossen und wir hatten eine Pattsituation im Stadtrat zwischen Rot-Grün-Rot und dem rechtskonservativen Block. Das Zünglein an der Waage war der Oberbürgermeister (FDP). Mehrbedarf, nicht nur im Gleichstellungsbereich, sondern auch im Sozialen, in der Jugendhilfe und in der Kultur, wurde nicht bewilligt. Angebote mussten gestrichen, Stunden gekürzt werden. Für meine Kolleg*innen, die hier schon seit über 20 Jahren arbeiten, ist das überhaupt nichts Neues. Das öffentliche Interesse ist zudem extrem gering, da ist viel Ignoranz.



Ist der deutliche Zuwachs an AfD-Mandaten im Stadtrat für Euch spürbar oder auch die Diskursverschiebung, die mit Angriffen auf Gleichstellungspolitik und Gendertheorie einherging und Begriffe wie »Gender-Gaga« in die öffentliche Debatte brachte?

Wir werden mit diesen Begriffen konfrontiert, insofern ist eine Veränderung wahrnehmbar. Wenn wir unterwegs sind, sei es mit einem Infostand oder auf Veranstaltungen, dann ist dies das Vokabular, das genutzt wird, um uns zu beschimpfen. Das kommt nicht aus dem luftleeren Raum. Ich denke, es ist legitimer geworden, dieses Vokabular zu benutzen, das ist auf jeden Fall spürbar. Auch in Social Media gibt es immer wieder Leute, die unsere Veranstaltungen und Inhalte auf eine Art und Weise kommentieren, die unsere Arbeit ins Lächerliche zieht. Dass Menschen tatsächlich in unsere Veranstaltungen kommen und stören, damit haben wir noch kaum Erfahrungen machen müssen. Aber wir rechnen immer damit.

Die AfD nutzt auf Landesebene ihre Mandate, um unzählige Kleine Anfragen zu stellen; auch zur Finanzierung der feministischen Netzwerkkonferenz, die wir in den letzten Jahren mitorganisiert haben. Wir bekommen auch Zuschriften, vor allem das GKZ, das landesweit arbeitet. Von Kommunalpolitikern aus den Landkreisen, die auf unsere Angebote aufmerksam werden, heißt es dann: Was macht ihr hier, ich sorge dafür, dass ihr keine Gelder mehr bekommt. Das erzeugt zwar ein Bedrohungsszenario, hält sich aber noch in Grenzen. Unsere interne Vermutung ist, dass wir einfach nicht bekannt genug sind.

Die Diskursverschiebung macht es leider auch nötig, Dinge immer wieder zu thematisieren, von denen wir dachten, sie schon hinter uns zu haben. Ich glaube, das betrifft uns in den Städten weniger. Die Situation in den ländlichen Regionen ist wesentlich prekärer. Kommunale Gleichstellungsbeauftragte sind dort abgestellt, haben null Budget und sind Anfeindungen ausgesetzt. Das ist eine ganz andere Liga an Betroffenheit von rechten Positionen, Hetze und Bedrohungen als wir das hier in der Stadt erleben.

Du sprachst gerade von den Kleinen Anfragen der AfD. Eine davon handelte kürzlich von Frauen im gebärfähigen Alter in Sachsen.

Es ist ja nicht nur die Frage nach der Gebärfähigkeit, sondern auch noch verknüpft mit der Nationalität. Das ist ein wichtiger Teil. Ich schwanke immer etwas zwischen Erstaunen über die Plumpheit und gleichzeitig ist es natürlich schockierend. Es ist klar, was dahinter steht und zeigt uns, in welche Richtung die Reise gehen wird, wenn die AfD an der Regierung beteiligt werden sollte. Von daher ist das ernst zu nehmen, aber nicht in dem Sinne, sich an der Anfrage abzuarbeiten, sondern es geht darum, dahinter zu schauen und zu analysieren, welche Strategien die AfD nutzt, wie wir darauf reagieren und diese Strategien brechen können. Vor allem geht es darum, nicht permanent die Diskurse durch die AfD bestimmen zu lassen.

Was wünscht ihr Euch?

Da gibt es unterschiedliche Ebenen: Eine ganz konkrete ist leider Geld. Wir haben das Problem, dass selbst das Frauenschutzhaus Dresden seit 25 Jahren nur von Jahr zu Jahr gefördert wird. Wir stehen unter dem Zwang, einen großen Anteil Eigenmittel zu erwirtschaften, aber mit Bildungsarbeit ist kein Geld zu machen. Wir wollen und müssen da sein für Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen. Um die Arbeit gut machen zu können, muss sie langfristig finanziert sein.

Auf parlamentarischer Ebene darf der AfD kein Raum gegeben werden. Im Stadtrat hat sich der Ton sehr stark verändert, seitdem die AfD mit 12 Abgeordneten vertreten ist. Damit muss ein Umgang gefunden werden, der aber auch heißt, dass die AfD nicht permanent die Themen setzt und andere Debatten, die wichtiger wären, unterbindet.

Auf medialer Ebene muss die Frage gestellt werden, welche Themen repräsentiert sind und welche nicht. Wir kämpfen seit Jahren dafür, dass unsere Veranstaltungen oder Aktionen überhaupt in den lokalen Medien auftauchen. Und es ist unglaublich schwer, für unsere Themen Platz zu bekommen. Das bedeutet viel für unsere Arbeit, denn wir können keine Sichtbarkeit herstellen in dieser Stadt. Gleichzeitig verlagert sich der Diskursraum stark in den Social-Media-Bereich. Dort handelt es sich aber weniger um Berichterstattung mit journalistischen Ansprüchen, sondern hier nutzen Menschen den Raum, um Hass und Hetze zu verbreiten und Angst zu erzeugen. Deshalb braucht es wesentlich mehr mediale Repräsentanz der Themen wie Feminismus, Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung.

Auf gesellschaftlicher Ebene wünschen wir uns Engagement über eine linke politische Szene hinaus. Politisches Handeln ist in Dresden, so wie ich das hier seit Jahren erlebe, erst einmal suspekt, es bekommt schnell den Touch von etwas »Extremem« oder »Illegalem«. Das merken wir. Es gibt eine Kundgebung, weil über Fördermittel entschieden werden soll und hunderte Vereine mit ihren Beratungs-, Bildungs- oder Kulturangeboten in ihrer Existenz bedroht sind, und vor dem Rathaus stehen nur 250 Leute. Ich wünsche mir mehr Mut, Positionen öffentlich zu vertreten, gerade auch von Frauen*. Ich weiß, wie schwer das ist, deswegen versuchen wir in unserer Arbeit den Menschen den Rücken zu stärken.

Vielen Dank für das Interview!

#Brasilien

Das Faustrecht regiert

Die Politik der Bolsonaro-Regierung baut auf reaktionären Traditionen auf. Gleichzeitig nimmt die Gewalt gegen Frauen zu.

von Peter Steiniger



Die Zahlen sprechen für sich. In Brasilien werden durchschnittlich jeden Tag etwa 13 Morde an Frauen verübt. In etwa jedem dritten Fall handelt es sich um Beziehungstaten, häufig ist der Tatort das eigene Haus. 2019 wurden insgesamt 4.936 weibliche Opfer registriert. Diese Bilanz führt der vom »Brasilianischen Forum für öffentliche Sicherheit« (FBSP) und dem Wirtschaftsforschungsinstitut IPEA jährlich herausgegebene »Atlas der Gewalt«. Die meisten Frauen wurden demnach erschossen, etwa jede vierte wurde mit einer Stichwaffe getötet. Bei Afrobrasilianerinnen liegt die Tötungsrate um etwa 70 Prozent über der von weißen Frauen. Für schwarze Bürgerinnen wuchs das Risiko, getötet zu werden, von 2007 bis 2017 um rund 30 Prozent. In der Dienstbotengesellschaft, die aus dem Sklavenhalterstaat hervorgegangen ist, sind Hautfarbe und Abstammung immer noch Faktoren für die soziale Stellung. Die Hotspots des Tötens sind Orte, die von Armut, Arbeitslosigkeit und fehlenden Bildungschancen geprägt sind.

180 Vergewaltigungen täglich

Im internationalen Vergleich liegt Brasilien bei Femiziden auf dem fünften Platz. Ein zentrales Problem ist die in allen Schichten der Gesellschaft anzutreffende häusliche Gewalt. Das FBSP schätzt, dass im vergangenen Jahr etwa 16 Millionen Frauen über 16 Jahren unterschiedlichen Formen von Belästigungen und Angriffen ausgesetzt waren. Für 2018 wurden 66.000 schwere sexuelle Übergriffe durch Männer gezählt, das entspricht pro Tag mehr als 180 Vergewaltigungen. Mehr als die Hälfte der Opfer war höchstens 13 Jahre alt.

Für die Täter ist Straffreiheit die Regel. Verfahren werden von der Justiz verschleppt, nur wenige Urteile gefällt. Bestehende Gesetze haben an dieser Realität nur wenig ändern können. Bereits 2006 erließ der damalige Präsident Lula da Silva von der »Partido dos Trabalhadores« (»Arbeiterpartei«, PT) mit dem »Lei Maria da Penha« für Lateinamerika vorbildliche Bestimmungen zur Ahndung häuslicher, körperlicher und psychischer Gewalt, zur Prävention und zum Schutz der Frauen vor familiärer Bedrohung und zur Bestrafung der Täter. Vor allem auf lokaler Ebene wird dies allerdings nur unzureichend umgesetzt. Unter der ehemaligen Präsidentin Dilma Rousseff – ebenfalls PT – wurden 2015 Frauentötungen als Schwerverbrechen zu einem eigenen Tatbestand. Die Errungenschaften der frauenemanzipatorischen Bewegung in Brasilien sind nun gefährdet. Mit dem Rechtsruck ist der Anteil von Frauen in politischen Ämtern auf einen historischen Tiefstand gesunken.

Zugenommen haben hingegen die Angriffe auf sexuelle und geschlechtliche Minderheiten. 2017 lag die Zahl der offiziell erfassten Tötungsdelikte gegen Menschen aus der LGBT-Szene bei 193. Im Jahr darauf wurden 320 dieser Hassverbrechen registriert, wobei Nichtregierungsorganisationen von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Zu einer Symbolfigur wurde die im März 2018 in Rio de Janeiro mutmaßlich von Killern einer paramilitärischen Miliz ermordete Schwarze lesbische Stadträtin Marielle Franco von der linken Partei PSOL. Viel weist darauf hin, dass die Kreise, aus denen ihre Mörder stammen, enge Verbindungen zum Familienclan des seit 2019 regierenden Präsidenten Jair Bolsonaro haben.

Eine vielfältige Frauenbewegung bildete sich in Brasilien bereits in den 1970er Jahren im Widerstand gegen die zivil-militärische Diktatur heraus. Feministinnen sind heute eine Säule der Opposition gegen die ultrarechte Regierung. 2018 folgten Millionen den Aufrufen ihrer Organisationen unter der Losung »Ele não« (»Den nicht«) zu Demonstrationen gegen die Wahl Bolsonaros zum Staatschef. Frauen-NGOs wie CFEMEA (Centro Feminista de Estudos e Assessoria), »Sempre Viva« oder das »Feministische Zentrum 8. März« sind landesweit aktiv, mobilisieren gegen Gewalt, Unterdrückung und neoliberale Politik.

Extremer Machismus

Schon 2018 war der Wahlkampf von Bolsonaros Gewaltverherrlichung geprägt. Der frühere Hauptmann verkörpert ein archaisches Männlichkeitsbild. Das Markenzeichen seiner Auftritte war die zur Pistole geformte Hand. Gefördert wurde der Kandidat – der zunächst ein krasser Außenseiter war – von hohen Militärs, Richtern, Sektenführern und Vertretern des Großkapitals. Den Weg zum Sieg bahnten ihm manipulierte Prozesse gegen den früheren Präsidenten Lula. Sie führten zu dessen Ausschluss von der Wahl und brachten den populärsten Politiker des Landes für 580 Tage ins Gefängnis.



Jair Bolsonaro bei seinen Freunden vom Militär

Vom Licht und in den Schatten

Brasilien hat sich sozial und kulturell gewandelt. Dank hoher Weltmarktpreise für wichtige Exportgüter erlebte es einen lang anhaltenden wirtschaftlichen Boom. Die seit 2003 von Lula und danach von seiner Nachfolgerin Rousseff geführte Zentralregierung nutzte diesen für eine Politik, die auch den Interessen der Bevölkerungsmehrheit diente. Millionen stiegen auf der sozialen Leiter auf. Der Hunger wurde besiegt – der politische Analphabetismus nicht. Der Einfluss der Eliten blieb intakt. Zugleich beförderte Lulas PT die Illusion einer Versöhnung der Klassen, die jedoch spätestens mit dem Einsetzen der Krise Mitte 2014 platzte. Das zeigte sich besonders bei den vom privaten Medienkonzern »Globo« gelenkten Massendemonstrationen gegen die Regierung ab Sommer 2013. Ein diffuser und nationalistischer Protest brach sich Bahn. Die dunkle Seite des Riesen war erwacht.
Beträchtlich gewachsen ist der Einfluss der Evangelikalen, zu denen sich heute ein Drittel aller Brasilianer*innen zählt. Damit hat sich ihr Anteil in drei Jahrzehnten verdreifacht. Freikirchen aus den USA standen bei dieser Entwicklung Pate. Allein die »Assembleia de Deus« (»Kirche der Versammlung Gottes«) zählt im 210-Millionen-Land 30 Millionen Mitglieder. Von einem Pfarrer der Sekte ließ sich 2016 auch Jair Bolsonaro taufen, in Israel. Offiziell ist der Präsident weiter Katholik – wie die Mehrheit seiner Landsleute. Doch das Bündnis mit den einflussreichen evangelikalen Führern ist für Bolsonaro enorm wichtig. Die Kirchen sind milliardenschwer. Das trifft besonders auf die »Universalkirche des Königreichs Gottes« zu. Sie verdient am Ablasshandel und besitzt große Radiosender sowie Fernsehkanäle, die für Bolsonaro werben. Ihr Gründer und selbsternannter Bischof Edir Macedo setzt auf Expansion, vor allem nach Afrika und in den Mittleren Osten. Auch in Deutschland will die Sekte Fuß fassen.
Bis hinauf in den Nationalkongress mit seiner »Bibel-Fraktion« haben Evangelikale an Einfluss gewonnen. Reaktionäre Positionen bestimmen die Wertedebatte stärker mit. Evangelikale und andere christliche Fundamentalist*innen argumentieren radikal antifeministisch, wenden sich gegen sexuelle Aufklärung und Selbstbestimmung. Für den säkularen Staat ist das nicht nur langfristig eine Gefahr. Bereits jetzt versuchen evangelikale Politiker auf allen Ebenen, dessen Normen aufzuweichen. Ein Beispiel dafür ist Bolsonaros Frauenministerin Damares Alves. Ihr Credo: »Jungs tragen blau, Mädchen rosa.« Ungewollten Schwangerschaften bei Minderjährigen will die Frömmlerin und Abtreibungsgegnerin mit einer Kampagne für sexuelle Enthaltsamkeit beikommen. Anfang Februar 2020 ernannte Bolsonaro mit Pastor Ricardo Lopes Dias einen Evangelikalen und früheren Missionar ausgerechnet zum Chef der Abteilung für nicht kontaktierte Völker bei der Indigenenbehörde »Funai«. Menschenrechtler*innen aus aller Welt waren entsetzt.

Bolsonaro trat ohne ein echtes Programm an. Furore machte der auf Antipolitiker gestylte Faschist mit Stammtischparolen. Den Linken drohte er wechselnd Haft, Vernichtung oder Vertreibung an. Diskriminierende Äußerungen über Afrobrasilianer*innen und Indigene, besonders aber frauenfeindliche und homophobe Attacken gehören seit langem zu seinem Repertoire. Bereits 2003 beleidigte er als Abgeordneter einer rechten Splitterpartei die PT-Abgeordnete Maria do Rosário herabwürdigend: »Ich würde Sie nie vergewaltigen, weil Sie es nicht verdienen!« Den Satz wiederholte er später mehrfach. 2015 stimmte Bolsonaro gegen härtere Strafen für Frauenmörder. Seine Stimme für eine Amtsenthebung der linken Präsidentin Dilma Rousseff widmete der Abgeordnete im April 2016 »ihrem Schrecken« – dem Oberst Carlos Alberto Brilhante Ustra. Dieser leitete während der Militärdiktatur in den 1970er Jahren ein Folterzentrum in São Paulo, in dem auch Rousseff brutal misshandelt wurde. Wer Bolsonaro wählte, wusste, was er tat. Schon Rousseffs illegitimer Nachfolger, der konservative Interimsstaatschef Michel Temer, drehte die Uhr zurück. Sein Kabinett bestand ausschließlich aus Vertretern der weißen männlichen Elite.
Auch als Präsident bleibt Bolsonaro seinem Sexismus treu. Die Demagogie folgt einem Kalkül. Sie ist die brasilianische Spielart der Methoden von Donald Trump und der »Neuen Rechten« weltweit. Provokation, Diffamierung und Lüge sind ihre Standardinstrumente. Für den zeitgenössischen Relaunch des Antikommunismus ist der Feminismus als Baustein des ideologischen Konstrukts »Kulturmarxismus« das moderne Feindbild. Für ihren Kulturkrieg belebt Brasiliens Regierung das Pathos von »Gott, Familie und Vaterland«. Die Berufung auf alte Denkmuster und Werte findet bei dem Teil der Bevölkerung Resonanz, der an Chauvinismus und tradierten Rollen festhält.

Vorbild für die Mittelschicht

Beträchtlich verändert hat sich in Brasiliens jüngerer Geschichte die Mediennutzung. Die wichtigsten Nachrichtenquellen heißen heute Twitter und WhatsApp. Den kostenlosen Messaging-Dienst nutzen in Brasilien fast alle. Dort hat die extreme Rechte den Kampf um die Köpfe zunächst gewonnen. Dabei waren gerade die Kampagnen im Netz gegen Rousseff auch frauenverachtend. Die von Bolsonaristas millionenfach verbreiteten Falschinformationen spielten im Wahlkampf und spielen auch weiterhin eine entscheidende Rolle. Bolsonaro legitimiert den Hass auf Frauen und gesellschaftlich wenig akzeptierte Gruppen. Seine rassistische, frauenfeindliche und homophobe Rhetorik zieht gerade bei jüngeren weißen Normal- und Besserverdiener*innen. Er ist vor allem das Idol konservativer Männern aus der Mittelschicht.



#USA

Rollback

Die US-Regierung unter Präsident Trump setzt sich für die Aberkennung der Rechte von Frauen, nicht-heterosexuellen und trans* Menschen ein. Es wird die politische Agenda der christlichen Rechten umgesetzt, die auf die Erhaltung einer patriarchalen und heteronormativen Gesellschaftsordnung abzielt.

von Carl Kinsky

»Der Präsident ist stolz, der erste Präsidentschaftskandidat der Republikaner gewesen zu sein, der in seiner Dankesrede nach seiner Nominierung die LGBTQ-Community erwähnte und versprach, diese vor Gewalt und Unterdrückung zu schützen.« Mit diesen Worten gelobte Donald Trump im Januar 2017, ein Präsidialdekret aus der Amtszeit von Barack Obama aufrechtzuerhalten, das die Diskriminierung von trans* und nicht-heterosexuellen Mitarbeiter*innen der Bundesregierung verbietet. Drei Wochen später jedoch hob das Justizministerium eine Schutzrichtlinie für Transgender-Personen an öffentlichen Schulen und Universitäten auf: das Recht, eine Toilette zu benutzen, die der eigenen geschlechtlichen Identität entspricht. Hiermit begann eine Reihe von politischen Entscheidungen der Trump-Regierung, die letztlich auf die Abschaffung der Bürgerrechte von Frauen, trans* und nicht-heterosexuellen Menschen insgesamt abzielen. Diese Entwicklung lässt sich auf den starken Einfluss der christlichen Rechten innerhalb dieser Regierung zurückführen.

»Religionsfreiheit« als Legitimation für Diskriminierung

Während es Trump primär um die Hofierung einer verlässlich reaktionären Wähler*innenbasis geht, unterstützt die christliche Rechte seine Präsidentschaft, um ihre eigenen politischen Visionen auf Bundesebene durchzusetzen. Als wichtigste Ziele stechen die Abschaffung des Abtreibungsrechts und die Aberkennung der Bürgerrechte von nicht-heterosexuellen und trans* Menschen hervor.

Trumps Regierungskabinett ist gefüllt mit Vertreter*innen der christlichen Rechten, darunter Vizepräsident Mike Pence, der ehemalige CIA-Direktor und jetzige Außenminister Mike Pompeo, die Bildungsministerin Betsy DeVos, der Minister für Wohnungsbau und urbane Entwicklung Ben Carson, der ehemalige Justizminister Jeff Sessions sowie Richard Grenell, kommissarischer Direktor der Geheimdienste und Botschafter in Deutschland.

Von Anfang an sah die Regierung eine ihrer Prioritäten in der vermeintlichen Bewahrung der religiösen Freiheiten von Christ*innen. Unter diesem Deckmantel versuchen rechte Christ*innen verstärkt, seit der Amtszeit der Obama-Regierung Sonderrechte einzufordern,

die ihnen die Diskriminierung von nicht-heterosexuellen und trans* Menschen ermöglichen. Hierbei fordern sie für sich unter anderem das Recht, nicht-heterosexuelle und trans* Menschen in Geschäften und Restaurants nicht zu bedienen, sie als Arbeitnehmer*innen nicht anzustellen sowie ihnen medizinische Leistungen zu verweigern. Grund hierfür ist die Ausweitung der Rechte von Nicht-Heterosexuellen und trans* Personen durch die Obama-Regierung sowie die 2015 beschlossene bundesweite Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe.

Die christliche Rechte war bereits erfolgreich darin, die Verpflichtung von privaten Arbeitgeber*innen gemäß dem Affordable Care Act aufzuheben, Verhütungsmittel als Teil der Krankenversicherung ihrer Mitarbeiter*innen abzudecken. Im Juni 2014 entschied der Oberste Gerichtshof im Sinne der christlichen Handelskette Hobby Lobby Stores, die gegen diese Verpflichtung geklagt hatte.

Schutzpatron des »ungeborenen Lebens«

Beim »March for Life« (»Marsch für das Leben«) in Washington D.C. pries sich Donald Trump selbst im Januar 2020 vor zehntausenden Abtreibungsgegner*innen als »stärkster Beschützer« des »ungeborenen Lebens« in der Geschichte des Landes. Er trat als erster Präsident persönlich bei der größten jährlichen Demonstration der christlichen Rechten auf, ein Zeichen der überaus engen Verbindung zwischen seiner Regierung und der selbsternannten »Lebensschutzbewegung« sowie der Bedeutung rechter Christ*innen als Wähler*innenbasis für Trump. Tatsächlich hat die Regierung in ihrer Amtszeit keine Mühen gescheut, um das Abtreibungsrecht kurzfristig zu schwächen und längerfristig komplett abzuschaffen.

Eine der ersten Maßnahmen war die Wiedereinführung der »Mexico City Policy« der Reagan-Regierung. Sie verbietet ausländischen Organisationen, die Finanzmittel der US-Regierung erhalten, die Aufklärung über Weitervermittlung zu oder Durchführung von Abtreibungen. Der wichtigste Erfolg der Regierung war allerdings die Berufung der konservativen Richter Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh zum Obersten Gerichtshof, die bereits in der Vergangenheit im Sinne der christlichen Rechten entschieden hatten. Wegen der Altersstruktur der amtierenden Richter*innen ist hiermit eine konservative Mehrheit für die kommenden Jahre nahezu garantiert. Da das Abtreibungsrecht auf einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von 1973 beruht, ist es das Ziel der christlichen Rechten, diese Rechtsprechung durch Berufungsprozesse anzufechten und aufzuheben.

Ein geeignetes Gesetz für eine solche Anfechtung glaubt Terri Collins, republikanische Landtagsabgeordnete in Alabama, mit dem von dem christlichen Lobbyisten Eric Johnston verfassten »Human Life Protection Act« vorgeschlagen zu haben. Das im Mai 2019 verabschiedete Gesetz stellt das Durchführen von Abtreibungen für Ärzt*innen, außer in wenigen Ausnahmefällen, unter Strafe. Es wurde zwar im Oktober 2019 von einem Bundesgericht für verfassungswidrig erklärt, der Berufungsprozess hat damit jedoch erst begonnen. Vizepräsident Mike Pence lobte das Gesetz als »lebensbejahend«.

Pence selbst ist ein politischer Vorreiter der Strategie zur Einschränkung des Abtreibungsrechts durch direkte Angriffe auf die Anbieter*innen dieser medizinischen Leistung. Seit 2007 forciert er die Streichung von Bundesfinanzmitteln für medizinische Dienstleister wie die nicht-gewinnorientierte Organisation »Planned Parenthood« (PP), da diese auch über Abtreibungen aufklärt. Seit August 2019 verzichtet PP auf Bundesgelder für die Beratung von einkommensschwachen Personen gemäß dem »Title X« Programm. Grund ist eine neue Richtlinie der Bundesregierung, welche die Beratung von Frauen über Abtreibungen bei Erhalt dieser Gelder untersagt. Bis zu diesem Zeitpunkt versorgte PP nach eigenen Angaben 41 Prozent der mehr als vier Millionen Leistungsberechtigten – diese Arbeit muss nun durch Spenden finanziert werden.

»Pray the gay away«

Obwohl sich Trump offiziell als Unterstützer von LGBTQ-Rechten ausgibt, war dies nie mehr als eine Ablenkungsstrategie. Die Angriffe seiner Regierung konzentrieren sich bisher vor allem auf die Aberkennung der Bürgerrechte von Transgender-Personen, um längerfristig die Rechte von Nicht-Heterosexuellen zurückzudrängen. Neben der Aufhebung des Rechtsschutzes eine Toilette aufzusuchen, die der eigenen geschlechtlichen Identität entspricht, forciert Trump persönlich den Ausschluss von Transgender-Personen aus dem Militär. Diese Maßnahme stößt aber auch auf Widerstand und wird nicht flächendeckend umgesetzt. Zivilgesellschaftliche Initiativen klagen gegen viele weitere diskriminierende Richtlinien wie die Erlaubnis für medizinische Dienstleister, aus Glaubensgründen Informationen und Behandlung von Patient*innen abzulehnen, oder die Aufhebung des Schutzes vor Diskriminierung wegen sexueller Orientierung.

Zum religiösen Beratungszirkel der Trump-Regierung wurden rechte Evangelikale wie Tony Perkins, Vorsitzender des reaktionären »Family Research Council«, ernannt. Er gehörte zu den Erstunterzeichner*innen des »Nashville Statement« von 2017 (s. drr Nr. 170), eines weitreichenden Positionspapiers rechter Evangelikaler, das nicht-heterosexuelle Sexualität und Sexualität außerhalb einer patriarchalen Ehe als »sündhaft« brandmarkt. Perkins wurde im Mai 2018 zum Mitglied der Kommission für internationale religiöse Freiheit der Bundesregierung berufen.

Feigenblätter

Zur Selbstdarstellung werden die diskriminierenden Maßnahmen der Trump-Regierung mit Feigenblättern umhüllt. Mit Richard Grenell ist ein schwuler Mann innerhalb der Regierung prominent vertreten. So durfte er die Initiative der Regierung anführen, die weltweite Entkriminalisierung von gleichgeschlechtlichem Sexualverkehr voranzutreiben. Da Grenell und die Regierung allerdings keinerlei Interesse für dieses Anliegen zeigten, sofern es nicht zur Dämonisierung von Muslim*innen taugt, folgte bisher einzig Botswana diesem Aufruf.

Als Ausdruck von Trumps frauenfeindlicher Politik im Inland sind beispielsweise lediglich vier Frauen in seinem Kabinett vertreten, außerdem wurden Entwicklungsgelder gestrichen, die vor allem Projekte für ärmere Frauen förderten. Um davon abzulenken, schickte Donald Trump im Februar 2020 seine Tochter Ivanka Trump vor, um die als Frauenförderung getarnte neoliberale Gesetzesinitiative »Women's Global Development and Prosperity Initiative« vorzustellen. Von dieser halbherzigen Initiative aber dürfte ebenso wenig eine ernsthafte Verbesserung der weltweiten Lebenslage von Frauen zu erwarten sein.

#Terror

Ein feministischer Blick auf mordende Männer

von Eike Sanders und
Anna O. Berg vom AK Fe.In

In nur einem einzigen Satz hat am 9. Oktober 2019 der rechtsterroristische Täter von Halle drei zentrale extrem rechte Feindbildideologien zusammengebracht. Bevor er zur Synagoge fuhr, dort unter anderem an der massiven Holztür scheiterte, die Passantin Jana L. und im türkischen Imbiss dann Kevin Sch. erschoss, sagte er in seine Kamera: »Feminismus ist der Grund für die sinkende Geburtenrate im Westen, welche die Ursache für die Massenimmigration ist. Und die Wurzel all dieser Probleme ist der Jude.« Antifeminismus, Rassismus, Antisemitismus: Die muslimische Einwanderung, die durch den Feminismus ermöglicht werde, verdränge und vernichte die Weißen. Das alles passiere nach einer geheimen jüdischen Verschwörung. Dieser Dreiklang durchzieht den Rechtsterrorismus der letzten Jahrzehnte. Was die Neonazis der 1980er und 1990er Jahre noch offen »Rassenkrieg« oder »race war« nannten, heißt heute meist etwas verklausulierter »der Große Austausch«. Antisemitismus, Rassismus und Antifeminismus funktionieren in ihren Vernichtungs-, Ausgrenzungs- und Unterdrückungswünschen unterschiedlich, sie spielen darin aber zusammen. Frauen und insbesondere Feminist*innen wurden in dieser Erzählung schon immer eine wichtige Rolle zugeschrieben. Sie ist zum einen ambivalent: Schließlich sollen Frauen (und bestimmte Homosexuelle) an sich ja nicht getötet, sondern diszipliniert und in die patriarchale Ordnung eingegliedert werden. Zum anderen sind die Projektionen auf Frauen und Feminist*innen vor allem unterbelichtet, denn sowohl innerhalb der extremen Rechten als auch im Blick von Antifaschist*innen und Wissenschaft auf die extreme Rechte dominiert ein Fokus auf Männer als handelnde Subjekte und Untersuchungsobjekte: ein männlicher Blick auf Männer.

Von Volks- und Frauenkörpern

Im Verschwörungsnarrativ des rechten Terrors kommen dem Feminismus zwei Funktionen zu: Erstens wird Feminismus im rechten Weltbild als Teil einer linken Ideologie verortet, als Element des Marxismus, der Political Correctness, des großen Umerziehungs- und Umvolkungsplans. Als linke, promiske, emanzipierte und antirassistische Frauen sind sie auf persönlicher, aber vor allem auf politischer Ebene schuld. Sie sind Vertreter*innen des sogenannten Multikulturalismus, so wie sie früher die verachteten Vertreter*innen des Kommunismus waren. Sie sind die Gutmenschen, die Kosmopolit*innen. Und ganz weiblich seien sie darin naiv, denn sie holen die Gefahr (nämlich selbst Opfer von sexualisierter Gewalt durch als migrantisch markierte Männer zu werden) selbstgewählt ins Land. Und nicht zuletzt gehen sie – sofern sie nicht lesbisch seien – eher mit dem »Feind« ins Bett als mit dem nationalen Mann. Feminist*innen seien damit die personifizierten Türöffner für Einwanderung.

Die zweite Ebene ist die demografische Ebene, die reproduktive: Feminist*innen machen Karriere und kriegen keine Kinder. Zumindest keine weißen, christlichen, »arischen«, und wenn, dann nicht genug, um im Wettkampf gegen die muslimischen Mütter anzukommen, die ja nichts anderes täten, als »ständig neue Kopftuchmädchen zu produzieren«: Der SPD-Politiker Sarrazin hat es 2010 in den Mainstream gebracht, der 51-fache Mörder von Christchurch, Neuseeland, hat es 2019 in dreimaliger Wiederholung seinem »Manifest« an den Anfang gestellt: »It's the birthrates.« Weiße Frauen, die durch den Feminismus verdorben seien, verstoßen gegen die als natürlich verbrämte patriarchale Ordnung, welche die Daseinsberechtigung und vor allem auch »das Glück« der Frau in dem Gebären und Großziehen von möglichst vielen Kindern sieht. Auf beiden Ebenen sind (weiße) Feminist*innen die Verräter*innen am eigenen Volk.

Rassismus und Vergewaltigungen

Schon William L. Pierce erwähnte in den Turner Diaries (1978) die »Frauenbefreiung« als eine Art »Massenpsychose«, die Frauen dazu gebracht habe, ihre Weiblichkeit zu verneinen. »Das System« (also »die jüdisch gesteuerte Regierung«) habe diese »Verirrung« unterstützt, um die weiße »Rasse« zu spalten. In seinem zweiten Roman »Hunter« (1989) zeigt Pierce auf, die Leugnung der naturhaften Unterschiede der angeblichen zwei Geschlechter sei sowieso der größte Quatsch und Feminist*innen prangerten zwar sexuelle Gewalt an, seien dabei jedoch fatalerweise antirassistisch. Der Vorwurf, nicht allein der Täter sexualisierter Gewalt sei Täter, sondern auch Anti-Rassist*innen, ergo auch Feminist*innen machten sich mitschuldig an der »Vergewaltigung« der (weißen) Frauen durch (nicht-weiße) Männer, entfaltete in den letzten Jahren eine enorme Mobilisierungskraft: Von Kandel bis Chemnitz. Die Silvesternacht von Köln ist eine Chiffre, die auch Ellen Kositza dazu veranlasste, ein Buch zu schreiben: In »Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt« (2016) liefert sie ein Paradebeispiel dafür, wie rechte Frauen die Bedrohung, der auch sie im Patriarchat ausgesetzt sind, nach außen, also auf »Fremde« externalisieren und dem heutigen Feminismus seine Existenzberechtigung absprechen können: »Wer Multikulti bestellt hat, muss für die Auswüchse geradestehen.« Sie wünsche aber – entgegen der üblichen Vergewaltigungsfantasien gegen Feminist*innen in den sozialen Medien – »keiner multikulturell begeisterten Frau, dass sie ihre ‹Lektion› lernen möge. Die existentielle Kluft verläuft nicht zwischen Einsichtigen und Schwerbelehrbaren. Nicht feministisch und doch unbedingt solidarisch sein in Fragen auf Sein oder Nichtsein: das geht. Mehr noch – es geht nicht anders!«.

Breivik ist der Überzeugung, die »Feminisierung der europäischen Kultur« durch den radikalen Feminismus mache die gezielte Ermordung von Frauen als Repräsentant*innen des Feindbilds konsequent notwendig.

Frauen in der Minderheit

Ellen Kositza ist eine der wenigen Frauen in der sogenannten »Neuen Rechten«, die wie die gesamte Szene nicht nur von einem männerzentrierten Blick, sondern auch von einer deutlichen proportionalen männlichen Überzahl geprägt ist. Es sind hier wie dort wenige, welche die Gründe dafür analysieren. Die Vorsitzende der erfolglosen »FrauenAlternative« Heike Themel (Kreistagskandidatin der AfD in Aichach-Friedberg, Bayern) konstatierte nach den hohen Wahlergebnissen der AfD in Sachsen und Brandenburg: »Einzig der mangelnde Wahlerfolg bei den Frauen ist ein Grund, nachdenklich zu werden.« Denn während die AfD bei den Männern 33 Prozent beziehungsweise 30 Prozent der Stimmen bekam, wählten nur 22 Prozent beziehungsweise 18 Prozent der Frauen die rassistische und dezidiert antifeministische Partei. Der Gender Gap bei den Zustimmungswerten hat auch 2011 Anders Behring Breivik nachdenklich werden lassen: Er ging davon aus, dass seinerzeit circa 70 Prozent der männlichen Europäer (exklusive der Muslime) seine politischen Überzeugungen teilten (wenngleich nicht die nötigen Maßnahmenvorschläge), allerdings nur 30 Prozent der weiblichen Europäer*innen. Unabhängig davon, ob diese Zahlen realistisch sind (sie sind es sicherlich nicht), sind die Schlüsse, die Breivik daraus zieht, ein Vorgeschmack dessen, was eine politische Programmatik extrem rechter Antifeminist*innen beinhalten könnte: Breivik ist der Überzeugung, die »Feminisierung der europäischen Kultur« durch den radikalen Feminismus mache die gezielte Ermordung von Frauen als Repräsentant*innen des Feindbilds konsequent notwendig. Doch ohne Frauen geht es nicht, schrieb er in seinem »Manifest«: »Sex is probably the most powerful and under analyzed motivator for man on earth.« Es folgen verschiedene Modelle, um die patriarchale Ordnung und Demografie wiederherzustellen, beispielsweise durch geschlechtergetrennte Schulen. Vor allem müsse nach der Vernichtung der Feminist*innen der Einfluss der übrigen Frauen auf quasi alle politischen Belange von der Sicherheitspolitik über die Rechtsprechung bis hin zur Geburtenkontrolle signifikant eingeschränkt werden.

Männlicher Narzissmus: Feminismus hat das Sexleben kaputt gemacht!

Nun zeichnet sich der Antifeminismus in der extremen Rechten, aber auch im Mainstream dadurch aus, dass er sich nicht kritisch mit den verschiedenen Feminismen auseinandersetzt, sondern eine Projektion eines geradezu dämonischen Feminismus schafft, die sich als Feindbild besonders eignet, weil sie emotionalisiert: Sie erniedrigt nicht nur die anderen, sondern sie vermag es, eigene (männliche) Ängste, Verlust- und Versagenserfahrungen in Überlegenheit, Aggression beziehungsweise Tatkraft und Privilegien umzumünzen. Florian Hartleb charakterisiert anhand von David Sonboly, der 2016 am OEZ München neun junge Menschen aus rassistischen Motiven erschoss, diesen rechten Tätertypen: »Der maligne [missgünstig/bösartig, d. Verf.] Narzisst« wolle »in mörderischer Wut und Hass das zerstören, was er als Ursache für die eigene Niederlage und Kränkung ansieht. Es werden Grandiositäts- und Triumphfantasien entwickelt, verknüpft mit Rachsucht.« Das Patriarchat hat den Männern viele Privilegien und Versprechen mit auf den Weg gegeben, unter anderem auf die Verfügungsgewalt über weibliche Körper, das Recht auf Sex. Der von diesen nicht eingelösten Versprechen enttäuschte Mann findet in der extrem rechten Ideologie ein Politikangebot, welches das empfundene Scheitern durch Gewalt und Vernichtung in Heroismus umzudrehen sucht. Aus dem selbsterklärten Versager (»one time loser always loser«, Stephan Balliet über sich selbst, Halle 2019), dem »Mobbingopfer« (so die Presse über den Hitler- und Breivik-Fan David Sonboly) oder dem Hyperrassisten ohne Freundin (»Der Kompromiss«, eine »weniger gut aussehende Frau zu nehmen«, kam für Tobias Rathjen, den zehnfachen rassistischen Mörder von Hanau, nicht in Frage) wird ein Mann mit Waffe zunächst vor allem in seiner eigenen Wahrnehmung zum heldenhaften Rächer – nicht unbedingt an unwilligen Frauen und Feminist*innen, wie der sechsfache Mörder Elliot Rodger, sondern an jenen Feindbildgruppen, von deren Vernichtung sich der Täter die Anerkennung mindestens der eigenen (extrem rechten) Szene, wenn nicht gleich der ganzen Mehrheitsgesellschaft verspricht. Es sind somit deren Macht- und Ausgrenzungsstrukturen, welche die grundlegende Legitimationsideologie für Rechtsterroristen ausmachen. Patriarchales Männlichkeitsbild und Ideologie des Antifeminismus verweisen also auch im Bereich Gender die Verantwortung an die Gesellschaft: Es sind die männlichen Allmachtsfantasien, die diesen (Jung-)Männern das Identitätsangebot liefern: Taten statt Worte. Und es ist der erstarkende gesellschaftliche Antifeminismus, der zwar selten in der Opferauswahl, aber sehr wohl in den Legitimationsstrategien des Rechtsterrorismus sichtbar wird.

Für Männerrechte

Wer sich für Männer einsetzt, ist nicht automatisch rechts oder gar extrem rechts. Doch unter Männerrechtlern gibt es eine Grauzone mit ideologischen und personellen Überschneidungen nach Rechtsaußen. Sie sehen sich umstellt von einer »Kaste der Genderfunktionäre« und finden ihre politische Heimat zunehmend in der »Alternative für Deutschland«.

von Thomas Gesterkamp



Website der »Interessengemeinschaft Antifeminismus«

»Inwieweit plant die Bundesregierung Förderprogramme, die sich wissenschaftlich mit der immer weiter um sich greifenden Männerdiskriminierung beschäftigen?« So heißt es in einer Kleinen Anfrage, gestellt von der AfD-Bundestagsfraktion 2019. Die Partei gab sich besorgt über die »Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft durch Misandrie«. Die Ursache der von ihr behaupteten Männerfeindlichkeit sei leicht festzumachen: Der »radikale Feminismus« treibe die »Entfremdung zwischen den Geschlechtern« voran.
Antifeminismus ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Thema rechter Bewegungen geworden. Die dahinterstehenden Feindbilder und Argumentationen reichen weit hinein bis in die Mitte der Gesellschaft. Der Kampf gegen die angebliche »Genderideologie« findet regelmäßig publizistische Unterstützung auch in den Leitmedien. So gefällt sich Harald Martenstein, Kolumnist in »Die Zeit« und »Der Tagesspiegel«, in der Rolle des lässigen und arroganten Besserwissers. Seine ironischen Texte bemühen gern Randaspekte wie »Transgendertoiletten« und die Anrede »Professx« oder sind mit »Genderforschung: Schlecht, schlechter, Geschlecht« überschrieben. Häufiger Gast in Talkshows ist das CDU-Mitglied Birgit Kelle; die christliche Fundamentalistin vermarktet dort ihre Kampfschrift »Gender-Gaga«. Inhaltlich passt sie wie ihr SPD-Pendant Thilo Sarazin viel besser in die »Alternative für Deutschland« (AfD). Denn die Partei ist für ein Verbot von Abtreibungen, propagiert die traditionelle Kleinfamilie und lehnt die Gleichstellung Homosexueller ab. Außerdem beteiligt sich die AfD an Kampagnen gegen die Thematisierung »sexueller Vielfalt” in schulischen Bildungsplänen. Die »Demos für Alle« werden in Deutschland von selbsternannten »Besorgten Eltern« organisiert, gestützt von evangelikalen Gruppen und der »Zivilen Koalition« innerhalb der AfD.

Verschwörung gegen Männer

Zulauf erhält die Anti-Gender-Bewegung auch von konfrontativ ausgerichteten Männerrechtlern. Diese fürchten um ihre Privilegien, wollen die althergebrachte männliche Herrschaft in den Geschlechterbeziehungen erhalten oder wiederherstellen. Die Kernthese der Maskulinisten, die sich teilweise auch als »Maskulisten« bezeichnen, lautet: Die Gleichstellung sei längst erreicht, die Emanzipation der Frauen abgeschlossen. Michael Paulwitz schrieb schon Ende der 2000er Jahre in der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) von einer »Kaste der Genderfunktionäre«, deren kulturelle Dominanz jeden Widerspruch unterdrücke. Mit der Realität hat diese Klage wenig zu tun: Denn wann immer die Medien über Genderfragen schrieben, war dies mit Amüsement oder Warnungen untermalt. Der Stern kritisierte die »neue Geschlechtergefühligkeit« als »trivial und teuer«, der Spiegel malte ein düsteres Bild autoritärer Genderpädagogik, die Jungen »früh zu Kritikern des eigenen Geschlechts« mache. Der Focus schrieb mit seinen Berichten über Männer als das »geschwächte Geschlecht« eine »neue Bürgerrechtsbewegung« ge-

radezu herbei. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« wetterte gegen ein »angewandtes Kaderprinzip der feministischen Lobby«, die eine »politische Geschlechtsumwandlung« plane.
Die Hauptbühnen der Antifeministen bilden jedoch die Kommentarspalten im Internet. Websites wie »WGvdL« (»Wieviel Gleichberechtigung verträgt das Land?«) und das Forum »Männerrechte«, welches dem maskulinistischen Verein »MANNdat« nahesteht, stilisieren Männer zu Diskriminierten in allen Lebenslagen. Der Tenor der Onlinebeiträge setzt sich aus Beleidigtsein und verbaler Aggression zusammen. Andersdenkende Männer gelten als Verräter und unterwürfige »Lila Pudel«, die dem Feminismus dienen.

Feministische »Gouvernanten«

Gern werden Zerrbilder und schlichte Erklärungen postuliert. So lautet eine These: Der Gender Pay Gap sei gar keine Benachteiligung. Männer verdienten zu Recht mehr, weil sie anstrengendere Berufe ausübten und ohne Unterbrechungen erwerbstätig seien. Frauen hätten nur deshalb geringere Verdienste, weil sie sich freiwillig gegen eine geradlinige Karriere entschieden. Förderprogramme oder gar Quoten seien daher unnötig.
Ein »ausufernder Gouvernanten- und Umerziehungsstaat« bevorzuge einseitig Frauen. »Freiheit statt Feminismus!« fordert daher die JF und betrachtet sich als Tabubrecher gegen die angebliche »Political Correctness«. Emanzipatorische Begriffe wie »Befreiung« oder »Geschlechterdemokratie« werden umdefiniert. Der Webauftritt von »Freie Welt«, den Sven von Storch – Ehemann der AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch – betreibt, trägt den irreführenden Untertitel »Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft«. Eine ähnliche Konnotation findet sich bei der neu-rechten Website »Eigentümlich frei«.
Ein Argumentationsmuster fußt auf biologistischen Verkürzungen. Zurückgegriffen wird auf die von Bestsellern massenhaft verbreitete These »Männer sind vom Mars, Frauen von der Venus«. Einzelergebnisse aus Hirnforschung oder Verhaltensbiologie sollen fragwürdige Behauptungen zur Geschlechterdifferenz untermauern. Den »Genderisten« wird dagegen vorgehalten, eine »anthropologische Neutralisierung« anzustreben und wissenschaftliche Fakten zu bestreiten.
Die Herausgeber des antifeministischen Sammelbands »Befreiungsbewegung für Männer« forderten bereits vor zehn Jahren »das Ende des weiblichen Geschlechtermonologs«. Die Kerngruppe der Autoren gründete damals den Verein »Agens« (»Arbeitsgemeinschaft zur Verwirklichung der Geschlechter-Demokratie«), der wie andere Maskulinisten immer wieder den Kontakt zu populären Experten sucht. 2011 konnte sich der Verein im »Wissenschaftszentrum Berlin« an einer Veranstaltung beteiligen, auf der auch dessen Präsidentin Jutta Allmendinger mitdiskutierte. Im Nachhinein beschwerte sich Agens über »Diskursverweigerung«, weil die eigenen Sichtweisen nicht vom Publikum geteilt wurden. Eine typische Reaktion: Aus der Behauptung, man werde übersehen und ausgegrenzt, folgt die Selbstviktimisierung.

Heterogene Szene

Wenig Berührungsängste zu Männerrechtlern hatten zeitweise einige Parteistiftungen. Eine Veranstaltung von »Agens« mit der FDP-nahen »Friedrich-Naumann-Stiftung« in Hannover scheiterte 2010 am fehlenden Zuschauer*inneninteresse. Als die »Konrad-Adenauer-Stiftung« 2009 die Tagung »Ein Männeraufbruch ist überfällig« in Mainz durchführte, reichte das Spektrum der Redebeiträge vom antifeministischen Blogger Arne Hoffmann bis zu Hartmut Steeb. Er ist Generalsekretär der »Deutschen Evangelischen Allianz«, einer Dachorganisation pietistischer Gruppen, die am Wortlaut der christlichen Schöpfungslehre festhalten und Homosexualität für eine psychische Störung halten.
Nach den Attentaten von Oslo 2011 wurde in manchen Netzkommentaren Sympathie für die islamophoben und antifeministischen Motive des norwegischen Massenmörders Anders Breivik geäußert. Das führte zu einer Distanzierung moderater Männerrechtler. Die Szene präsentiert sich seither heterogener, ist aber weiterhin isoliert und auf sich bezogen. Im Kampf gegen »Genderterror« und »Männerdiskriminierung« hat sich ein Teil der Aktivisten der AfD angenähert.
Innerhalb dieses Spektrums speist sich die Abneigung gegen Gleichstellungspolitik aus verschiedenen Quellen. Bevor die AfD entstand, versuchte der Verband »Die Familienunternehmer« die »Freien Wähler« als Interessenvertretung zu nutzen und in den Bundestag zu bringen. Die »Libertäre Alternative«, eine seit der Abwahl des ehemaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke minoritäre Strömung in der AfD, sieht in der Familie ein »Bollwerk gegen staatliche Ideologie« und kritisiert Genderkonzepte als »Indoktrinationsprogramm«. Ex-Parteichefin Frauke Petry forderte eine »aktivierende Familienpolitik« als Alternative zur Migration: Paare sollten mindestens drei Kinder haben. Zugleich wandte sie sich gegen die Zahlung von Kindergeld an »Nicht-Deutsche« und gegen den Nachzug der Angehörigen von Zugewanderten.
Noch drastischer polemisiert der Thüringer AfD-Rechtsaußen Björn Höcke gegen jedwede Gleichstellungspolitik. Er fordert, die »Geisteskrankheit Gendermainstream« aus den Schulen und Universitäten zu »vertreiben«, stellt dem eine »natürliche Geschlechterordnung« gegenüber und nennt die Sexualpädagogik des »roten Blocks« »pervers«. Homosexuelle Paare definieren sich nach Höckes Meinung in erster Linie über Sexualität. Heterosexuelle Verbindungen stünden hingegen für die »erlebte Polarität des Lebens« und seien die »Keimzelle der Höherentwicklung des Menschen«. Höcke prognostiziert ein »tiefes Tal«, durch das Deutschland gehen müsse, bevor es mit einer »natürlichen Geschlechterordnung« wiederaufstehen werde.

Geschlechterforschung austrocknen

Eine Landeskonferenz der AfD in Baden-Württemberg nahm 2015 die heutigen Kernpositionen der Partei zur Gleichstellungspolitik vorweg. Gender Mainstreaming sei »als durchgängiges politisches Leitprinzip in Form einer Querschnittsaufgabe staatlichen Handelns auf allen Ebenen unverzüglich und ersatzlos zu beenden«. Die Delegierten forderten die »Rücknahme aller Gesetze und Vorschriften im Sinne der Gender-Ideologie«. Das Bundesgleichstellungsgesetz und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz seien zu streichen, ebenso »sämtliche Steuer- und Fördermittel für gender-ideologische Maßnahmen«. Zudem verlangten sie die Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten, die Schließung von »Diversity Offices in allen öffentlich- und privat-rechtlichen Institutionen« und den »Förderstopp für die sogenannten ‹Gender Studies› an Hochschulen und Universitäten« samt Auflösung der Lehrstühle. Diese Inhalte hat das Parteiprogramm zur letzten Bundestagswahl weitgehend übernommen.

Thomas Gesterkamp ist promovierter Politikwissenschaftler, Journalist und Buchautor. Er schreibt und referiert unter anderem zur Männerrechtsbewegung.

FPÖ tanzt IB und AfD an

Wien/Österreich. Am 24. Januar 2020 hat die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) erneut den sogenannten »Akademikerball« ausgerichtet. Neben zahlreichen FPÖ-Politiker*innen nahmen der Kopf der »Identitären Bewegung Österreichs« (IBÖ), Martin Sellner, und dessen Frau Brittany (»Alt-Right«) sowie weitere Mitglieder der IB teil. Aus Deutschland folgten unter anderem der ehemalige PEGIDA-Sprecher Georg Nagel und Björn Höcke von der »Alternative für Deutschland« der Einladung. Gegen den »Akademikerball« protestierten je nach Quelle 1.200 (Polizei) bis 2.200 (Bündnis »Offensive gegen Rechts«) Personen.

DW-Journalist verprügelt

Athen/Griechenland. Am 19. Januar 2020 ist Thomas Jacobi, Journalist der Deutschen Welle (DW), über mehrere Minuten von etwa zehn Neonazis verprügelt worden. Der Angriff ereignete sich während eines Aufmarsches mit etwa 370 Teilnehmer*innen auf dem Syntagma-Platz, die Angreifer hatten ihn zuvor mit Namen angesprochen. Jacobi hatte 2016 eine Dokumentation über die neonazistische Partei »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgenröte«) gedreht und arbeitet derzeit an einer Fortsetzung. Er selbst geht davon aus, dass ihn Mitglieder der Partei erkannt hatten. Bereits im vergangenen Jahr war er während einer Demonstration von »Chrysi Avgi« attackiert worden. Laut dem griechischen Regierungssprecher sind Untersuchungen eingeleitet worden, Jacobi kündigte eine Strafanzeige an.

Gedenken an Lukov

Sofia/Bulgarien. Am 22. Februar 2020 haben rund 250 Neonazis eine Gedenkveranstaltung an den bulgarischen Faschisten und NS-Kollaborateur Hristo Lukov abgehalten. Ausrichter ist die extrem rechte Organisation »Bulgarische Nationale Union – Edelweiß (BNU)«. Die Staatsanwaltschaft hatte im Vorfeld ein Verbot der BNU gefordert – bei Hausdurchsuchungen wurden Waffen, Munition sowie Uniformen und NS-Literatur beschlagnahmt. Das zuständige Gericht bestätigte ein polizeiliches Verbot des Marsches und ließ lediglich eine stationäre Kundgebung zu. Unterstützt wird das Gedenken durch weitere extrem rechte Gruppierungen, Parteien und rechte Fußballfans. Aus Deutschland reisten etwa 15 Personen der Partei »Die Rechte« an, von denen ein Teil erfolgreich gegen ein zuvor verhängtes Ausreiseverbot vorgegangen war. Der »Auslandsbeauftragte« der Kleinstpartei, Matthias Deyda, hielt einen Redebeitrag. Laut Presseservice Wien befanden sich auch skandinavische, US-amerikanische und ungarische Neonazis unter den Teilnehmenden. Die BNU organisierte für die Gäste ein Rahmenprogramm unter anderem mit Musik und dem Besuch eines Soldatenfriedhofes. Der »Lukov-Marsch« findet seit 2003 statt, in den Jahren 2013 und 2014 nahmen bis zu 2.000 Neonazis aus ganz Europa teil. In diesem Jahr protestierten rund 300 Menschen gegen die Veranstaltung.

Mitglieder der »Atomwaffen-Division« festgenommen

Washington/USA. Am 26. Februar 2020 wurden vier mutmaßliche Mitglieder der Neonazi-Gruppe »Atomwaffen Division« (AWD) festgenommen. Das US-Justizministerium teilte mit, den Verdächtigen werde »eine Verschwörung zur Bedrohung und Einschüchterung« von Journalist*innen und jüdischen und schwarzen Aktivist*innen vorgeworfen. Sie hatten sich in geheimen Chats verabredet, Plakate mit Nazisymbolen entworfen, Waffen und Molotowcocktails besessen sowie Drohungen verschickt. Die Männer sollen zwischen 20 und 24 Jahre alt sein und in den Bundesstaaten Arizona, Florida, Texas und Washington leben. Ihnen soll in Seattle im Bundesstaat Washington der Prozess gemacht werden. Zudem wurde ein mutmaßlicher früherer Funktionär der Gruppe festgenommen, der unter anderem Drohanrufe gegen die Rechercheplattform »ProPublica« getätigt haben soll. Einer der Festgenommen soll im Januar 2018 ein »Death Valley Hate Camp« organisiert haben, bei dem die Teilnehmenden Nahkampf und Schusswaffengebrauch trainierten, neonazistische Propagandavideos erstellten und Bilder produzierten, auf denen sie mit Waffen posieren.



Protest gegen das Burkini-Verbot in Frankreich.

Muslimische und nicht-muslimische Frauen protestierten am Donnerstag, den 25. August 2016 in Berlin mit einer »Beach-Party gegen Rassismus« vor der Französischen Botschaft gegen das Verbot der muslimischen Badebekleidung »Burkini«.

In Frankreich war wenige Tage zuvor eine muslimische Frau am Strand von Polizeibeamten unter dem Applaus von umstehenden Badegästen gezwungen worden, ihre Strandbekleidung auszuziehen.

#Österreich

Rassismus ohne Strache

Ein Gespräch mit Judith Goetz über die Situation von Frauenprojekten und queer-feministischer Bewegung in Österreich nach dem Ende der Regierungsbeteiligung der »Freiheitlichen Partei Österreichs«. Goetz ist Literatur- und Politikwissenschaftlerin am Zentrum für Lehrer*innenbildung der Universität Wien. Das Interview führte Sören Frerks.

»Nachdem die Ehe für Alle aufgrund eines Urteiles des Verfassungsgerichtshofs 2019 legalisiert wurde, ist die FPÖ dazu übergegangen, die Geschlechterdifferenz zwischen Mann und Frau zu betonen sowie die heterosexuelle Ehe und Kleinfamilie zu privilegieren.«

drr: Angesichts der am »Ibiza-Skandal« zerbrochenen Koalition aus »Österreichischer Volkspartei« (ÖVP) und »Freiheitlicher Partei Österreichs« (FPÖ), schauen in Deutschland viele Antifaschist*innen eher skeptisch auf die aktuelle türkis-grüne Regierung. Welche Stimmen hört man in der Alpenrepublik zu dieser Konstellation?

Judith Goetz: Es gibt sicher Stimmen, welche die Auffassung vertreten, dass es ausreichen würde, gegen extreme Rechte und FPÖ zu sein. Für sie ist es wichtig, das größere Übel verhindert zu haben. Doch aus emanzipatorisch-antifaschistischer Sicht ist die neue Regierung ein schlechter Kompromiss. Einige Vorhaben, die noch vom ehemaligen FPÖ-Innenminister Herbert Kickl initiiert wurden, werden mit den Grünen fortgesetzt. Beispielsweise die Ablehnung des UN-Migrationspakts oder die präventive Sicherungshaft für vermeintlich gefährliche Asylwerber*innen. Letztere wird im Parlament eher von den Liberalen kritisiert. Dennoch werden die Donnerstagsdemos, die zu Zeiten von ÖVP-FPÖ wöchentlich gegen die türkis-blaue Regierung protestierten, nicht fortgesetzt, obgleich es genügend Gründe geben würde, gegen die aktuelle Regierung zu protestieren. Denn es braucht eben in vielen Bereichen keine FPÖ mehr, um rassistische Politik umzusetzen. Die einzigen sichtbaren Erfolge der Grünen im Koalitionsabkommen betreffen die finanzielle Unterstützung für politische Bildung und Forschung zur extremen Rechten. Dies kann jedoch zugleich die ÖVP als Feigenblatt nutzen, während sie parallel immer weiter nach rechts rückt.

Von außen mag es nicht sofort ins Auge springen, aber im kleinen und eher konservativen Österreich existiert doch eine recht agile und medial vertretene feministische Bewegung. Kannst Du diese kurz umreißen und woher kommt dieses Phänomen?

Österreich und insbesondere Wien kann auf eine lange aktive feministische Geschichte zurückblicken, die bis heute eine große Bedeutung hat. Die feste Verankerung feministischer Politiken zeigt sich einerseits in diversen Magazinen wie »an.schläge« oder »Frauensolidarität« sowie an Orten wie der Bar »Flinte«, der Buchhandlung »Chicklit« oder dem »FrauenMädchenLesbenZentrum« (FMLZ). Hinzu kommen zahlreiche Initiativen, beispielsweise rund um das 2018 von fast einer halben Million Menschen unterzeichnete »Frauen*volksbegehren«. Oder das 2019 gegründete Bündnis »#KeinenMillimeter Rückschritt bei reproduktiven Rechten«, das Unterschriften sammelte, um ein Verbot von Spätabtreibungen zu verhindern.

Unter der letzten ÖVP-FPÖ-Regierung gab es immer wieder Meldungen über politische Angriffe auf Frauenprojekte. Wer war die Triebfeder hinter diesen Manövern und wie schwer hat es die Initiativen dabei getroffen?

Die Kürzungen von Geldern für feministische und frauenpolitische Initiativen aus dem Kunst-, Kultur- und Bildungsbereich, Zeitschriften, Beratungs- und Interventionsstellen sowie dem »Klagsverband« für Betroffene von Diskriminierung wurden von der ehemaligen ÖVP-Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß vorgenommen. Zwar betrafen die Streichungen oftmals nur geringfügige Förderungen, aber für kleinere Vereine waren diese existenziell. Zumal die Kürzungen offensichtlich gezielt sehr spät bekanntgegeben wurden und viele Projekte vor dem Nichts standen. Als Begründung für den Rotstift im Förderhaushalt wurde auch der neue Kompetenzbereich »Gewaltschutz« angeführt, der neu im Ministerium angesiedelt war und Mittel abgezogen habe. Gleichzeitig aber kürzte die damalige Regierung den Gewaltschutzbereich im Innenministerium zusammen: Schulungen von Frauenhäusern für Polizist*innen, Beratungen von Familien in Krisensituationen oder die Finanzierung einer Ringvorlesung an der Universität Wien zu häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt. Kurzum: Die Maßnahmen der türkis-blauen Regierung zielten darauf ab, frauenpolitische Arbeit zu verunmöglichen und feministische Errungenschaften zurückzudrehen. Viele der Betroffenen ließen sich jedoch nicht einschüchtern und schon gar nicht gegeneinander ausspielen.

In Deutschland stehen hinter patriarchaler Stimmungsmache häufig christlich-fundamentalistische Rechtsaußen, wie bei Aktionen gegen Abtreibungen und gleichgeschlechtliche Ehen. Welchen ideologischen Stellenwert spielt der Antifeminismus für die österreichische Rechte und wie kommt dieser zum Ausdruck?
Christliche Fundamentalist*innen gibt es auch in Österreich, wie beispielsweise bei den »Märschen für die Familien«, der »Jugend für das Leben«, den »1000 Kreuzen« oder der »#fairändern«-Initiative gegen Spätabtreibungen. Letztere wurde unter anderem von FPÖ-Parteichef Norbert Hofer unterstützt, der als Verfasser des »Handbuch für freiheitliche Politik« die Gebärmutter zum »Ort mit der höchsten Sterbewahrscheinlichkeit in unserem Land« erklärte. Während das Christentum aufgrund der deutschnationalen Prägung der FPÖ eher als Kultur denn als Religion von Bedeutung ist, spielt der christlich-fundamentalistische Antifeminismus eher eine untergeordnete Rolle innerhalb der Partei. So beruft sich die FPÖ bei der Ablehnung von gleichgeschlechtlicher Ehe und dritter Geschlechtsoption sowie ihrem Nein zum Ende des Adoptionsverbots für gleichgeschlechtliche Paare vorrangig auf eine biologistische Gesellschaftsordnung. Nachdem die Ehe für Alle aufgrund eines Urteiles des Verfassungsgerichtshofs 2019 legalisiert wurde, ist die FPÖ dazu übergegangen, die Geschlechterdifferenz zwischen Mann und Frau zu betonen sowie die heterosexuelle Ehe und Kleinfamilie zu privilegieren. Dies stand auch im letzten Regierungsprogramm und ist ebenso bei den »Identitären« zu finden. Ideologische Heteronormativität ist ein zentraler Nenner der extremen Rechten, christlich Konservativen und vermeintlichen gesellschaftlichen Mitte.
Zugleich propagierte die FPÖ eine rassistisch-antifeministische Politik, getarnt als Verteidigung von Rechten »unserer Frauen«. Schon lange vor der Silvesternacht 2015/2016 in Köln machten FPÖ-Politiker*innen gegen »Kulturdelikte« wie Kopftuch, Burka oder Zwangsheirat mobil und warnten vor einer imaginierten Bedrohung durch den Islam. Bereits 2010 plakatierte sie beispielsweise im Wiener Wahlkampf: »Wir schützen freie Frauen, die SPÖ den Kopftuchzwang«.

Ist nach ihrem Debakel im vergangenen Jahr nun Wundenlecken bei der FPÖ angesagt oder fanatisiert sich die Partei weiter als parlamentarischer Arm der extremen Rechten? Und steht die feministische sowie queere Zivilgesellschaft weiterhin in deren Fokus?
Die FPÖ ist immer noch bemüht, den Scherbenhaufen des Ibiza-Skandals aufzuklauben. Nach Außen vermittelt sie aber das Bild, alle Konsequenzen gezogen zu haben, um schnell wieder zur Tagesordnung überzugehen. Das bedeutet aktuell Regierungskritik, wobei die FPÖ mit einigen türkis-grünen Entscheidungen zufrieden sein dürfte, da sie diese zuvor selbst in die Wege leitete. Dennoch bleibt der Antifeminismus ihr Alltagsgeschäft, auch auf der Oppositionsbank. Zwar unterscheiden sich die ehemaligen Koalitionäre in Migrationsfragen kaum voneinander, aber neben der ÖVP ist noch Platz nach rechts. Hofer und Kickl haben Blut geleckt und präsentieren sich forthin als wählbare Alternative. Gleichzeitig hatte der Parteiausschluss von Heinz-Christian Strache zur Folge, dass ehemalige FPÖ-Politiker*innen Ende 2019 »Die Allianz für Österreich« (DAÖ) gründeten. Sie will in diesem Jahr zu den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl antreten und Strache wird als möglicher Spitzenkandidat gehandelt.

Das jetzige Kabinett aus ÖVP und Grünen scheint neben der Migrations- auch in der Frauenpolitik zumindest programmatisch wie Feuer und Wasser. Wie geht das zusammen und was findet sich im Koalitionsvertrag zu Themen wie Gleichstellung und Schutz vor sexueller Gewalt?
Die Grünen räumen lediglich ein, dass sie Kompromisse eingehen hätten müssen. In Bezug auf Gewaltenschutz gab es in letzter Zeit viel kritisierte Veränderungen. Das noch von ÖVP und FPÖ initiierte und unter der Übergangsregierung beschlossene Paket sieht zwar eine verschärfte Anzeigepflicht und höhere Strafen vor. Doch letztlich war dies blanker Populismus, denn die Prävention wurde nicht verbessert.
Hinter der Frage, ob die Regierungsbeteiligung der Grünen Fortschritte in der Frauenpolitik bringt, steht ein sehr großes Fragezeichen. Die ÖVP hat das Frauenministerium inne, das Agenda Setting wurde den Türkisen überlassen und federführend ist das Ressort »Integration und Frauen«. Dies stellt selbst im Vergleich zur Vorgängerkoalition eine Verschlechterung dar und setzt die Ethnisierung von Geschlechterthemen fort. Da ist es kaum verwunderlich, wenn die Frauen- und Integrationsministerin Susanne Raab eine Gefahr darin erkennt, »wenn patriarchal geprägte Kulturen in hohem Ausmaß zu uns kommen«. Sie wird zudem nicht müde zu betonen, dass sie keine Feministin sei, sondern für »Politik mit Hausverstand« stehe. Auch habe sie »Sexismus noch nie persönlich am Arbeitsplatz erlebt«.
Positiv ist lediglich der historisch hohe Frauenanteil in der Regierung und die Rücknahme der Kürzungen von Projektförderungen. Zwangsberatungen bei Schwangerschaftsabbrüchen kommen im aktuellen Koalitionsabkommen nicht mehr vor.

Was ist deine Prognose: Sind Frauenprojekte und queer-feministische Initiativen nun sicher vor weiteren Attacken oder werden diese nur andere Formen annehmen?
Feministische Kritik und Proteste werden auch unter der aktuellen Regierung notwendig sein. Denn insbesondere die Ethnisierung von Gewaltschutz und Geschlechtergerechtigkeit setzt sich fort und spielt unterschiedliche Initiativen gegeneinander aus. Ob die Grünen dem etwas entgegensetzen wollen und können, wird sich erst noch zeigen. Die Angriffe von rechts werden sich fortsetzen, wenn nicht durch die Regierung selbst, dann durch FPÖ, »Identitäre« oder christliche Fundamentalist*innen. Denn sie wollen jede emanzipatorische Errungenschaft zurückdrehen.

Vielen Dank für das Interview!

#Osteuropa

Antifeminismus von Staats wegen

Bis 1989 galt in Polen und Ungarn das Recht auf Abtreibung, auf Kindergartenplätze und Erwerbsarbeit für Frauen als gesellschaftliche Selbstverständlichkeit. 30 Jahre nach dem Regime Change zeigt sich: Das alles steht zur Disposition und Frauenrechte müssen gegen einen Backlash erkämpft werden.

von Lara Schultz

Die beiden Visegrád-Staaten gehören zu den schärfsten Gegnern einer europäischen Flüchtlingspolitik. Ihre Regierungen lancierten 2015 Kampagnen, in denen sie wie in Polen vor hochansteckenden Krankheiten beziehungsweise Terroranschlägen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen warnten oder wie in Ungarn Geflüchtete zu Staatsfeind*innen erklärten. Um den demografischen Wandel zu stoppen, setzen beide Länder auf Förderprogramme, um die autochthonen Bürger*innen zum Kinderkriegen zu animieren, statt eine fortschrittliche Einwanderungspolitik zu gestalten. Diese Förderungen kommen heterosexuellen Kleinfamilien mit stark traditionellem und hierarchischem Geschlechtermodell zugute. Die Betonung vermeintlich natürlicher Geschlechterrollen und die Festlegung der Frau auf die Mutter- und Hausfrauenrolle gehen in den jeweiligen antifeministischen Diskursen einher mit der Einschränkung sexueller Selbstbestimmung und der Marginalisierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter und queeren Menschen (LGBTIQ). Nationalismus, gepaart mit der Betonung von Tradition und Christentum, fällt bei der großen rechts-konservativen Wählerschaft in beiden Ländern auf fruchtbaren Boden.

Kindergeld nur für Heterosexuelle

Nachdem die Partei »Prawo i Sprawiedliwość« (»Recht und Gerechtigkeit«, PiS) im Oktober 2015 mit absoluter Mehrheit die Regierung übernommen hatte, löste sie ihr wichtigstes Wahlversprechen ein: das Förderprogramm »Familie 500+«. Heterosexuelle verheiratete Eltern bekommen seither monatlich 500 Złoty (ca. 120 Euro) pro Kind; vier Kinder ergeben somit rechnerisch fast schon einen durchschnittlichen polnischen Nettomonatsverdienst. Im Unterschied zum Kindergeld in der Bundesrepublik ist das Programm der PiS aber an ein traditionelles Familienmodell geknüpft. Eine Folge: Seit Einführung sind 200.000 weniger Frauen berufstätig als zuvor.

Kampagne gegen Minderheiten

Vor den jüngsten Parlamentswahlen im Oktober 2019 stand die Ablehnung von LGBTIQ ganz oben auf der Tagesordnung. Führende Politikerinnen und Politiker der PiS hatten ebenso wie katholische Priester eine neue Kampagne gegen Minderheiten gestartet, die in öffentlichen Reden abgewertet und diskriminiert wurden. Schließlich waren Familienpolitik und Traditionserhalt schon immer zentrale Themen der hiesigen Rechtskonservativen in Politik und Kirche. So erklärte der Krakauer Erzbischof Marek Jędraszewski, die kommunistische Ideologie werde durch die LGBT-Ideologie ersetzt und die Regenbogenfahne sei eine »Seuche«. Auf Nachfrage der Presse setzte Jędraszewski sogar nach, indem er die allgemeine Ablehnung dieses »anthropologischen Fehlers in Form von sehr gefährlichen Gender- und LGBT-Ideologien« forderte, die nur die »polnische Nation verderben« wollten. Dabei war die geistige Vorarbeit von Papst Benedikt XVI. Wasser auf die Mühlen der polnischen Bischofskonferenz. Denn der Vatikan hatte die »Gender-Theorie« mehrfach als Widerspruch zur katholischen Kirche bezeichnet, da es gegen die Schöpfung verstoße und dem Willen Gottes widerspreche.
Nachdem die Bischofskonferenz 2013 gewarnt hatte, die »Genderideologie« sei im Marxismus verwurzelt und es werde ein neuer »Familientypus homosexuellen Charakters« geschaffen, mahnte sie 2019 eine angebliche Intoleranz unter Homosexuellen an: »Man kann mit Umfeldern keinen Dialog führen, die keinen Dialog wollen, auf Heiligtümern herumtrampeln, Gott verfluchen und den Menschen entrechten.« Die feindselige Haltung gegenüber der Kirche und religiösen Werten habe in Polen ein unerträgliches Maß angenommen. Erst im Februar dieses Jahres protestierte der Konferenzvorsitzende Erzbischof Stanisław Gądecki gegen die Annahme der »Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene« durch den Stadtrat in seinem Bischofssitz Poznań.

Generelles Abtreibungsverbot gefordert

Das seit 1993 geltende polnische Abtreibungsrecht ist so restriktiv wie fast nirgendwo sonst in Europa. Erlaubt ist eine Abtreibung nur bei einer Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Schwangeren, bei Hinweisen auf eine Missbildung oder eine schwere unheilbare Erkrankung des Fötus sowie in Fällen von Vergewaltigung. Polens katholische Kirche unterstützt ein vollständiges Abtreibungsverbot. Dass das Parlament 2016 mit großer Mehrheit eine Verschärfung des Abtreibungsgesetzes auf Grundlage des Gesetzesentwurfes der Bürger*inneninitiative »Stop Aborcij« (»Stoppt die Abtreibung«) abgelehnt hat, ist vor allem den zahlreichen Großdemonstrationen »Czarny Protest« (»Schwarzer Protest«) zu verdanken. Die Zeitung »Gazeta Wyborcza« berichtete damals, PiS fürchte angesichts der Massenproteste, 2019 abgewählt zu werden. Der Gesetzentwurf sah vor, Abtreibungen selbst in Fällen von Vergewaltigung zu verbieten. Verstöße sollten laut dem zunächst noch von der Regierung unterstützten Entwurf mit Haftstrafen von bis zu fünf Jahren gegen Frauen und behandelnde Ärzt*innen geahndet werden.

So erklärte der Krakauer Erzbischof Marek Jedraszewski, »die kommunistische Ideologie werde durch die LGBT-Ideologie« ersetzt und die Regenbogenfahne sei eine »Seuche«.

Keine gleichgeschlechtliche Ehe

Die 2012 in Kraft getretene neue ungarische Verfassung, der das »Nationale Glaubensbekenntnis« vorangestellt ist, hatte nicht nur, wie vielfach kritisiert, das Rechtsstaatsprinzip unterminiert, die Nation ethnisch definiert und als christlich gekennzeichnet. Die Ehe wird gemäß Art. L (1) als eine »zwischen Mann und Frau zustande gekommene Lebensgemeinschaft« verstanden. Die Familie sichere den Fortbestand der Nation. Erst mit der Verfassungsreform galt auch »das Leben ab dem Zeitpunkt der Empfängnis« als schützenswert. Zwar ist Abtreibung juristisch erlaubt, für viele Frauen aber mit unüberwindbaren Hindernissen verbunden. 2013 verurteilte der Europarat das Land aufgrund des eingeschränkten Zugangs zur Abtreibung.

Ungarische Kinderkredite

Seit 2019 soll ein neues Förderprogramm ungarische Frauen zum Gebären anhalten. Nicht in die Förderung fallen »ausländische Eltern« und Alleinerziehende, in der Regel Frauen. Für sie ist ein Höchstalter von 40 Jahren festgelegt, für Männer gibt es keine weiteren Vorgaben. Dieser im Rahmen des »Family Protection Action Plan« vergebene Kredit in Höhe von 10 Millionen Forint (ca. 31.000 Euro) soll letztlich die Geburt von drei ungarischen Kindern pro Familie fördern. Nach Geburt des ersten Kindes kann er gestundet werden, beim zweiten Kind wird ein Drittel der Kreditsumme und ab dem dritten Kind der gesamte Kredit erlassen. Wird innerhalb von fünf Jahren kein Kind geboren oder die Ehe geschieden, wird eine Rückzahlung fällig.
Die stellvertretende Vorsitzende der führenden Regierungspartei »Fidesz« (»Ungarischer Bürgerbund«), Katalin Novák, verwehrte sich gegen Kritik an diesem Modell: »Die politischen und ökonomischen Eliten Westeuropas glauben nicht an das christliche Familienmodell. Sie wollen gar keine Schritte für ein familienfreundliches Europa unternehmen. Sie setzen ganz andere Prioritäten und gehen den einfachsten Weg, indem sie auf den demografischen Niedergang Europas mit der Förderung der Einwanderung antworten und zugleich die familien- und lebensfreundlichen Kräfte als ›autoritär‹ und sogar ›rechtsextrem‹ verunglimpfen.«

»Europäischer Bevölkerungsaustausch«

Wie nah »Fidesz« sich tatsächlich an extrem rechten Positionen in Bezug auf Migration äußert, zeigte exemplarisch die Wahlkampfrede des Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Viktor Orbán anlässlich der Europawahlen: Der Kontinent sei von einer »Völkerwanderung bedroht« und diese sei niemals friedlich, weswegen die Alteingesessenen »ihr Heim, ihre Kultur und ihre Lebensform verteidigen« müssten. Brüssel plane einen »Bevölkerungsaustausch«, deshalb höre man dort nie etwas über Familienpolitik, sondern nur über Migration, was der Tarnname für »das Programm eines europäischen Bevölkerungsaustausches« sei.

Gender Studies abgeschafft

Schlagzeilen machte auch, dass die ungarische Regierung im August 2018 per Erlass Gender Studies aus der Liste der zugelassenen Studiengänge gestrichen hatte und somit die Freiheit der Wissenschaft und Lehre massiv einschränkte. Das betrifft vor allem die »Eötvös Loránd Tudományegyetem« als größte Universität des Landes. Der Studiengang wurde gestrichen, noch bevor die ersten Studierenden ihren Abschluss erreicht hatten. Orbáns Kanzleramtsminister Gergely Gulyás ließ verlautbaren, für Menschen mit einem Abschluss in Gender Studies gebe es schlicht keine Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Und da »Fidesz« überzeugt sei, Geschlechter seien biologischer Natur und keine gesellschaftlichen Konstrukte, müsse auch nichts anderes gelehrt werden.
Seitdem bietet nur noch die private »Central European University« in Budapest Gender Studies an. Ein in der EU anerkanntes ungarisches Diplom, wie es die Absolvent*innen bis vor kurzem zusätzlich zum amerikanischen Diplom erhielten, wird jetzt nicht mehr vergeben.
In einer aktuellen Studie des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen zur Repräsentanz von Frauen in der Politik liegt Ungarn auf dem vorletzten Platz. Die Frage, warum ihr Anteil in Parlament und Regierung so gering sei, beantwortete Orbán damit, sie würden die Atmosphäre in der ungarischen Politik nicht gut vertragen. Er befasse sich aber auch nicht mit »Frauensachen«.
Von einer starken Zivilgesellschaft, die in Polen im Rahmen der »Czarny Protest«-Bewegung mehrfach Zehntausende auf die Straße brachte und einen antifeministischen Gesetzesentwurf stoppte, ist in Ungarn bisher nichts zu sehen.



Antifeminismus und Antifaschismus zusammendenken

von Yvonne Weyrauch

Antifeministische Ressentiments sind in den letzten Jahren sichtbarer geworden. Insbesondere aus konservativen Kreisen bis hin zur extremen Rechten kommen jene Äußerungen, die feministische Forderungen und Errungenschaften wie beispielsweise Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und LGBTIQ* verspotten, aufhalten und rückgängig machen wollen. Antifeminismus als eine historisch tiefsitzende gesamtgesellschaftliche Ideologie und Praxis zu begreifen, die von antiquierten Geschlechtervorstellungen geprägt ist und vehement patriarchale Strukturen und damit verbundene Privilegien verteidigt, ist zentrales Anliegen des Buches »Frauen*rechte und Frauen*hass« des Autor*innenkollektivs Feministische Intervention. Das Buch liefert einen guten Überblick darüber, wie sich der moderne Antifeminismus äußert und als Brückenbauer zwischen der extremen Rechten, bürgerlichen Kreisen und christlichen Fundamentalist*innen fungiert. Die Autor*innen zeigen auf, wie Antifeminismus sich zum Teil verschwörungsideologisch an einer negativen Vorstellung von Feminismus abarbeitet und dabei »toxische Männlichkeit«, als eine Geschlechterkonstruktion dem Männer und Frauen gemeinsam anhängen, verteidigt.

Die Verfasser*innen des Buches, Eike Sanders, Anna O. Berg und Judith Goetz, plädieren dafür, dem Antifeminismus in antifaschistischen beziehungsweise gesamtgesellschaftlichen Analysen deutlich mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Nicht nur die Attentate von Halle und Hanau zeigen, dass extrem rechte Gewalttaten häufig eine antifeministische Komponente haben. Genauer hinzusehen und zu analysieren, wie ideologische Versatzstücke zusammenhängen, ist ein zentrales Anliegen der Autor*innen: »Wir können Rassismus und Antisemitismus als potentiell tödlich erkennen. Wir können auch die einzelnen ideologischen Bestandteile des Rechtsextremismus als potentiell tödlich erkennen. Aber wir können nicht die Zusammenhänge zwischen antifeministischen, misogynen, rassistischen und anderen menschenverachtenden Ideologmen als in sich schlüssig und sich gegenseitig verstärkend erkennen, die Bestandteile derselben Ideologie sind.« Dem eigenen Anspruch, einen Beitrag zu einer »feministisch-antifaschistischen Analyse des herrschenden Antifeminismus in seiner Komplexität und Widersprüchlichkeit« zu leisten, wird das Buch allemal gerecht.

*Autor*innenkollektiv Fe.In: Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt. Berlin 2019, Verbrecher Verlag, 199 Seiten, 15 Euro*

»Umvolkung« und »Volkstod«

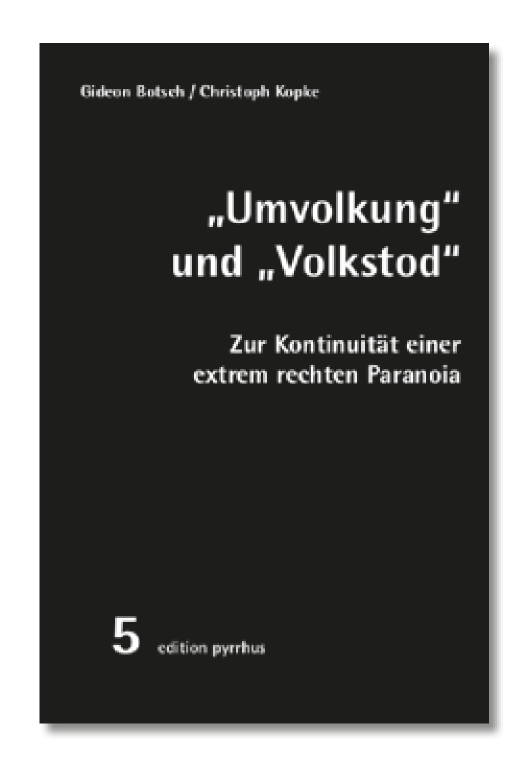
von Sascha Schmidt

Bereits seit längerem hat die »Alternative für Deutschland« (AfD) die vermeintlich geplante »Umvolkung« und den drohenden »Volkstod« für sich als Propagandainstrument entdeckt. Wenn der thüringische Landes- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke vom »Selbstauslöschungswahn«, oder der Bundesvorsitzende Tino Chrupalla von der »Umvolkung« sprechen, kann von einem ideologischen Brückenschlag nicht nur zu den »Identitären«, sondern auch zu neonazistischen Kameradschaften oder der Partei »Der III. Weg« gesprochen werden. Ohne sich explizit aufeinander zu beziehen, teilt man die Vorstellung von einer biologistischen Abstammungsgemeinschaft samt der damit verbundenen wahnhaften Verschwörungsfantasien. Diese Verschwörungsfantasien von »Volkstod« und »Umvolkung« sind so alt wie die völkische Ideologie selbst.

Darauf weisen die Politikwissenschaftler Christoph Kopke und Gideon Botsch in ihrem Büchlein »›Umvolkung‹ und ›Volkstod‹ – Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia« hin. Mit Verweis auf klassische Texte der Weimarer Republik arbeiten die Autoren heraus, dass die »Angst vor dem Aussterben des Volkes, dem Untergang der ›Rasse‹, die Paranoia vom ›Volkstod‹ seit jeher zum Kernarsenal völkischer Degenerations- und Untergangsszenarien« gehört. Die Autoren machen zudem deutlich, dass die Warnung



Anzeige



vor dem »Volkstod« schon immer auch eine antifeministische Komponente hatte: Die Emanzipation der Frau von der ihr zugeschriebenen Rolle als Mutter, die zentraler Bestandteil völkischer Ideologie ist, bedrohe aus Sicht völkischer Paranoiker, wie beispielsweise dem Bevölkerungswissenschaftler und Autor des Buches »Volk ohne Jugend«, Friedrich Burgdörfer, die »Fortpflanzungsfrage« von »Volk und Rasse«.

In der Nachkriegszeit setzte spätestens mit der Zuwanderung von Arbeitsmigrant*innen die Renaissance der Propaganda vom »Aussterben des deutschen Volkes« ein. Erneut argumentierte die völkische Rechte bei der Verbreitung dieser These mit antifeministischen Positionen. Nun wandte man sich gegen Schwangerschaftsabbruch und sexuelle Freizügigkeit, weil dadurch der Fortbestand »des Volkes« gefährdet, beziehungsweise der Geschlechtsakt von der Fortpflanzung getrennt sei.

Ein höchst lesenswertes Büchlein, das für den Diskurs über die ideologischen Verbindungen zwischen der AfD und der klassisch-völkischen Rechten historisch-substanzielle Argumente liefert.

Botsch, Gideon / Kopke, Christoph: »Umvolkung« und »Volkstod« – Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia. Neu-Ulm 2019, Klemm+Oelschläger, 46 Seiten, 10 Euro

Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

#derrechterand

das antifaschistische Magazin

www.der-rechte-rand.de
twitter.com/derrechterand
facebook.com/derrechterand

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 4, 7, 14, 18, 20, 22)
W. Kleinfeldt (Seite 8)
Kai Budler (Seiten 10, 12)
Archiv @derrechterand (Screenshots Seiten 16, 17, 34)
Christian Ditsch (Seiten 24, 37)
Frank Metzger / apabiz (Seite 26)
AP (Seite 28)
Patrick Kelley (Seite 30)
Apabiz (Seite 42)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

H 8040 F
ISSN 1619-1404

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Richtigstellung: In Ausgabe 182 steht durch eine Verwechslung auf Seite 9:
»So bemerkte der rechte Publizist Klaus Kunze bereits 1995 […]«.
Dort muss stehen:
»So bemerkte der rechte Publizist Alain de Benoist bereits 1995 […]«.